

Südtirol im Wandel

**Zur Problematik des Übergangs
von der Agrar-
zur Industriegesellschaft**

XI. Studientagung der Südtiroler Hochschülerschaft

Herausgegeben als Sondernummer des „Fahrenden Skolasten“
von der Südtiroler Hochschülerschaft

Aus dem Inhalt

- 1 **Zur Studientagung 1967**
Dr. Otto Saurer, Vorsitzender der Studientagung 1967
- 2 **Die Landwirtschaft in der modernen Wirtschaftsstruktur — Wandel des Sozialgefüges**
Dipl.-Ing. Dr. Alois Leitner, Abgeordneter zum österreichischen Nationalrat,
Direktor der Landw. Landeslehranstalt Rotholz, Jenbach
- 5 **Das Landvolk Kärntens auf dem Weg zur Industriegesellschaft**
Dr. Dipl.-Ing. Hans Öllinger, Klagenfurt
- 12 **Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft in den EWG-Ländern**
Regierungsrat Dr. Werner Becker, Bonn
- 18 **Problematik einer Wirtschaftsplanung in Südtirol**
Dipl.-Ing. DDDr. Karl Zanon, Meran
- 20 **Der Raumordnungsplan der Südtiroler Landesregierung**
Dr. Frieder Hofer
- 23 **Betrachtungen zum Raumordnungsplan der Südtiroler Landesregierung**
Dr. Heino Steger, Assessor für Landwirtschaft, Bozen
- 24 **Moderne Lebensformen und bäuerlicher Konservatismus**
Claus Gatterer, Wien
- 28 **Zur Problematik der Formen geistigen und geistlichen Lebens**
Dr. Alois Ties, Hochschul- und Akademikerseelsorger, Bozen
- 29 **Die Kirche zwischen modernen Lebensformen und bäuerlichem Konservatismus**
Dr. Johannes Meßner, Diözesanassistent des KVW, Bozen
- 30 **Der Bildungsrückstand der Landbevölkerung**
Dipl.-Ing. Dr. Alois Leitner
- 32 **Die Industrialisierung in Südtirol**
Volker Wörl
- 33 **Wohin mit der überschüssigen Landbevölkerung?**
Diplomvolkswirt Siegfried Deeg, Stuttgart
- 37 **Der Aufbau des Berufsschulwesens**
Dr. Karl Kuppelwieser, Direktor der Südtiroler Berufsschulen, Bozen
- 39 **Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Südtiroler Landesregierung (Forumsdiskussion)**
Hauptreferat
Dr. Peter Brugger, Assessor a. D., Bozen

Zur Studientagung 1967

Dr. Otto Saurer

Der psychologische und soziale Faktor ist überall entscheidend:
Jedes Volk hat seine eigene Vorstellung vom Kampf mit dem Engel!
Jean Gottmann

Für den 27. Juli nachmittag war eine Exkursion zur Besichtigung einiger industrieller und landwirtschaftlicher Betriebe angesetzt. Sämtliche 50 Kollegen, die zur XI. Studientagung der Südtiroler Hochschülerschaft auf die Fürstenburg gekommen waren, nahmen daran teil. Bei strahlendem Wetter brachte uns der Omnibus nach Schluderns, wo uns der Betriebsleiter der Baubeschlägefirma Hoppe freundlich empfing. Es war ein ähnlicher Kreis, mit dem ich die VÖST in Linz, die Puch-Werke in Graz, Swarovski in Wattens besuchte. Aber nicht an den bescheideneren Ausmaßen des Betriebes hat es gelegen, daß wir uns hier lange und angeregt mit den arbeitenden Menschen unterhielten; es hatte andere Gründe, wenn nicht nur über Marktfragen und Fortigungsmethoden gesprochen wurde. Bis zum späten Nachmittag „besitzten“ wir noch einige weitere Betriebe. Es dämmerte schon langsam, als unser Omnibus auf der Rückfahrt wiederum in Schluderns Halt machte, um die Interessierten zur Churburg aufsteigen zu lassen. Einmal mehr fühlte ich mich dort in die Zeiten der berühmt-berüchtigten Matscher zurückversetzt, doch schienen die Erlebnisse des Nachmittags eine scitsame Unruhe in die geschichtsträchtigen Hallen zu bringen. „Es braucht immer eine gewisse Zeit, bis man sich zurechtfindet“, hatte einer der Arbeiter gesagt, der Metallbrühe in das entsprechende Modell goß, „aber mit der Zeit wird es schon gehen“. Und hier in der Rüstungskammer der Churburg fiel mir ein, daß sich wohl so mancher in der Welt vor hundert und mehr Jahren besser beheimatet fühlen würde als in der der nächsten 10 Jahre. Nicht von ungefähr fordert deshalb „Mater et Magistra“, „die Gesetze der wirtschaftlichen Entwicklung anzuerkennen und sich dem Fortschritt der Kultur zu fügen“.

Was den wirtschaftlichen Sektor anlangt, sind die Probleme hierzulande „in der Theorie eigentlich weitgehend gelöst“ (Diplomvolkswirt Siegfried Deeg: Wohin mit der überschüssigen Landbevölkerung?), wenn wir auch nicht „so schnell laufen können, wie man uns treiben möchte“ (Dr. Magnago beim zweiten ordentlichen Landeskongreß des ASGB in Meran). Immerhin tritt in der einschneidenden Umwandlung des Sozialgefüges (1951: Landwirtschaft 43 %, Industrie 23 %, Dienstleistungen 34 %; 1961: Landwirtschaft 31 %, Industrie 28 %, Dienstleistungen 41 %; 1967: Landwirtschaft 19 %, Industrie 35 %, Dienstleistungen 46 %) eine erhebliche wirtschaftliche Dynamik zutage. Und die Erstellung eines wirtschafts- und sozialpolitischen Programmes trägt wesentlich dazu bei, die Südtiroler in zunehmendem Maß in die Industrie einzugliedern, die Landwirtschaft weiter zu rationalisieren, die sozialen Gegensätze auszugleichen. kurz: „Landwirtschaft, Industrie- und Dienstleistungsgewerbe sich möglichst im Gleichschritt und in wechselseitiger Abstimmung entwickeln zu lassen“ (Mater et Magistra).

In seinem Eröffnungsreferat wies Nationalrat Leitner aber darauf hin, daß es nicht nur darum gehe, wirtschaftlich „die Jahrtausendwende zu berücksichtigen“, sondern gleichzeitig „die kulturelle und geistige Basis unseres Daseins“ sicherzustellen. Kennzeichnend für die moderne Zivilisation westlichen Ursprungs („die größte Revolution der Geschichte“) ist nun — wie Philippe Laburthe-Tolra treffend sagt (Dokumente Nov./Dez. 1967) — „jone Umkehrung der Werte, die den Menschen zum Vorwärtsblickenden gemacht hat, der sich für das interessiert, was kommt, der schöpferisch spekuliert“.

Die Südtiroler Gesellschaft ist in ihrem „Ethos“ (Levy-Strauß) aber noch über weite Strecken der Vergangenheit zugewandt. Jede Veränderung scheint „das von den Alten ererbte kostbare Gleichgewicht zu bedrohen; man akzeptiert sie höchstens nach reiflicher Überlegung, mit äußerster Vorsicht, indem man sie in das System integriert, das heißt auf den Ursprung zurückbezieht“ (Laburthe-Tolra).

Um die Wechselwirkung von Kultur und Wirtschaft schlaglichtartig zu erhellen, könnte man jenen Afrikaner zitieren, der nach

dem Grund der recht unterschiedlichen Entwicklung der europäischen und afrikanischen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen befragt, antwortete, daß die Europäer eben „bessere Götter“ besäßen. Aber auch bei uns erfährt man die Macht eines nicht mehr ganz zeitgemäßen gesellschaftspolitischen Leitbildes (bei Betriebsneugründungen zum Beispiel). Dr. Frieder Hofer, der maßgeblich an der Erarbeitung des Südtiroler Raumordnungsplanes beteiligt war, brachte in Gesprächen klar zum Ausdruck, wie stark diese psychologische Entwicklungsbremse in den Südtiroler Betrieben manchmal sein kann. Es ist deshalb nicht zu wundern, daß mancher sozialer Verband heute wertvollere Kulturarbeit leistet als mancher kulturelle Verein.

Im Lichte dieser Erwägungen ist darum nichts vordringlicher als jenen „cultural lag“ aufzufüllen, jene Rückständigkeit der sozialen und geistigen Strukturen gegenüber der wirtschaftlichen Entwicklung wettzumachen, jene kulturelle Offensive zu beginnen, von der Dr. Zelger in seinem Eröffnungsreferat auf der X. Studientagung der SH in Dietenheim gesprochen hat („Für die Dauer dürfte es allerdings zu wenig sein, wenn unser kulturelles Bestreben nur eine Defensivhaltung sein sollte, wo Kulturkonservatismus, Unterbindung der Spontaneität, Skepsis gegen Neuerungen wohl resultierende Äußerungen einer langjährigen Behauptung sein mögen, nicht aber zur kulturellen Eigenleistung und Weitung des Horizonts beitragen. Mit einem Wort: Aus der Defensive werden wir zur kulturellen Offensive schreiten müssen...“).

Allein unter dem Aspekt der Wirtschaft zu werten, wäre sicher zu eng, da es hier letztlich um den Menschen geht, der „Träger, Schöpfer und Ziel aller menschlichen Einrichtungen sein muß“ und dessen Beziehungen zum Mitmenschen „entsprechend den allgemeinen Grundsätzen, die sich aus der Natur der Dinge sowie aus den konkreten Verhältnissen des menschlichen Zusammenlebens, wie aus dem spezifischen Charakter der Zeit ergeben, gestaltet werden müssen“ (Mater et Magistra).

Und wiederum war es Nationalrat Leitner, der sagte, daß es vor allem „Aufgabe der Studenten und Akademiker ist, die Entwicklung real und nüchtern zu sehen, Denkfehler zu vermeiden, die Entwicklung im Griff zu behalten und die Einflußmöglichkeiten zu kennen“ (Deeg: „Engagieren Sie sich persönlich“; Zanon: „Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes öffnet Tür und Tor für echte Persönlichkeiten und fähige Führungskräfte, wie sie laufend aus den Reihen der Südtiroler Hochschülerschaft hervorgehen“).

Was wir brauchen, sind darum ein intellektueller Mut, mit den erworbenen Gewohnheiten und abgenutzten Ideen zu brechen; ein moralischer Mut, der die Risiken der Neuerung eingeht und sich dem Appell einer in Umwandlung befindlichen Gesellschaft nicht verschließt. Und gerade die Studientagungen der SH tragen dazu bei, dem jungen Akademiker das Verstehen der heutigen Welt und die Einfügung in die Südtiroler Gesellschaft zu erleichtern, indem sie ihm Probleme eines abgegrenzten Teiles der Wirklichkeit vorführen und zum Erlebnis machen. Sie könnten zusätzlich ein Umschlagplatz werden jugendlichen Erneuerungswillens und sachlicher Information. Daß die ältere Generation die Dinge stets pragmatischer sieht als die jüngere, liegt im Wesen der einzelmenschlichen Entwicklung. Unsere Politik braucht aber eine neue geistige Substanz. Sie braucht Fortschritt. Sie braucht Einfälle. Die Zukunft Südtirols führt deshalb wesentlich über die Wege, die in der Jugendpolitik beschriftet werden. „SPIRITUM NOLITE EXTINGUERE!... OMNIA AUTEM PROVATE; QUOD RECTUM EST TENETE“ (1 Thess. 5, 20 und 22).

Postscriptum: Mit der Zusendung dieser Sondernummer des SKOLAST grüßen wir alle Teilnehmer der XI. Studientagung der Südtiroler Hochschülerschaft. Den einzelnen Referenten sagen wir vielen Dank, besonders dem Herrn Nationalrat Leitner. Dem Direktor der Landwirtschaftsschule Fürstenburg, Herrn Dr. Zagler, und den einzelnen Fachlehrern werden wir die Gastfreundschaft und die zuvorkommende Unterstützung nicht vergessen. Allen Kolleginnen und Kollegen hoffen wir ein taugliches Mittel in die Hand zu drücken, durch das ihnen Südtirol in der Vielschichtigkeit seiner Problematik nahe bleibt.

Die Landwirtschaft in der modernen Wirtschaftsstruktur — Wandel des Sozialgefüges

Dipl.-Ing. Dr. Alois Leitner

Die menschliche Gemeinschaft befindet sich in einer ständigen Entwicklung und Umwandlung. Vieles ist von der Familie über der Staat bis zur Menschheit im Umbruch. Es ist zu beachten, daß diese Entwicklung sehr wesentlich von der Vergangenheit geprägt wird. Unsere Aufgabe ist es, das Gute, das Beständige von früher mit dem Neuen, dem Notwendigen und dem Zweckmäßigen von heute zu verbinden. Die Gegenwart stellt uns die Aufgabe, sie so zu gestalten, daß wir die Zukunft gewinnen können. Unsere Aufgabe heißt mitwirken und mitgestalten. Bei der Lösung der wirtschaftlichen Aufgabe haben wir nicht nur das Heute, sondern die Jahrtausend-Wende zu berücksichtigen. Gleichzeitig ist die kulturelle und geistige Basis unseres Daseins zu sichern. Man spricht heute von der Industrie-Gesellschaft, man nennt diese aber auch Konsum-Gesellschaft und Bildungs-Gesellschaft. Die bäuerliche Landwirtschaft ist gerade im Begriff, die erste Phase der Mechanisierung zu bewältigen, während die Industrie ihre zweite technische Revolution miteinleitet. Elektronik, Automatisierung und Atomkraft bringen Probleme und Möglichkeiten, die dem Menschen von heute noch nicht in das Bewußtsein gedrungen sind. Die Landwirtschaft muß unter großen Schwierigkeiten die erste Phase der industriellen Entwicklung bewältigen, die Stufe von der reinen Handarbeit zur Mechanisierung, zur Technik.

Das Kennzeichen der Konsumgesellschaft ist verdienen und möglichst viel verbrauchen. Um verbrauchen zu können, braucht man die notwendige Freizeit. Die moderne Produktionstechnik und Maschinenherstellung der Industrie verlangt diesen Menschen, der viel konsumiert. Durch die Werbung wird selbst dort Verbrauchsbedürfnis erzeugt, wo es ursprünglich nicht vorhanden ist. Die Ungleichgewichte im Verbrauch erzeugen im großen und kleinen Bereich soziale Spannungen. Ein Viertel der Menschheit kann drei Viertel der erzeugten Güter verbrauchen, während die restlichen drei Viertel der Menschen nur auf das letzte Viertel der Güter angewiesen sind. Nicht nur in den Entwicklungsländern, auch in unserem Bereich gibt es Ungleichgewichte. Es wird auf die kinderreichen Familien und auf die Rentner hingewiesen.

Wie steht die Landwirtschaft in dieser Konsum-Gesellschaft? Sie hat den Schritt von der Selbstversorgerwirtschaft zur Marktwirtschaft noch nicht voll bewältigt. Der bäuerliche Mensch verbraucht heute mehr als früher. Ein beachtlicher Teil seines Verdienstes geht nicht in den eigentlichen Konsum, sondern wird zur Ausgestaltung des Betriebes verwendet, also investiert.

Und dann spricht man von der Bildungs-Gesellschaft. Die Ausbildung ist ein maßgebender Faktor für die Geschwindigkeit der industriellen Weiterentwicklung, für die Höhe des Einkommens und damit auch für den Umfang des Verbrauches. Der ländl. Raum hat ein kleineres Bildungsangebot als die Stadt. Es besteht die Gefahr, daß der Mensch in diesem Raum weniger Bildung und Ausbildung erhält. Dadurch wäre die Einordnung der bäuerlichen Welt in die moderne Zeit noch schwieriger geworden. Dieses Problem verdient daher besondere Beachtung.

Das Sozialgefüge wandelt sich sehr rasch. Vor 150 Jahren gab es in Tirol 80% landw. Bevölkerung und damit eine fast reine Selbstversorgerwirtschaft.

In Österreich war der Anteil der landw. Bevölkerung 1910 31%. Bis 1934 ging er auf 27% zurück, in 25 Jahren also nur um 4%. 1954 war er 22%, 1961 16%. In den letzten 10 Jahren ist also ein Rückgang von 6% festzustellen.

In Südtirol gibt es heute noch einen sehr hohen Anteil an landw. Bevölkerung. Ungefähr 40% des deutschen Volkskörpers ist in der Landwirtschaft beschäftigt. Wenn diese Statistik stimmt, wird die Umwandlung im Sozialgefüge Südtirols in Zukunft sehr einschneidende Veränderungen bringen.

In Deutschland ist der landw. Bevölkerungsanteil auf 10%, in der Schweiz auf 11% und in Großbritannien auf weniger als 5% abgesunken.

Diese Entwicklung ist normal, wenn die Bewirtschaftung der Kulturlächen weiterhin gewährleistet ist, wenn der Lebensraum des Volkes erhalten bleibt. Die Entsiedlung darf nicht soweit gehen, daß viele Kulturlächen einfach der Natur zurückgegeben werden. Die heutige Zeit muß den Raum erhalten können, der 1000 Jahre vorher mühsam gerodet und für die Kultur erschlossen wurde. Landwirtschaft und Bauerntum sind für viele, die rein wirtschaftlich, mechanistisch — technologisch denken, ein großes Fragezeichen. Viele können die Landwirtschaft in die moderne Entwicklung nicht einordnen. Man empfiehlt der Landwirtschaft mit einem Schlagwort industriegleiche Erzeugung. Das wird die Landwirtschaft

nicht können. Insbesondere wenn die zweite industrielle Revolution und die Marktverhältnisse berücksichtigt werden.

In den USA betrug 1940 das gewerbliche Produkt 40% der landw. Erzeugung, 1955 hat sich dieses auf 730% erhöht.

In Deutschland ist das Verhältnis ähnlich. 1940 lag die Landwirtschaft mit 60% der gesamten Erzeugung noch weit an der Spitze. Heute ist die gewerbliche Produktion im Verhältnis zur Landwirtschaft um auf 540% angewachsen. Diese Beispiele kennzeichnen die Industrialisierung. Die Landwirtschaft hat natürliche Produktionsfaktoren, welche die Erzeugung sehr stark beeinflussen. Es ist nicht nur auf das Klima, das Wetter, sondern auf den Boden selber, den Vermehrungsquotienten verwiesen. Das sind Faktoren, die man mit einer industriegleichen Produktion nur schwer oder nicht ändern kann. Die Landwirtschaft muß mit größeren Marktschwankungen und dem stoßweisen Angebot bei einem Absatzmarkt mit engen Grenzen fertig werden. Wenn der Wohlstandsbürger satt ist — und heute ist er in der Regel satt —, dann schmeckt ihm auch das Beste nicht mehr. Diese Marktgrenze kennt die Industrie nicht in diesem Umfang. Bei Bekleidung, beim Freizeitbedarf kann der Konsum durch Werbung viel leichter angeregt werden als bei den Nahrungsmitteln.

Das Agrarproblem ist das große Gesellschaftsproblem des 20. Jahrhunderts. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, mit einer vernünftigen Wirtschaftspolitik und mit den Kräften des Geistes dieses Problem zu lösen. Gegenstand der Agrarpolitik darf nicht nur die wirtschaftliche Sparte „Landwirtschaft“ sein. Das Bauerntum als europäische Lebensform der Landwirtschaft muß von der Agrarpolitik berücksichtigt werden.

Die Landwirtschaft darf als Berufsgruppe nicht isoliert betrachtet werden. Sie ist in Verbindung mit der Funktionsfähigkeit des gesamten ländlichen Raumes zu sehen. Man weiß heute ganz genau, daß es eine gesunde Landwirtschaft nur in einem gesunden ländlichen Raum gibt. Diejenigen Gebiete, welche nur landwirtschaftlich strukturiert sind, entsprechen nicht den Erwartungen einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung.

Der bäuerliche Mensch hat sicher selber Fehler gemacht und sich oft zu lange gegen die Neuentwicklung gewehrt. Es ist die Aufgabe des Studenten und des Akademikers, die Entwicklung real und nüchtern zu sehen. Die Symbiose von Landwirtschaft, Gewerbe, Industrie und Fremdenverkehr ist notwendig, damit der ländliche Raum wirtschaftlich und kulturell seine Aufgabe erfüllen kann. Es ist notwendig, Denkfehler zu vermeiden, die Entwicklung im Griff zu behalten und die Einflußmöglichkeiten zu kennen.

Das Bekenntnis der westlichen Welt zum bäuerlichen Familienbetrieb, darf kein Lippenbekenntnis sein. Das Ziel ist klar, nur der Weg dorthin liegt oft im Nebel. Der lebensfähige Familienbetrieb, der landw. Vollerwerbsbetrieb also, hat die Tendenz, sich stark zu vergrößern. Es gibt heute in günstigen Lagen reine Familienbetriebe mit einer Größe von 60—80 ha, die von 2 männlichen Arbeitskräften bewirtschaftet werden. Die Technik gibt bei geeigneten Flächen die Möglichkeit hierzu.

Im Berggebiet muß der gesunde Nebenerwerbsbetrieb mit einem stabilen Einkommen, das nicht aus der Landwirtschaft stammt, stark beachtet werden. In Nordtirol sind nach der Betriebszählung 1961 bereits 55% der landw. Betriebe Nebenerwerbsbetriebe. Bei 35% ist der Nebenerwerb der übergeordnete Teil, so daß die Landwirtschaft zwar eine bedeutende, aber nur die zweite Rolle spielt. Im Berggebiet ist die Verbindung von landwirtschaftlichem und nichtlandwirtschaftlichem Einkommen zur Erhaltung der Besiedlungsdichte von größter Bedeutung. Infolge fehlender Technisierungsmöglichkeit kann der Familienbetrieb am Hang nicht 50 und mehr ha intensiv bewirtschaften.

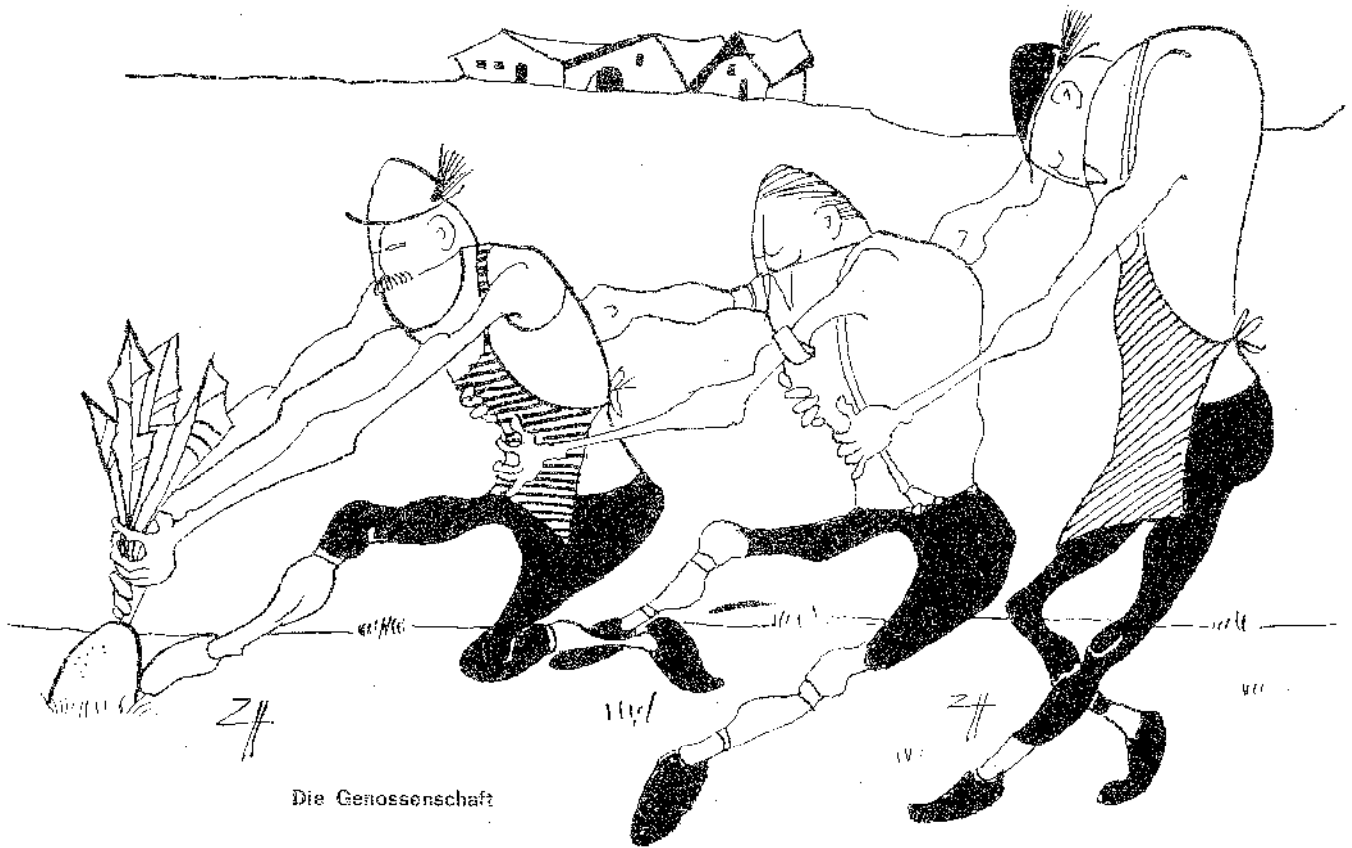
Ein deutscher Agrarwissenschaftler hat bei einer Tagung in Nordtirol das Wort geprägt: „Wo der Hang beginnt, hört die Landwirtschaft auf.“ Wenn dieser Satz Gültigkeit erlangen sollte, müssen wir unsere Berggebiete der Almwirtschaft und der Forstwirtschaft zurückgeben. Dann braucht es nicht 10 oder 15% landwirtschaftliche Bevölkerung, sondern es genügt ein paar Bauern, welche die ebenen Flächen nutzen. Die anderen Gebiete wären aufzuforsten oder sie vermehren das Ödland. Dieses Rezept kann für Tirol keine Gültigkeit haben. Wenn die vorhandenen Möglichkeiten für die wirtschaftliche Entwicklung voll genutzt werden, ist der Lebensraum zu erhalten. Der Fremdenverkehr bringt viele Möglichkeiten eines zusätzlichen Erwerbes. Industrie und Gewerbe muß entfaltet werden, damit die überschüssigen Arbeitskräfte Beschäftigung finden und die strukturelle Umwandlung der landw. Betriebe leichter und

schneller erfolgen kann. Dieser Entwicklung ist der Weg zu ebren, wobei beachtet werden muß, daß es zu keiner Fehlentwicklung kommt, die vielleicht zu spät als solche erkannt wird und nur mehr schwer repariert werden könnte. Das Ziel heißt: Ein wirtschaftlich und sozial gesunder Bauernstand als Teil eines gesunden Landvolkes. Am Programm „Baut das neue Dorf“ kann ein ganzes Leben lang gearbeitet werden.

Der ländliche Raum verlangt eine Mindestbesiedlungsdichte, damit die Infrastruktur aufrecht erhalten werden kann. Einige Neo-Liberalisten sehen das Heiß in einer Strukturverbesserung, die nur die Besitzgröße berücksichtigt. In rein landwirtschaftlichen Gebieten mit Betriebsgrößen von 100 ha, kann die notwendige Infrastruktur nicht aufrecht erhalten werden. Das Angebot an notwendigen Dienstleistungen, die Erhaltung der Schule, des Verkehrs, der ärztlichen Versorgung, aber auch der Zufahrtswege, ist wirtschaftlich kaum mehr gegeben. Die Vereinödung führt in vielen Fällen zur

als die der Landwirtschaft. Die Erhöhung der Erzeugungsleistung je Arbeitskraft zeigt vom Fortschrittswillen, der auf unseren Bauernhöfen vorhanden ist. Ein Teil des Erfolges wird der Landwirtschaft durch die steigenden Produktionskosten, d. h. durch die steigenden Preise der Industriewaren und im Dienstleistungsbereich wieder weggenommen. In der Industrie gibt es Monopole, die Gewerkschaften sorgen für Lohn erhöhungen, die höher sind als die Produktivitätszunahme. Industrie und Gewerkschaft teilen sich so ihre Produktivitätsgewinne und treiben die Preise nach oben. Die Landwirtschaft bleibt zurück. Dieser Mechanismus führt zur Ausbeutung der Landwirtschaft durch die Industrie-Gesellschaft. Es gibt Volkswirtschaftler, welche meinen, daß ein solcher Vorgang für das Wohl der Industrie-Gesellschaft notwendig ist, damit der Rückgang der Landwirtschaft und ihre Anpassung beschleunigt wird.

Der bäuerliche Familienbetrieb wehrt sich gegen diese Situation durch sein dehnbares Verhältnis von Arbeitsvermögen und



Die Genossenschaft

vollständigen Entsedlung. Der ländliche Raum braucht eine Mindestbesiedlung, um die Infrastruktur und ein entsprechendes Dienstleistungsangebot aufrecht erhalten zu können.

Der landw. Betrieb ist für den einzelnen Bauern sein Arbeitsplatz, er muß ihm also den Lebensunterhalt und ein vergleichbares Einkommen gewähren. Wenn dieses Einkommen im kleinen Bauernhof nicht erreicht werden kann, muß eine zweite Erwerbsmöglichkeit hinzukommen. Ohne diese besteht die Gefahr der Entsedlung. Der Vollerwerbsbetrieb versucht sein Einkommen durch die Erhöhung der Produktion zu verbessern. Die steigende Milch-, Fleisch-, Obst- und Holzproduktion mag als Beispiel hierfür gelten. Die Landwirtschaft geht diesen Weg, und somit gibt es in Europa Überschüsse bei diesen Produkten. Die hohe Produktion drückt die Preise der landw. Produkte. Gleichzeitig erhöhen sich die Preise für industrielle Waren und insbesondere im Dienstleistungsbereich. Zur Senkung der Produktionskosten wird menschliche Arbeitskraft eingespart. Die Frage der überbetrieblichen Mechanisierung muß beachtet werden, damit nicht hohe Mechanisierungskosten die Einsparung der menschlichen Arbeitskraft wirkungslos machen.

Die Produktivitätszunahme in der Landwirtschaft liegt in den letzten Jahren durchwegs höher als in der Industrie. In absoluten Größen ist jedoch die Produktivität der Industrie bedeutend höher

Verbrauch. Das Arbeitsvermögen der Familie ist heute äußerst angespannt und der Verbrauch soll nicht zu weit eingeschränkt werden. Die Landwirtschaft hat zwar eine schlechte Wirtschaftsstruktur, ihre Sozialstruktur ist jedoch ideal zu nennen. Eine weite Streuung von Eigentum und Besitz an Grund und Boden soll auch in der modernen Gesellschaft erhalten bleiben.

Der Hof ist nicht nur Lebensunterhalt, er ist auch Lebenssicherheit, Vermögen, Nahrung und Wohnung in guten und schlechten Zeiten. Es könnte nicht verantwortet werden, zum Besitzer eines kleinen Betriebes zu sagen: „Du hast nur 4 ha, du bist mit der Landwirtschaft nicht lebensfähig, verkaufe Deinen Betrieb und suche Dir irgendwo anders Arbeit und Verdienst.“

Es gibt in Europa viele Bemühungen, die kleinen Betriebe zum Verschwinden zu bringen, weil mit dem freiwerdenden Grund die verbleibenden Betriebe aufgestockt werden sollen. Im Grünstandgebiet — und Südtirol ist zum größten Teil ein solches — ergibt sich bei der Betriebsaufstockung die Schwierigkeit, daß beim Ankauf des Bodens auch eine Erweiterung der Gebäude notwendig ist. Gebäudeinvestitionen bringen derzeit keine Verzinsung, so daß die Verschuldung der bäuerlichen Betriebe bei der gewünschten Betriebsaufstockung sehr gefährlich wird. Es muß ein anderes Rezept wirksam werden: den Kleinbetrieb erhalten, ihm aber gleichzeitig sa-

gen, daß er aus der Landwirtschaft kein volles Einkommen beziehen kann. Er braucht einen Zusatzerwerb. Er soll jedoch den Boden, der ein nichtvermehrbares Gut ist und dessen Wert in Europa ständig zunimmt, nicht verkaufen.

Der Hof ist auch Lebensinhalt, Heimat für die Familie und Entfaltungsmöglichkeit der eigenen Persönlichkeit des Betriebsführers. Wenn heute in fortgeschrittenen Gebieten Umfrage gehalten wird, kann man oft hören: „Ja ich gehe in die Arbeit, aber die Freude habe ich daheim auf meinem Hof, dort bin ich mein eigener Herr und kann selber schaffen.“

Die Aufgabe des Bauernhofes für die Gesellschaft ist in erster Linie die Sicherung der Ernährung

Es gibt zwar in Europa bei den Veredelungsprodukten große Überschüsse. In den Entwicklungsgebieten herrscht aber großer Mangel. Die westeuropäische Landwirtschaft muß froh sein, daß die Kolchosen-Betriebe des Ostens kaum ihre eigene Bevölkerung ernähren können und sie mit Überschüssen verschonen. Wenn die Bevölkerung der Entwicklungsländer nicht nur genug essen will, sondern auch die Möglichkeit erhält, das Nahrungsbedürfnis zu befriedigen, kann der Osten ohne weiteres Überschüsse erzeugen. Sie werden dann dem europäischen Bauerntum nicht mehr schaden können. Derzeit wären sie der Tod vieler Betriebe, weil sie zum Zusammenbruch des europäischen Agrarmarktes führen würden.

Die Welt hat heute Hunger und nicht Überfluß. Die Zahl der Menschen soll sich in 40 Jahren verdoppeln und bereits heute ist nur ein Drittel der Menschheit richtig ernährt, während ein weiteres Drittel hungert.

Europa bezieht jedoch von unterentwickelten Ländern billige Agrarprodukte und verkauft ihnen die teuren Industriegüter. Es ergibt sich die Frage, wie lange diese Ausbeutung noch möglich ist. Führende Industrie-Experten warnen und zeigen auf, daß die Umkehr der Verhältnisse bereits begonnen hat. Die zweite wichtige Aufgabe, welche die bäuerliche Bevölkerung erfüllt, ist die Erhaltung des Lebensraumes für das ganze Volk, die Wahrung der natürlichen Voraussetzungen für eine Besiedlung. Bei einer Entsiedlung spielt der Faktor Zeit eine wesentliche Rolle. Ein Bauernhof wird in der Regel nur beim Generationen-Wechsel aufgegeben. Ein Gebiet kann strukturell schon sehr krank sein und man spürt es noch nicht. Wenn aber die negative Entwicklung zu weit fortgeschritten ist, kann sie kaum mehr gebremst werden, da eine Gesundung nur mit enormen Kosten möglich wäre.

Vor wenigen Wochen war ich bei der Bergbauerntagung der CEA als Vertreter des Europarates in der Schweiz. Dort wurde von einem sterbenden Dorf berichtet. Der Pfarrer sagt, er bleibe nur im Dorf, um die letzten Menschen zu beerdigen. Die Jugend ist abgewandert, der jüngste Mann ist 50 Jahre alt. Dieser extreme Fall ist jetzt akut geworden; die Krankheit begann jedoch vor 30 oder mehr Jahren. Dorfuntersuchungen sollen die Gefahren rechtzeitig aufzeigen, sonst stehen wir vor erschütternden Tatsachen, wie sie im Schweizer Bergmassiv, im französischen Alpenraum oder auch im Wald- und Mühlviertel Österreichs anzutreffen sind. Die Abwanderung von der Landwirtschaft führt zu einer Abwanderung vom Land, zu einer Verödung und Schrumpfung der übrigen Wirtschaft, zur Vereinödung der Restbetriebe und letztlich zur Entsiedlung ganzer Landstriche.

Die Entwicklung in Tirol ist eine günstige, weil die führenden Kräfte seit dem 1. Weltkrieg die Gefahr rechtzeitig erkannt haben.

1887 hatten 57 Berggemeinden in Tirol 34 000 Einwohner. Bis 1910 hatten sie einen jährlichen Bevölkerungsverlust von zwei Promille. In diesen Jahren haben sie also ein Drittel der Bevölkerung eingebüßt. Seit 1910 ist wieder eine Aufwärtsentwicklung festzustellen. Bis 1934 erfolgt eine Zunahme von 3,6%, 1934—1951 von 10,5% und in den letzten 10 Jahren eine solche von 5,4%. Diese Gemeinden haben heute um 28% mehr Einwohner als 1887. Diese Entwicklung darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß Österreich in den letzten 10 Jahren 30 000 Betriebe, d. s. 7% seiner Landwirtschaften, eingebüßt hat. Ebenso ist eine jährliche Abwanderung von ca. 20 000 Arbeitskräften aus der Landwirtschaft zu verzeichnen. Früher war der Anteil der familienfremden Arbeitskräfte größer, heute sind es vor allem familieneigene Arbeitskräfte, welche den landw. Beruf aufgeben. Es ist unsere große Aufgabe, diese Arbeitskräfte im ländlichen Raum zu halten und ihnen dort Arbeitsplätze

zu schaffen. In der Landwirtschaft können wir sie nicht halten, aber im ländlichen Raum brauchen wir sie. Die Strukturpolitik hat hier eine sehr wichtige Aufgabe zu erfüllen. Die Landwirtschaft als Besitzer der gesamten Grundfläche muß sich in die Strukturpolitik stärker einschalten. Eine Abgrenzung zwischen Wohngebieten, Industrieflächen und landwirtschaftlichem Kulturland ist notwendig. Es braucht eine Planung der Verkehrswege, der Verkehrserschließung und der modernen Versorgungseinrichtungen. Die Landwirtschaft hat sich durch Grundzusammenlegung und Meliorationen anzupassen.

Wenn vom Lebensraum gesprochen wird, muß die Tatsache aufgezeigt werden, daß die bäuerliche Landschaft den Erholungsraum für die Industriebevölkerung sichert. Die Industrie gibt an die Landschaft überbetriebliche Belastungen: sie speckt ihren Rauch in die Gegend („Reizen“), ohne etwas dafür zu bezahlen oder etwas dagegen zu tun. Sie läßt ihre Abwässer in die Flüsse. Das sind überbetriebliche Belastungen, die der einzelne Betrieb nicht trägt, mit denen die Gesellschaft fertig werden muß.

Die Landwirtschaft und gerade der Bergbauer erbringt hingegen für die Landwirtschaft überbetriebliche Leistungen, ohne dafür eine entsprechende Vergütung zu erhalten. Sie erhält die Landschaft, hilft mit, den Wasserhaushalt durch die ordentliche Bewirtschaftung zu regulieren und schützt durch die Forstwirtschaft vor Verkarstung. Sie erbringt beim Ausbau des Verkehrsnetzes durch die Errichtung der Güterwege beachtliche Leistungen. Wenn Tirol ein sehr schönes Land ist, trägt die Landwirtschaft mit ihren Leistungen wesentlich dazu bei. Auf der anderen Seite aber hilft der Fremdenverkehr, die landwirtschaftlichen Betriebe zu erhalten. Diese Symbiose soll genutzt werden.

Das Bauerntum mit der breiten Streuung von Eigentum ist Bollwerk gegen die Vernichtung. Die Erhaltung einer breiten, gesunden Mittelschicht ist von großer soziologischer Bedeutung. Die christliche Soziallehre der Enzyklika Mater et Magistra weist den Weg. Es muß der Kirche der Dank gesagt werden, daß sie die Probleme rechtzeitig erkannt hat, so daß eine gemeinsam erarbeitete Lösung möglich erscheint.

Die Landwirtschaft hat in den letzten 2 Jahrzehnten viele Arbeitskräfte in andere Berufe abgegeben und wird dies auch in Zukunft tun. Diese Leistung ist wirtschaftlich und soziologisch von großer Bedeutung. Europa hätte seine Industrie nicht in diesem Umfang aufbauen können, wenn nicht die Landwirtschaft die Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt hätte. Im Erbgang wird sehr viel landw. Vermögen an die weichenden Bauernkinder abgegeben, die damit ihre Arbeitskraft der Industrie und dem Gewerbe günstiger zur Verfügung stellen können. Genaue Untersuchungen über den Umfang dieser Leistungen sind mir nicht bekannt. Im ländlichen Raum entstehen sehr viel Siedlungshäuser, bei denen die Landwirtschaft im Rahmen des Erbganges einen maßgeblichen Teil der Baukosten trägt. Dieser notwendige Aderlaß belastet die wirtschaftliche Entwicklung der bäuerlichen Betriebe.

Vielfach sind die bäuerlichen Menschen in unseren Dörfern die Träger der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einrichtungen. Sie dürfen sich nicht abschließen gegenüber den anderen Berufen. Sie müssen den anderen Menschen im Dorf die Hand reichen, deren Entfaltung im ländlichen Raum fördern und dafür Verständnis haben.

Die moderne Industriegesellschaft braucht in Zukunft eine gesunde, leistungsfähige Landwirtschaft. Sie braucht die bäuerlichen Betriebe zu ihrer Entfaltung und zur Sicherung ihrer Grundlagen.

Der Tiroler Bauernbund hat anlässlich seines Jubiläums vor 2 Jahren ein „Bäuerliches Wirtschaftskonzept in Gesamtwirtschaftlicher Hinsicht“ aufgestellt. Ich darf einiges daraus entnehmen. Die Landwirtschaft wehrt sich aus eigener Kraft gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen und versucht, ihre Arbeitsverhältnisse und ihr Einkommen an die übrige Wirtschaft anzugleichen.

Die Landwirtschaft weiß sehr wohl, daß hiezu Schulung, Produktionssteigerung und Qualitätsverbesserung genau so notwendig ist, wie die Entwicklung des Genossenschaftswesens und der Einfluß auf Absatz und Preis. In diesem Konzept wird aber auch festgehalten, daß Wirtschaft und Staat der Landwirtschaft auf Grund ihrer besonderen Produktionsbedingungen einen gerechten Ausgleich nach einem nachhaltigen Plan gewähren muß. Das zusätzliche Einkommen der Klein- und Kleinstbetriebe spielt hierbei eine besondere Rolle. Für Vollerwerbsbetriebe in extremer Lage, die aus der Landwirtschaft kein familiengerechtes Einkommen erbringen, muß durch die öffentliche Hand ein Ausgleich geschaffen werden. Das ist der

Preis für die Sicherung einer Landwirtschaft in diesen Gebieten. Fünf Bereiche sind besonders zu beachten.

1) Es ist jeweils zu prüfen, was der einzelne Betrieb leisten kann und was die kleine Gemeinschaft, also die Gemeinde oder die Interessengemeinschaft leisten kann. Dann kann beurteilt werden, was von Land und Staat dazugegeben werden muß. Hier kommt das Subsidiaritäts-Prinzip sehr deutlich zum Ausdruck. Der Schutz der Produktionsstätten, wie Wildbachverbauung, Lawinverbauung, Hochlagenaufforstung und die Änderung der Rechtsverhältnisse, wie Regulierung von Wald und Weide und der Schutz der Wasserversorgung bei energiewirtschaftlichen Maßnahmen ist Sache des Landes oder des Staates. Das Berggebiet hat gerade für seine Leistungen auf dem Energiesektor einiges zurückzugewinnen. Es gibt in Nordtirol Talverträge, z. B. im Zillertal und im Paznauntal. Das Elektro-Werk legt dem Tal für unmeßbare Schäden, welche durch die Stauwerke entstehen einige Millionen Schilling wertgesichert auf den Tisch. Diese Beträge werden für die wirtschaftliche Weiterentwicklung des betreffenden Gebietes verwendet. Diese Regelung ist außerordentlich vernünftig und gerecht.

2) Die Bildung und Ausbildung der Jugend zu weltanschaulicher Festigkeit und fachlicher Tüchtigkeit ist besonders notwendig.

3) Eine Verbesserung der Produktionsgrundlagen ist anzustreben. Es sind hier vor allem die Verkehrserschließung, die Versorgung mit Strom und Wasser, die Kommissierung und Strukturverbesserung erwähnt. Die Verbesserung der oft schlechten Wohnverhältnisse ist von großer Bedeutung. Die Existenz bäuerlicher Betriebe kann nicht gesichert sein, wenn die Familie „wie im Mittelalter“ haust.

4) Verbesserung des Einkommens. Sicherung des Absatzes und Einflußnahme auf die Preisgestaltung ist anzustreben. In den einzelnen Ländern gibt es verschiedene gesetzliche Bestimmungen, z. B. Marktordnungsgesetze. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft bemüht sich um eine brauchbare Regelung in diesen Belangen. Die

Landwirtschaft hat die Aufgabe, ihr Genossenschaftswesen auszubauen, damit der Produzent einen möglichst großen Anteil vom Endpreis gesichert erhält. Eine exakte Aufzeichnung in den USA hat aufgezeigt, daß in den letzten 10 Jahren der Lebenshaltungskostenindex beachtlich gestiegen ist. Der Anteil des landw. Produzenten am Verbrauchskorb einer durchschnittlichen Familie ist nicht nur prozentuell, sondern auch absolut zurückgegangen. Obwohl also die Hausfrau für das Kaufsprodukt immer mehr bezahlen muß, bekommt der Produzent immer weniger. Die Verarbeitung, Veredlung und Verteilung der Nahrungsgüter wird immer intensiver. Diese Bereiche können sich ihren Anteil am Gewinn leichter sichern als der landwirtschaftliche Erzeuger. Wenn in Europa die Landwirtschaft in die gleiche Situation gedrängt wird, kann ihr ein ebenbürtiges Einkommen nicht gewährleistet werden.

5) Durch einen Sozialausgleich sollten gleichwertige — nicht gleiche — Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Durch einen gerechten Ausgleich zwischen der bäuerlichen und der nichtbäuerlichen Bevölkerung ist für beide Gruppen eine Kranken- und Altersversicherung zu gewährleisten. Die meisten Staaten geben heute Milliarden für die Förderung des sozialen Wohnbaues. Derzeit bekommt die Landwirtschaft davon sehr wenig oder gar nichts. Es ist daher auch hier ein gerechter Ausgleich zu finden.

Ein solches bäuerliches Wirtschaftskonzept bietet die Möglichkeit der organisatorischen Weiterentwicklung der Landwirtschaft innerhalb der gesamten Wirtschaft und gibt auch im Hinblick auf eine europäische Integration und auf die zweite industrielle Revolution der bäuerlichen Welt Fortschritt und Sicherheit.

Im Mittelpunkt jeder Wirtschaftspolitik hat nach meiner Auffassung der Mensch zu stehen. Das Ziel ist ein gesunder Bauernstand in einem gesunden Volk. Es ist eine große Aufgabe für den kommenden Akademiker, an der Lösung der Agrarfrage als dem großen Gesellschaftsproblem der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mitzuarbeiten. Wenn eine positive und zukunftsgerichtete Lösung gefunden wird, kann unsere Generation vor der Geschichte bestehen.

Das Landvolk Kärntens auf dem Weg zur Industriegesellschaft

Dr. Dipl.-Ing. Hans Öflinger

Im Namen des Herrn Landeshauptmannes von Kärnten, der mich beauftragt hat, an Ihrer Tagung teilzunehmen und ein Referat im Rahmen des Generalthemas „Südtirol im Übergang von bäuerlichen Lebensformen zur Industriegesellschaft“ zu halten, danke ich herzlich für die ergangene Einladung. Wenngleich Südtirol und Kärnten räumlich nicht direkt aneinander grenzen, bildet doch Osttirol als bei Österreich verbliebener Teil des gesamten Tiroler Landes gewissermaßen den räumlichen Kontaktbereich. Ich bin daher der Auffassung, daß man doch zu Recht von einer Nachbarschaft zwischen unseren Ländern sprechen darf.

Tirol und Kärnten sind in der wechselvollen Geschichte Österreichs nicht gerade selten in einem Atemzug genannt worden. Wenn auch durch die Abtrennung Südtirols von Österreich gemäß dem Frieden von St. Germain die politische Zugehörigkeit eine Änderung erfahren hat, ist doch die kulturelle und wirtschaftliche Verflechtung mit Österreich, damit auch mit dem Land Kärnten, weitgehend erhalten geblieben.

Südtirol und Kärnten haben im europäischen Großraum eine gemeinsame Funktion zu erfüllen: Tor und Bindeglied zum Süden zu sein und damit auch alle jene Lasten auf sich zu nehmen, die eine derartige Funktion zwangsläufig mit sich bringt. Ist Südtirol Begegnungs- und Durchdringungsraum zweier Lebens- und Kulturkreise, des deutschen und romanischen, kommt in Kärnten zu diesen beiden noch der südslawische hinzu. Aus solcher Funktion wachsen Geschichte und Geschicke, ergeben sich Höhe- und Tiefpunkte im Leben der einander begegnenden Völker. Weltgeschichte ist in Südtirol wie auch in Kärnten schon in frühester Zeit vor sich gegangen. Nachdem nach den Stürmen der Völkerwanderung eine neue Ordnung in Mitteleuropa Einzug gehalten hatte, vollzog sich in unseren Ländern in zunehmendem Ausmaß der Warenaustausch zwischen

Süd und Nord, Ost und West. Die Bodenschätze Kärntens und Tirols, Gold, Silber und Blei rollten im Gegenstrom mit Produkten Italiens und des Balkans nach dem Süden.

Wenn wir aus der Fülle des politischen Geschehens in unseren Ländern nur erwähnen, daß sie Aufmarschgebiet der römischen Legionen waren, daß die Heere Napoleons Südtirol und Kärnten durchzogen, daß im 1. Weltkrieg Teile unserer Länder Aufmarsch- und Kampfgebiet waren und in der letzten Phase des 2. Weltkrieges nach dem Rückzug der Deutschen Wehrmacht alliierte Truppen in unsere Länder einmarschiert sind, können wir allein schon daraus erkennen, daß uns ein gleiches oder zumindest im Gesamtgeschehen sehr ähnliches Schicksal im Ablauf der europäischen Geschichte beschieden war. Dies imsofern, als das politische Geschehen als Resultante aus der Lage im gesamten europäischen Spannungsfeld, dem Ablauf der wirtschaftlichen Entwicklungsprozesse und der geistig-kulturellen Auseinandersetzungen gewertet werden muß.

Mit dieser kurzen Rückschau will ich nur klarstellen, daß es schon im Hinblick auf die sehr ähnliche Lage unserer Länder, ihrer Funktion und ihrer Geschichte so viele Parallelen gibt, daß Vergleiche durchaus möglich und zielführend sind. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß auch die naturräumlichen Gegebenheiten auffallende Ähnlichkeiten aufweisen.

Gliederung des Referates

Ich werde daher versuchen, den Übergang von der bäuerlichen Lebensform zur Industriegesellschaft, wie er sich in der Entwicklung des Landes Kärnten widerspiegelt, zu umreißen. Hierzu bedarf es vorerst der Aufstellung einer Gliederung, um das Ganze einigermaßen überschaubar zu machen. Ausgehend von den natürlichen

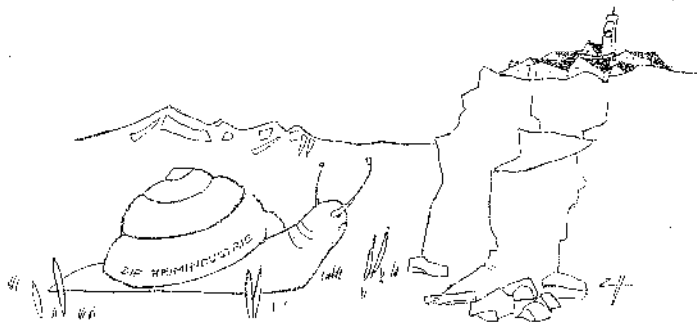
Gegebenheiten soll die Besiedlung und Bevölkerung einer kurzen Betrachtung unterzogen werden. Daran knüpft sich eine Darstellung der wirtschaftlichen Struktur.

Im Anschluß an die Entwicklung der Landwirtschaft im vorindustriellen und im industriellen Zeitalter soll die Auseinandersetzung der Landwirtschaft mit der Industriegesellschaft behandelt und sodann die Problematik der Agrarpolitik in der Industriegesellschaft herausgestellt werden.

Die sich abzeichnenden Entwicklungstendenzen — auf das Land Kärnten im besonderen bezogen — sollen den Schluß meiner Ausführungen bilden.

Natürliche Gegebenheiten, Lage, Begrenzung

Bei einer Gesamtfläche von 9534 km² weist Kärnten eine ausgeprägte naturräumliche Geschlossenheit auf, vorläuft doch die 637 km lange Grenze des Landes in einer durchschnittlichen Seehöhe von 1850 m. Der Eindruck der Geschlossenheit des Landschaftscharakters entsteht nicht nur durch die ausgeprägten natürlichen Landesgrenzen: Im Osten breitet sich die größte Beckenlandschaft des Alpenbereiches aus, deren Klima nicht mehr durch jenes der rauhen Bergwelt ungünstig beeinflusst wird: das Kärntner, auch Klagenfurter



ter Becken genannt. Mit seinen 4750 km² nimmt es zwar nur 1/5 der gesamten Landesfläche ein; in ihm wohnen aber 45% der Landesbewohner, so daß hier ein natürlicher Siedlungsschwerpunkt vorhanden ist, in dem sich auch die Hauptstadt des Landes entwickelt hat. In dieser Beckenlandschaft war bereits in frühgeschichtlicher Zeit eine gewisse Eigenständigkeit von Wirtschaft und Kultur vorhanden, die auch heute noch wirksam ist.

Der gegenwärtige Grenzverlauf geht auf den Frieden von St. Germain vom 10. September 1919 zurück, gemäß welchem das Gebiet Tarvis-Reibitz und das Karawanttal mit 445 km² und 6880 Einwohnern an Italien sowie das Mießtal einschließlich der Stadt Unterdrauburg und das Seeland südlich des Seebergpasses mit zusammen 782 km² und 15.000 Einwohnern an Jugoslawien fielen. Weitere Gebietsverluste konnten durch den mit großer Erbitterung geführten Abwehrkampf der Kärntner gegen die Truppen des neugebildeten Königreiches der Serben, Kroaten und Slowenen und die darauf folgende Volksabstimmung verhindert werden.

Weist das mittellkärntnerische Gebiet bewaldeten Mittelgebirgs- und Almcharakter auf, so verweist auf das sogenannte „Nockgebiet“ mit maximalen Seehöhen knapp über 2000 m — ist der Westteil des Landes eine Hochgebirgslandschaft mit O-W gerichteten Haupttälern, deren höchste Erhebung, der Großglockner mit einer Seehöhe von 3798 m, gleichzeitig die höchste Erhebung der Ostalpen darstellt.

Lage und Relief des Landes haben zur Folge, daß sich in unserem Land drei Klimaprovinzen unmittelbar berühren. Das Gebirgsklima, wie man es in allen inneralpinen Berglandschaften antrifft, trägt als Folge der O-W streichenden Gebirgsketten mit der Ausbildung extremer Sonn- und Schattenseiten, von Luv- und Seeseiten, besonders extreme Züge. Lokale Einflüsse machen sich stark bemerkbar, so daß fast jedes Tal seine klimatischen Eigentümlichkeiten besitzt.

Über die Karnischen Alpen greifen Ausläufer des Mittelmeerklimas bis zur Drau über, während das bereits genannte Klagenfurter Becken einen vorgeschobenen Raum der pannonischen Klimaprovinz darstellt.

Diese natürlichen Gegebenheiten des Reliefs und des Klimas im Verein mit der Ausbildung zahlreicher Seen und Moore verleihen der Landschaft einen besonderen Reiz und eine Vielfalt, die im inneralpinen Raum einmalig ist.

Besiedlung und Bevölkerung

Die Wohnbevölkerung des Landes beträgt nach der letzten Volkszählung im Jahre 1961 495.226 Menschen, das entspricht einer Bevölkerungsdichte von rund 52 je km². Die Bevölkerung hat sich seit der Volkszählung 1951, also in einem Zeitraum von 10 Jahren, um rund 20.000 vermehrt.

Solange man die Besiedlung des Landes zurückverfolgen kann, lebten mehrere Völker nebeneinander, Illyrer und Kelten in vorrömischer Zeit, dann die Römer und schließlich germanische Stämme während der Völkerwanderung. Seit dem 5. Jahrhundert wanderten vom Süden her Slowenen und Kroaten ein. Eine stärkere bajuwarische Besiedlung erfolgte seit dem 8. Jahrhundert. Die Lindensprache der eingewanderten Slawen geht schon sehr weit zurück.

Vor dem Ersten Weltkrieg wurden unter den 396.000 Einwohnern 82.000 mit slowenischer Umgangssprache gezählt. 1921 waren es von der durch Kriegs- und die bereits erwähnten Gebietsverluste verringerten Einwohnerzahl von 386.000 66.000 mit slowenischer Umgangssprache. Bei der Volkszählung 1961 bekannten sich von den rund 495.000 Bewohnern des Landes nur mehr 9906 zur slowenischen oder windischen Umgangssprache. Als zweisprachig, also deutsch-slowenisch, slowenisch-deutsch oder deutsch-windisch bzw. windisch-deutsch bekannten sich 15.727 Personen.

Dieser Vorgang, also die stetige Abnahme der slowenisch oder windisch sprechenden Bevölkerung ist keineswegs — wie manchmal behauptet wird — die Folge einer gezielten Germanisierungspolitik. Slowenen und Deutsche bilden in Kärnten eine Kultur- und Schicksalsgemeinschaft, die ihre Proben nach außen schon wiederholt bestanden hat. Aus dieser Kultur- und Schicksalsgemeinschaft ist es zu erklären, daß seit jeher die Kenntnis der deutschen Sprache bei unseren Slowenen sehr verbreitet war.

Die Veränderungen in der Besiedlung und Wohnichte sind in den einzelnen Landesteilen sehr unterschiedlich. Starke Bevölkerungsabnahmen weisen Gemeinden und Nebentäler auf, wo durch die Einstellung von Bergbau- und Verhüttungsbetrieben die wirtschaftliche Tragfähigkeit stark abgenommen hat. Sonst sind Verschiebungen der Besiedlung vor allem durch die Höhenflucht eingetreten. Während im Durchschnitt Österreichs die Höhenlagen von 800 bis 1.300 m lange Zeit ihren Bevölkerungsstand halten konnten, betrug z. B. im Gailtal in der Zeit von 1860 bis 1939 die Abnahme der Wohnbevölkerung der Höhenlagen über 900 m zwischen 9 und 20%, während in den tieferen Lagen im selben Zeitraum eine Zunahme von 9 bis 39% nachweisbar ist.

Vergleicht man die Situation der Höhenbesiedlung in der Schweiz mit der in unserem Lande, so müssen wir feststellen, daß dort von 1898 bis 1910 alle 50 Gemeinden über 1.500 m Seehöhe eine Zunahme der Wohnbevölkerung um 71% erzielen konnten, sicherlich eine Folge des Ausbaues der Infrastruktur, des Fremdenverkehrs und der Intensivierung der Alm- und Höhenlandwirtschaft.

In Österreich dagegen nahm die Wohnbevölkerung der 4 ebenso hoch gelegenen Gemeinden im gleichen Zeitraum nur um 3,8% zu.

Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Die Lage Kärntens im südlichen Teil der Ostalpen, am Übergang von Mittel- zu Südeuropa, an einem der Hauptwege vom Norden zur Adria und zum Mittelmeer, ist seit den ältesten Zeiten für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes maßgebend gewesen. Wie ich bereits eingangs angedeutet habe, war unser Land auf Grund seines Erzeichtums in der Lage, Metalle, insbesondere Eisen, aber auch Blei, Kupfer und Zink sowie daraus hergestellte Geräte, in andere Länder auszuführen.

Dazu kam die Ihnen sicher bekannte Gewinnung von Gold und Silber insbesondere in den Hohen Tauern, aber auch in anderen Landesteilen. Die Erzlagerstätten waren seit der Besiedlung bis zum Ende des 19. Jahrhunderts für die gewerbliche Wirtschaft des Landes maßgebend. Um das Jahr 1870 begann aber bereits ein merkbarer Rückgang der Kärntner Eisenerzeugung. Damit setzte ein

Strukturwandel ein, der aus Kärnten ein Holzland werden ließ. Wurde in der Blütezeit des Eisenabbaues und der Eisenverhüttung das Holz zu Holzkohle verarbeitet, setzte nun dessen Verwendung zu anderen Zwecken in zunehmendem Maße ein. Moderne Sägen im Verein mit anderen Holzverarbeitenden Betrieben, Zellstoff- und Papierfabriken, in jüngster Zeit Faserplattenwerke, sind heute sehr bedeutende Zweige der Industrie. Daneben konnten sich verschiedene Zweige der Leichtindustrie, mit dem Aufschwung des Bauwesens die Zementherzeugung und Erzeugung von Baustoffen auf Basis des Magnesits, gut entwickeln.

Um die Jahrhundertwende begannen allmählich die klimatischen Vorzüge, die zum Baden sehr gut geeigneten Seen, der besondere Reiz der Landschaft, Gäste aus ganz Europa anzuziehen. Der Fremdenverkehr entwickelte sich zu einem der bedeutendsten Wirtschaftszweige. Noch sind bei weitem nicht alle Chancen und Möglichkeiten, diesen zu intensivieren, genutzt.

Von den 199.870 Beschäftigten sind nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung im Jahre 1951

- 26,3% in der Land- und Forstwirtschaft
- 9,8% in Bau- und Bauhilfsberufen
- 4,3% im Hotel- und Gaststättengewerbe
- 29,7% in anderen Gewerbebetrieben sowie in der Industrie
- 16,0% in Handel und Verkehr
- 13,9% in freien Berufen, im öffentlichen Dienst und sonstigen Berufen tätig.

Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft

Wer die Ereignisse der Gegenwart kritisch beurteilen, ihre Bedeutung und Tragweite abschätzen will, muß die Vergangenheit kennen. Eine Rückschau ist daher notwendig.

Ich will nun skizzenhaft die Abschnitte der geschichtlichen Entwicklung der Kärntner Landwirtschaft an uns vorüberziehen lassen, um damit den Wandel in seinem ganzen Umfang einigermaßen deutlich zu machen.

Vom Jäger und Sammler der Alt- und Mittelsteinzeit geben nur mehr Knochen- und Steinwerkzeuge Kunde, die in der neuerschlossenen Schloßberghöhle in Griffen im Kärntner Unterland und in Karawankenhöhlen gefunden wurden. Jungsteinzeitliche Funde, u. a. auch als Pfahlbauresten im Keutschachersee bei Klagenfurt lassen den Schluß zu, daß vor rund 4000 Jahren der Ackerbau und Viehzüchter in Kärnten sesshaft wurde.

Seit dem 17. Jahrhundert v. Chr. begann durch die Verwendung von Metallen zur Herstellung aller Arten von Geräten ein sehr langsamer aber stetiger technischer Fortschritt Platz zu greifen. In der Hallstattzeit verdrängte das Eisen die bis dahin verwendete Bronze.

Aus der Zeit, in der die Kelten seit dem 3. Jahrhundert v. Chr. allmählich von unserem Lande Besitz nahmen und die illyrische Bevölkerung zurückdrängten, sind uns durch griechische und römische Autoren viele Einzelheiten über die Land- und Forstwirtschaft bekannt geworden. Rudolf Egger, der bekannte Erforscher des römischen Kärnten, weist nach, daß es in Noricum keine große Grundherrschaft, kein sogenanntes Latifundium, auf dem Sklaven arbeiten mußten, gegeben hat. Klein- und Mittelbesitz, von Familienarbeitskräften und einer geringen Zahl von Unfreien bewirtschaftet, kennzeichnet die damalige Agrarstruktur.

Ich möchte auf die Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung des Mittelalters — weil sie sich in Kärnten im wesentlichen nicht anders entwickelte als in den anderen Ländern Mitteleuropas — nicht näher eingehen, aus dieser Zeit nur eine bedeutsame Einzelheit erwähnen. In keinem Land des gesamten Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation gab es jene ehrwürdige Tradition wie in Kärnten, wo Bauern den Herzog bestimmten und einsetzen. In Blasendorf bei Klagenfurt lag der Stammbaum des sogenannten Herzogbauern, heute noch „Herzoghof“ genannt, der bei der Zeremonie der Herzogseinsetzung am Fürstenstein bei Karnburg, etwa 8 km nördlich von Klagenfurt, die entscheidende Rolle spielte. Bis 1823, in dem dieses Geschlecht freier Bauern ausstarb, galt der Herzoghof als ein durch diese Tradition ausgezeichnetes und privilegiertes Anwesen.

Ich will mit diesen kurzen Streiflichtern nur aufzeigen, daß der Kärntner eine traditionell freiheitliche und frohsinnige Gesinnung besitzt, welche Politik, Geistesleben und Wirtschaft bis heute das Gepräge verleiht.

Es ist daher verständlich, daß in der Zeit des staatlichen Absolutismus zahlreiche Beispiele bekannt sind, die von dem politischen und wirtschaftlichen Freiheitswillen der Kärntner Bauern Zeugnis ablegen.

Die Mitte des 18. Jahrhunderts bildet auch in Kärnten eine Wende in der Entwicklung der Landwirtschaft. Die Epoche des Merkantilismus brachte den Durchbruch ökonomischen Denkens und Handelns. Wenn sich diese Tendenz auch vorerst überwiegend auf dem Gebiete der nicht agrarischen Wirtschaft auswirkte, wendete sich vor allem Kaiserin Maria Theresia den Belangen der Landwirtschaft zu.

Am 11. Februar 1765 wurde in Klagenfurt die erste Landwirtschaftsgesellschaft der damaligen österr.-ungar. Monarchie, die „Kärntner Ackerbaugesellschaft“ gegründet. Am 8. April 1765 erklärte Maria Theresia das Reglement dieser Gesellschaft als Vorbild für die Einrichtung aller derartigen Gesellschaften in Österreich.

Die Gründung dieser Gesellschaft war für weitere Länder des damaligen Österreich beispielgebend, in denen nach Kärntner Vorbild Ackerbaugesellschaften gegründet wurden, so in Görz, Steiermark, Krain, Tirol, Ober- und Niederösterreich u. a.

Im Laufe der 200 Jahre, seitdem in unserem Lande eine organisierte Landwirtschaftsförderung besteht, haben sich Wandlungen der Agrarfassung vollzogen, ausgelöst durch neue politische, gesellschaftliche und ökonomische Zielsetzungen. Den großen Agrarreformen des 19. Jahrhunderts ging bereits eine Bauernschutzpolitik des Staates voraus. Wurde den Grundherrschaften schon nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges das Bauernlegen untersagt, brachten mehrere theresianische Verordnungen weitere Erleichterungen im Los der Bauern. Daß die von Joseph II. großzügig geplante Grundentlastung, die zu seinen Lebzeiten am Widerstand der Grundherrschaften scheiterte, erst im Revolutionsjahr 1848 dank der Initiative Hans Kudlichs durch das Grundentlastungspatent vom 7. September in die Tat umgesetzt werden konnte, lag an den politischen Verhältnissen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

In der Zeit nach der Bauernbefreiung war der Kärntner Bauer wirtschaftlich, sozial und politisch ohne Rückhalt. Den Grundsätzen des Liberalismus entsprechend, nahm der Staat wenig Einfluß auf das wirtschaftliche Geschehen. In diesem Zeitraum gingen Impulse für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft fast ausschließlich von der damaligen Ackerbaugesellschaft aus. War der bäuerliche Einfluß vorerst noch kaum vorhanden, nahm er um die Jahrhundertwende unter dem Einfluß des Ausbaues des landw. Genossenschaftswesens zu.

Die weitere Entwicklung der Landwirtschaft — also im 20. Jahrhundert — ist dadurch gekennzeichnet, daß die Verflechtung mit der übrigen Wirtschaft, mit den anderen Lebensbereichen immer stärker wird. Überlagert wird dieses Geschehen durch die turbulente politische Entwicklung. Im Jahre 1918, nach dem Zusammenbruch der österr.-ungar. Monarchie, mußte sich die Wirtschaft Österreichs auf völlig geänderte Markt- und Absatzverhältnisse umstellen. Im Jahre 1938 wieder wurde die Eingliederung Österreichs in einen großen Wirtschaftsraum bereits unter dem Aspekt des ein Jahr später beginnenden Waffenganges vollzogen.

Seit dem Jahr 1945 besteht wieder das kleine Österreich wie nach 1919, als dessen Schicksalsfrage immer deutlicher die Assoziierung an die Gemeinschaft der „Sechs“ hervortritt.

Die Auseinandersetzung mit der Industriegesellschaft

Im Anschluß an den vorangestellten kurzen Abriss der Entwicklung unserer Landwirtschaft tritt — wenn wir uns nunmehr in das Zentrum des zu behandelnden Fragenkomplexes begeben wollen — die Frage auf, zu welchem Zeitpunkt begann eigentlich die Auseinandersetzung mit der Industriegesellschaft?

Dazu ist zu sagen, daß um die Mitte des 19. Jahrhunderts ein Aufbruch in allen Bereichen des menschlichen Lebens begann. Die sogenannte Bauernbefreiung des Jahres 1848 fällt nicht nur in ein politisches Revolutionsjahr; sie fällt in einen Zeitraum, in dem als Folge von Entdeckungen auf dem Gebiet der Naturwissenschaften und Erfindungen auf technischem Gebiet eine alles erfassende Revolution einsetzte, für die es keine Schranken gab und die insbesondere die ganze Wirtschaft auf eine neue Ebene stellte.

Mußte der Bauer nach der Bauernbefreiung vorerst einmal zusehen, wie er mit den Ablosungslasten fertig wurde, die vielfach zur Verschuldung führten, so bereitete ihm der Übergang von der Na-

tural- und Geldwirtschaft große Schwierigkeiten. Er mußte sich mit seinen Produkten auf einem Markt durchsetzen, der räumlich mit der Entwicklung des Verkehrs immer größere Dimensionen annahm. Mit der Ausweitung des Verkehrs und der Bildung nationaler und internationaler Märkte an Stelle der bisherigen lokalen Märkte in zentralen Orten erfolgte eine Konkurrenzierung der lokalen und landeseigenen agrarischen Produktion, die zum Verfall der bisherigen Hofwirtschaft und der Selbstversorgungswirtschaft führte.

Die Entwicklung der industriellen Fertigung führte vorerst zur Preisgabe der Herstellung von Wirtschaftsgeräten, Bekleidung und Hausrat. Alle diese Fertigungen wurden aus dem Hof heraus zur industriellen und gewerblichen Betrieb verlagert. Der Vorgang der horizontalen Integration, d. h. also der Verlagerung der Erzeugung bestimmter Güter oder bestimmter Arbeitsvorgänge auf Standorte außerhalb des Hofes mit besseren technisch-ökonomischen Voraussetzungen hierfür, begann also schon vor ca. 100 Jahren.

Der Strukturwandel in der gewerblichen Wirtschaft Kärntens wirkte sich zwangsläufig auf die Landwirtschaft aus. Ich habe bereits erwähnt, daß um das Jahr 1870 ein Rückgang der Kärntner Eisenerzeugung einsetzte. Diesem Rückgang ging eine lokale Veränderung auf Grund des Einzugs moderner Verhüttungsverfahren voraus. Waren in Kärnten im Jahre 1783 noch 267 Eisenhämmer im Betrieb, bestanden davon 1851 nur mehr 48.

Die Preisgabe der Eisenhämmer hatte tiefgreifende Folgen für die Land- und Forstwirtschaft. Die Holzkohle wurde in zunehmendem Maße durch mineralische Kohle für die Verhüttung ersetzt. War mit der Erzeugung und dem Transport der Holzkohle zu den Eisenhämmern und dem Transport des gewonnenen Eisens eine ganz erhebliche Einnahme für viele Bauern verbunden, fielen mit der Konzentration der Eisenerzeugung und -verarbeitung auf zentrale Orte diese Einnahmen weg. Der Vorgang der Ballung von Siedlung und Wirtschaft mit allen daraus resultierenden Folgen begann daher schon in dieser Zeit. Die Ballung wurde weiter gefördert durch die Entwicklung des Verkehrs. 1863 wurde die Eisenbahnlinie Marburg (früher zu Südsteiermark, nun zu Jugoslawien gehörig) — Klagenfurt, 1864 die Linie Klagenfurt—Villach, 1868 die Linie Villach—St. Michael in Steiermark (über den Neumarkter Sattel), 1871 die Linie Villach—FranzJosefs in Betriebe genommen.

Die gewerbliche Wirtschaft des Landes, früher in die vielen Seitentäler und Gräben hineinreichend und damit eine räumliche Ausgeglichenheit der Wirtschaftskraft des Landes herbeiführend, konzentrierte sich immer mehr auf zentrale Orte in Haupttälern. Die Bedeutung lokaler Absatzorte ging in den entlegeneren Berggebieten in zunehmendem Maße zurück.

Dieser Vorgang wurde überlagert durch die bereits angedeuteten Vorgänge in der Landwirtschaft nach der Bauernbefreiung. In den Berggebieten setzte eine Entsiedlung insbesondere im Bereich der Grenze der Dauersiedlungen ein, die mancherorts die Bildung geschlossener Entsiedlungsgebiete zur Folge hatte. Kredite zu tragbaren Bedingungen gab es damals noch nicht. Es entstand der bittere Spruch „Der Hof wird durch das Darlehen aufrecht erhalten wie der Gehentke durch den Strick“. Es ist dies die Zeit, die der steirische Dichter Peter Rosegger uns so lobend gemacht hat.

In Nieder- und Oberösterreich, Salzburg, in der Steiermark, in Kärnten, Krain, Böhmen, Mähren und Schlesien wurden in den Jahren 1868 bis 1892 nach amtlichen Ausweisen insgesamt 181.673 bäuerliche Anwesen versteigert. In der kurzen Zeitspanne von 1892 bis 1899 waren es 50.656. Schließlich darf nicht vergessen werden, daß bereits im 19. Jahrhundert die Abwanderung aus der Landwirtschaft in die gewerbliche Wirtschaft begonnen hat. Die Landwirtschaft hat damit eine bisher kaum gewürdigte Leistung erbracht, indem sie hunderttausende aus ihrem Erlös aufgezogene Menschen an die gewerbliche Wirtschaft abgegeben hat.

Die Auseinandersetzung der Landwirtschaft mit der im Kommen begriffenen Industriegesellschaft ist also in der ersten Runde damit zusammenfassend zu umreißen, daß zwar die ökonomische und gesellschaftliche Grundstruktur der Landwirtschaft im wesentlichen erhalten blieb, jedoch ein großer Verlust an Menschen und Höfen insbesondere in Gebieten mit abweisenden Naturbedingungen für den Landbau eingetreten ist. Bereits in dieser Phase traten Erscheinungen auf, welche die beginnende Auflösung der Gesindeverfassung erkennen ließen.

Wir haben es bei dieser Auseinandersetzung mit einem komplexen Vorgang zu tun. Ökonomische, soziale und gesellschaftliche Umbildungsprozesse sind in ihrem Zusammenwirken für Richtung

und Verlauf des Wandels in der Landwirtschaft maßgebend. Selbstverständlich sind die natürlichen Gegebenheiten, Relief, Klima und die Landschaft in ihrer Gesamtheit am Ablauf des Geschehens beteiligt. Sie können eine Verschärfung bestehender Gegensätze wie bei uns in den Alpenländern oder eine Milderung in den Gunstlagen des Flach- und Hügellandes zur Folge haben.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts begann eine Periode des Aufschwunges der Kärntner Landwirtschaft, man kann auch sagen, es begann jene Phase, in der der Bauer nicht mehr passiv den Erscheinungen des Industriezeitalters gegenüberstand, sondern sich aktiv mit ihnen auseinanderzusetzen begann. Die Einsicht setzte sich immer mehr durch, daß es darauf ankommt, mit der Zeit mitzugehen, Fortschritte der Landbauwissenschaft und -technik für den eigenen Betrieb nutzbar zu machen und neue Organisationsformen für das Geld- und Kreditwesen, den Bezug von Betriebsmitteln und den Absatz zu suchen.

In diesem Zusammenhang nenne ich Ihnen nur einige besonders bemerkenswerte Daten:

- 1870 Gründung einer Almwirtschaftssektion der Landwirtschaftsgesellschaft
- 1880 Beginn der Planung für die Drauregulierung
- 1883 Beginn des Schulbetriebes der 1. Kärntner landw. Fachschule für Mädchen in Klagenfurt
- 1889 Gründung der ersten Raiffeisenkasse in Obermühlbach
- 1892 Gründung der 1. Pferdezüchlervereinigung in Feistritz/Gail
- 1898 Gründung des Verbandes der Kärntner Raiffeisenkassen (37 Kassen)
- 1898 Reorganisation der Kärntner Landwirtschaftsgesellschaft zu einer bäuerlichen Organisation
- 1899 Gründung der beiden ersten Molkereigenossenschaften in Feistritz/Gail und St. Lorenzen in G.
- 1900 Gründung einer Zentralkasse der landw. Genossenschaften
- 1900 Gründung des Landesverbandes der landw. Genossenschaften, dem 1910 100 Kreditgenossenschaften und 12 Wirtschafts-genossenschaften angehörten
- 1904, 1905, 1906 Gründung weiterer landw. Fachschulen in Kärnten, die als Winterschulen geführt wurden (Völkermarkt, Spittal, Friesach)
- 1911 Gründung des Landeskulturrates für Kärnten.

Was an weiteren Fortschritten und Neuerungen durch die Initiative einiger Pioniere bis 1914 erzielt wurde, ging während des 1. Weltkrieges so gut wie restlos wieder verloren. Erst nach dem 10. Oktober 1920, dem Tag der Volksabstimmung, begann die weitere Aufbauarbeit der Kärntner Landwirtschaft.

Es gehört im weiteren Sinne mit zu den Auseinandersetzungen des Industriezeitalters mit seinen politischen Folgeerscheinungen, daß die Kärntner Landwirtschaft zu Beginn der Dreißiger Jahre durch das russische Holzdumping an den Rand des Abgrundes gebracht wurde. Der Preis für Sägerundholz pro m³ franko Verladestation fiel von durchschnittlich S 35,— im Jahre 1929 auf durchschnittlich S 16,— im Jahre 1934. Der Schleifholzpreis fiel im gleichen Zeitraum von S 25,— auf S 11,—.

Nach dem russischen Holzdumping hatte die Kärntner Landwirtschaft den Preisdruck auszuhalten, den die Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie wie Jugoslawien, Ungarn, Rumänien auf die Rinder- und Schweinepreise ausübten, die 1932 auf ein Drittel bis ein Viertel der österreichischen gefallen waren.

Hiezu kam ein Preisverfall als Folge der allgemeinen Wirtschaftskrise in Österreich, der bei Fleischschweinen von 1929 bis 1934 54%, bei Mastochsen 40% betrug. Inzwischen war ja die Zahl der Arbeitslosen in Österreich im Jahre 1932 auf $\frac{1}{2}$ Million angestiegen.

Mit diesem Preisverfall der wichtigsten Erzeugnisse der Kärntner Landwirtschaft, Vieh und Holz, war das Ansteigen der Preise für Betriebsmittel und Konsumgüter des bäuerlichen Haushaltes verbunden. Außerdem stieg die Belastung durch öffentliche Abgaben seit 1925 ständig an.

Es ist daher nicht verwunderlich, wenn nach gerichtlichen Erhebungen im Jahre 1933 876 Zwangsversteigerungen landw. Liegenschaften und 8006 Fahrnisversteigerungen beantragt wurden.

Ich will nun die Ereignisse knapp vor dem 2. Weltkrieg und während desselben nur kurz streifen und diesen Zeitabschnitt als eine Phase herausstellen, in der versucht wurde, die Anpassung der Landwirtschaft an die Industriegesellschaft durch eine strikte Wirtschaftlenkung und die Herausstellung bestimmter gesellschaftspolitischer Funktionen des Bauerntums einer Lösung zuzuführen.

Das Leitbild der Industriegesellschaft

Die Zeit nach dem Ende des zweiten Weltkrieges kann man sicherlich als eine völlig neue Phase in der Auseinandersetzung der Landwirtschaft mit der Industriegesellschaft bezeichnen. Ein bisher überhaupt nicht für möglich gehaltener Wirtschaftsaufschwung setzte ein. Es ist daher verständlich, daß nach den ersten Nachkriegsjahren, die dadurch gekennzeichnet waren, daß der Bauernhof als Hauptträger der Ernährung vorübergehend als Hort des Wohlseins angesehen wurde, ein weiterer tiefgreifender Wandel einsetzte.

Stand der Kärntner Bauernhof in der Zeit zwischen dem 1. und bis nach dem Ende des 2. Weltkrieges immer noch unter gewissen Nachwirkungen hauswirtschaftlichen und patriarchalischen Denkens, lösten sich die Reste dieses noch nachwirkenden Leitbildes vergangener Zeiten restlos auf. Hat man in den fünfziger Jahren immer noch in der Betriebswirtschaft bei uns das Prinzip der mehrseitigen Lagerung des landw. Einkommens vertreten, d. h. also unter den in Kärnten größtenteils gegebenen Natur- und Wirtschaftsbedingungen des Landbaues soll im bäuerlichen Betrieb z. B. in der pflanzlichen Produktion Getreide-, Hackfrucht- und Feldfutterbau in einem entsprechenden Verhältnis zueinander gepflegt und auch in der tierischen Erzeugung eine mehrseitige Produktion betrieben werden, wird seit etwa 1960 die Betriebsvereinfachung, d. h. also die Reduktion der Betriebszweige groß herausgestellt.

Vertikale und horizontale Integration sind allgemein angewandte Begriffe geworden. Wir sind auf diesem Gebiet auch tatsächlich wesentlich weiter gekommen. Zahlreiche Arbeitsvorgänge wie die Zubereitung der Kraftfuttermischungen, das Beizen des Saatgutes, die Lagerung des Getreides u. a. m. sind vom Bauernhof in die Genossenschaft, das Mischfutterwerk verlegt worden. Im bäuerlichen Haushalt wird kaum mehr Brot gebacken. Die Spezialisierung der Produktion hat auch bei uns begonnen. Zwar nicht in extremem Sinn, wohl aber in Form der Betonung bestimmter Betriebszweige, verbunden mit einer Preisgabe arbeitswirtschaftlich nicht mehr tragbarer.

Das Prinzip der vertikalen Integration ist bei uns in besonders ausgeprägter Weise auf dem Wege über das Genossenschaftswesen verwirklicht worden. Das im Herbst 1962 in Betrieb genommene Mischfutterwerk in Viktring bei Klagenfurt produziert hochwertige Futtermittel für alle Tiergattungen und schließt zugleich mit interessierten Landwirten Mastverträge für Rinder- und Schweinemast ab. Die Vieh Abteilung des Raiffeisenverbandes übernimmt als interner Partner die Produktion aus den Verträgen des Mischfutterwerkes zum Verkauf im Inland und im Export oder zur unmittelbaren Verarbeitung im verbandseigenen Fleisch- und Würstwarenbetrieb.

Wir haben es daher mit einer lückenlosen Kette zu tun, die das Produkt vom Stall des Erzeugers bis auf den Ladentisch bringt. Diese ganze Dienstleistungskette ist in genossenschaftlicher — also bäuerlicher — Hand.

Ein besonderes Symptom der Industriegesellschaft ist die objektiv nachweisbare steigende Unterbewertung der landwirtschaftlichen Tätigkeit. Die wesentlichsten Züge des Leitbildes der Industrie- und Wohlstandsgesellschaft sind, daß die Fortschritte der Technik und Wissenschaft das Leben leichter, besser und schöner gestalten lassen. Es ist trotz unfeugbarer zivilisatorischer Fortschritte, die es in sich birgt, ein einseitiges, mechanistisches: das menschliche Streben soll mit der Erringung immer neuer technisch vollkommener Güter und Leistungen ausgefüllt sein! Alles andere, die Verbundenheit mit der Natur, das Erlauschen ihrer feinsten Wesenszüge, was insbesondere dem Bauer seinen ihm eigenen Charakter verleiht, muß in diesem Leitbild im Hintergrund stehen.

Unsere bisherige sogenannte „Hochkonjunktur“ resultiert aus diesem Leitbild. Sie wird durch die ständige Ausweitung des Konsums, der wiederum die Erzeugung immer neuer Wunschbilder bewirkt, in Gang gehalten. Wir jagen immer neuen vermeintlichen Errungenschaften nach und sind bereit, für viele gar nicht lebensnotwendige Dinge Überpreise zu bezahlen. In der Industrie- und Wohlstandsgesellschaft fällt daher die Bewertung der wichtigsten Grundnahrungsmittel im Vergleich zu anderen Erzeugnissen immer mehr zurück.

Man wirft auch bei uns der Landwirtschaft vielfach vor, daß sie einen besonderen Vorzug genießt, daß für sie zu viele öffentliche Mittel aufgewendet werden, kurz man spricht von einem Agrarpro-

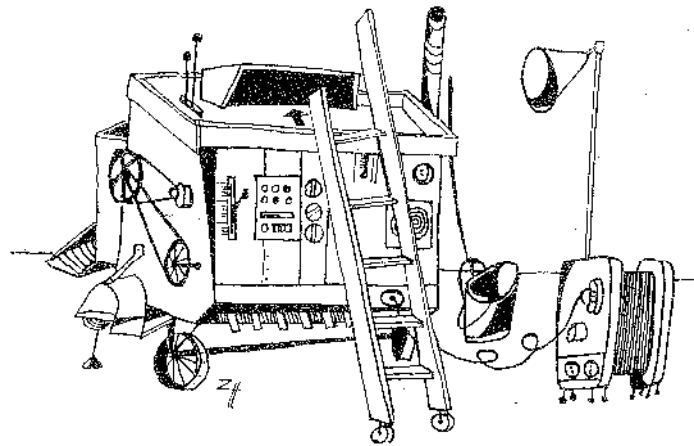
tektionismus und vergißt den ungleich größeren Protektionismus in seinen mannigfachen Erscheinungsformen, der anderen Wirtschaftszweigen zu einer Blüte verholfen hat, welche die Landwirtschaft nie erreichen kann.

Trotz dieser vorher nur angedeuteten im Leitbild der Industriegesellschaft begründeten Entwicklungstendenz, die ich aus der Sicht der sich anbahnenden europäischen Großraumwirtschaft insofern ergänzen möchte, als die zunehmende Kapitalkonzentration zu immer neuen Organisationsformen auf allen Gebieten der Wirtschaft führt, bin ich der Auffassung, daß das Leitbild der europäischen Landwirtschaft der Familienbetrieb sein soll, natürlich nicht in konservierter Form, sondern zeitgemäß organisiert.

Begründung dieses Leitbildes

Sie werden nun vielleicht erstaunt sein, daß ich jetzt, wo man sehr oft von der Notwendigkeit der Strukturbereinigung durch Bildung größerer Wirtschaftseinheiten auch in der Landwirtschaft spricht, den Familienbetrieb herausstelle.

Manche Überlegungen haben schon zu wenig ermutigenden Prognosen für die alpenländische Landwirtschaft geführt, etwa in dem Sinne, daß in weiterer Zukunft nur in den besten Gunstlagen überhaupt noch Landwirtschaft in der bisher üblichen Form betrieben



Industrialisierung des Bauernhofes

werden kann. Wie vor noch nicht langer Zeit die ideellen, außerökonomischen Kräfte für den Bestand des alpenländischen Bauerntums überschätzt wurden, unterschätzt man sie heute unter dem Eindruck scheinbar zwingender ökonomischer Schlußfolgerungen.

Daß die sich immer weiter öffnende „Preisschere“ eine ernste Gefahr für die vielen Tausende ökonomischer Grenzbetriebe vor allem im Bergland darstellt und in dem Maße ihrer weiteren Öffnung noch neue entstehen, ist nicht zu bestreiten. Es gibt auch noch andere Ursachen, die in bestimmten betriebswirtschaftlichen Besonderheiten des alpenländischen Bauernbetriebes begründet sind und zu einer Verschärfung der bestehenden Nachteile der Gebirgslandwirtschaft führen.

Alle diese Umstände führen zu der Schlußfolgerung, daß fraglos noch weitere Standorte bisher intensiven Landbaues in unseren Kärntner Gebirgslagen ihren Charakter verändern oder preisgeben werden. Für die Agrar- und allgemeine sowie regionale Wirtschaftspolitik erhebt sich die nicht zu umgehende Frage, wie zu dieser Erscheinung Stellung zu nehmen ist.

Die in Kärnten grundsätzlich und in der offiziellen Landespolitik einhellig vertretene Ansicht, daß wir die vorhin angeführte Änderung oder Preisgabe zwar nicht aufhalten können, sie aber unter Bedachtnahme der gesamten Landesentwicklung ordnend lenken müssen, ist in dem Leitbild des Familienbetriebes und seiner Funktion begründet.

Es ist unreal zu glauben, daß unsere schönen Hochtäler als nicht agrarischer Siedlungsraum, insbesondere für den Fremdenverkehr weiter attraktiv sein werden, wenn sie verödet, die Bauern abgewandert sind und an Stelle blühenden Lebens Ruinen von dem einstigen Fleiß der Bergbauern Zeugnis ablegen. Es ist unreal zu glauben,

daß andere als der Bauer die vielfältigen Funktionen der Landschaftspflege in ihre Hände nehmen.

Es ist außerdem unnaß zu glauben, wir könnten die vielfach so sehr empfohlene sogenannte Gesundheitskrumpfung der Landwirtschaft ohne Gefahr für unsere Existenz in kommenden Krisenzeiten gutheißen oder gar noch fördern.

Ich habe mich mit dieser heute sehr aktuellen Meinung der Notwendigkeit der Gesundheitskrumpfung bei uns eingehend befaßt und fasse das Ergebnis dieser Überlegungen kurz zusammen:

1. Der Boden ist unverbesserbar;
2. Die Ernährung aus der Retorte, d. h. die Verwendung synthetisch erzeugter Nahrungsmittel für die menschliche Ernährung wird niemals die Produktion biologisch gewonnener Nahrungsmittel ausschalten können;
3. Die Folge weiter gehender Schrumpfung an Arbeitskräften und Betrieben ist zwangsläufig Rückgang der Flächenproduktivität als Folge des Rückganges der intensiven Bodennutzung;
4. Die Spekulation, die bisherigen Agrarländer werden unseren Produktionsrückgang wettmachen, ist angesichts der im Zeitraffer-tempo vor sich gehenden Entwicklung derselben nicht haltbar. Auch sie werden zu Industrieländern, auch bei ihnen werden schließlich die bei uns heute auftretenden Erscheinungen und Probleme nicht ausbleiben;
5. Wir haben daher mit einem Rückgang der Erzeugung ab einem bestimmten, vorher nicht zu ermittelnden Schwellenwert der Schrumpfung, der je nach den Produktionsbedingungen variabel ist, zu rechnen.

Schließlich faßt dieses Leitbild des Familienbetriebes die Summe aller kulturellen und geistigen Werte des Abendlandes zusammen, ist in ihm ein gesellschaftliches Fundament begründet, das wir nicht einfach verlassen können, ohne uns in ein Niemandsland zu begeben.

Problematik der Agrarpolitik in der Industriegesellschaft

Die Problematik der Agrarpolitik in der Industriegesellschaft ist zwar nicht mit wenigen Worten auszudrücken. Sie tritt uns aber deutlicher vor Augen, wenn wir von extremen Standpunkten ausgehen.

Das eine Extrem ist die Forderung nach einer Schutzpolitik um jeden Preis, das andere will die Landwirtschaft ohne jeden Schutz sich mit allen Erscheinungen unserer Zeit auseinandersetzen lassen.

Es bestehen sehr massive Tendenzen in der Industriegesellschaft, die Ausgaben für die lebensnotwendigen Güter möglichst zu senken. Die industriellen Rationalisierungsgewinne als Folge der Massenproduktion führen nicht zu einer Verbilligung der Industrieprodukte, sondern werden zwischen den beiden organisierten Machtgruppen, der Unternehmerschaft und der in den Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmerschaft, aufgeteilt.

Von dieser Aufteilung ist der Bauer ausgeschlossen. Für ihn ist nur die Folgeerscheinung, nämlich die sich stetig öffnende Preisschere spür- und sichtbar. Es ist daher verständlich, daß unter diesen Umständen die ökonomische Grenze der Produktion in der Landwirtschaft — vom Standort und der Organisation der Produktion her gesehen — wesentlich rascher enger wird als im gewerblich-industriellen Bereich. Darin liegt ja die Ursache der Schrumpfung der Landwirtschaft in der Industriegesellschaft, von der manche glauben, daß man ihr noch Vorschub leisten müsse, um die Landwirtschaft der Ökonomik des gewerblich-industriellen Sektors anzupassen.

Die Schwierigkeiten, denen sich unsere Landwirtschaft bei der Durchsetzung ihrer Anpassungsziele gegenübersteht, ist 1. der Faktor Zeit und 2. die Tatsache, daß vorderhand tatsächlich eine absinkende Binnenproduktion in ausreichendem Maß durch Importe aus Ländern mit günstigeren Produktionsbedingungen wettgemacht werden kann.

Ich kann in diesem Rahmen nicht auf das ganze Instrumentarium der Agrarpolitik eingehen, darf es im wesentlichen als bekannt voraussetzen. Es ist jedenfalls erfreulich, daß sich die politischen Parteien in Österreich auf einer Linie gefunden haben, die in Richtung einer umfassenden Verbesserung der Produktionsgrundlagen und der Struktur unserer Landwirtschaft im Wege des sogenannten „Grünen Planes“ verläuft.

Entwicklungstendenzen in Kärnten

Es erhebt sich nun die Frage, wie sich der Kärntner Bauer mit den Erscheinungen der Industriegesellschaft auseinandersetzt und welche Schlußfolgerungen sich für die gesamte Landesentwicklung aus diesem Verhalten ergeben. Diese Frage ist meiner Meinung umso mehr berechtigt, als an erster Stelle aller Überlegungen der Mensch zu stehen hat. In einem freien Staat kann man niemand eine bestimmte Verhaltensweise aufzwingen. Es ist möglich, die wirtschaftliche Tätigkeit des Menschen zu lenken. Aber auch diese Lenkung wird nicht darauf verzichten können, sich einem bestimmten Trend der Entwicklung anzupassen. Tut sie es nicht, wird sie versagen oder in einen Despotismus verfallen, dessen Auswirkungen uns hinlänglich bekannt sind.

Waren die ersten Nachkriegsjahre, etwa bis 1950, durch ein nur sehr geringes Wirtschaftswachstum gekennzeichnet, änderte sich dieser Zustand in den darauf folgenden Jahren sprunghaft. Diese ersten Jahre standen noch unter den Nachwirkungen der Kriegswirtschaft. Arbeitskräfte waren damals in der Landwirtschaft noch ausreichend vorhanden. Sie rekrutierten sich aus dem verbliebenen Gesinde, den aus politischen und wirtschaftlichen Gründen existenzlos gewordenen Angehörigen verschiedener Berufe und Flüchtlingen.

Binnen weniger Jahren wurde der größte Teil dieser Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft abgezogen. Die Flüchtlinge wanderten aus oder fanden in gewerblichen und industriellen Betrieben (ohne, gut bezahlte Arbeitsplätze. Der Bauer wurde als Folge dieser raschen Abwanderung und der auch seinen Lebensbereich einbeziehenden Dynamik des allgemeinen Wirtschaftsaufschwunges in geradezu turbulenter Form in diese „neue Zeit“ hineingerissen. Dabei zeigte sich, daß fleißige Arbeit in Haus und Hof, Feld und Stall nicht mehr ausreichte, um den Bestand des Hofes zu sichern. Die Kosten der notwendigen Investitionen für Betriebsmittel, Maschinen, Geräte, Pflanzenschutzmittel, Baustoffe u. a. m. stiegen ebenso an wie die Löhne der wenigen, in größeren Wirtschaften noch verbliebenen Fremdarbeitskräfte.

In dieser Phase begann sich die Überlegenheit jener Bauern klar abzuzeichnen, die auf Grund ihrer Fachausbildung und ihrer Fähigkeiten den Rechenstift ebenso gut zu gebrauchen wissen, wie sie neuzeitliche Grundsätze des Landbaues und der Tierhaltung und -zucht betriebswirtschaftlich richtig anzuwenden imstande sind.

Es war dies auch jene Zeit, in der die Landtechnik die größten Anstrengungen unternahm, immer zweckmäßigere und bessere Maschinen zu entwickeln. Damit wuchsen aber auch die Schwierigkeiten für den technisch oder betriebswirtschaftlich nicht oder nur ungenügend geschulten Bauern, die Anwendbarkeit der in steigendem Maße und in immer größerer Auswahl vom Landmaschinenhandel angebotenen Maschinen kritisch beurteilen zu können und im Falle des Ankaufes jene betriebswirtschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen, die ihre Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten vermögen. So manche Fehler verfehlter und unvollständiger, dadurch unwirtschaftlicher Technisierung bieten sich dem aufmerksamen Beobachter.

Die ökonomisch richtige Technisierung ist vielleicht als schwierigste Frage der neuzeitlichen Betriebsrichtung des landw. Betriebes, insbesondere im Bergland, zu bezeichnen, weil dabei die Kalkulation der Kosten mit den möglichen Mehrerlösen in Beziehung gesetzt werden muß. Außerdem ist eine entsprechende Betriebsplanung notwendig, um sowohl Arbeitsspitzen bewältigen zu können, als auch um die für Betriebsform, Betriebsgröße und Gelände richtig gewählten Zug- und Arbeitsmaschinen möglichst vielseitig und handarbeitsparend anwenden zu können. Dafür gibt es kein allgemein gültiges Rezept, denn jede Wirtschaft hat je nach Größe, Boden-, Klima- und Geländeverhältnissen ihre besonderen Bedingungen für die Technisierung.

In dieser Phase, also mit Beginn der Fünfziger Jahre wurden seitens des Landes Kärnten die Förderung der Landwirtschaft, auch mit Unterstützung des Bundes, in besonderem Maße forciert. In den Berglagen begann ein großzügiger und kostenaufwendiger Ausbau der Elektrizitätsversorgung. Der Bau von Seilwegen und Güterwegen wurde für die Aufschließung der Bergbauernhöfe immer mehr vorangetrieben. In den Tallagen waren die Entwässerung der maschinentauglichen Naßflächen und die Flurbereinigung in besonderem Maße zu fördern, um die Voraussetzung für eine Umstellung der Betriebe zu schaffen.

Neue Fachschulen wurden errichtet, das Genossenschaftswesen erhielt einen Ausbau.

Trotzdem konnte nicht verhindert werden, daß das Höhen-Tal-Gefälle der Wirtschafts- und Siedlungsentwicklung zunahm. Trotz Verbesserung der Infrastruktur im Bergland konzentrierte sich die wirtschaftliche Entwicklung im Tal. Auch bei uns haben wir — insbesondere im Umland der größeren Städte, aber auch in der näheren Umgebung der Kleinstädte und Märkte — mit den Erscheinungen der räumlichen Ballung in zunehmendem Maße mit allen Konsequenzen, die sich hieraus in kommunalpolitischer Hinsicht und bezüglich der Flächenwidmung ergeben, zu tun.

In diesem Bereich der wachsenden Städte und Märkte hat sich die Landwirtschaft sehr rasch gewandelt. Die ökonomischen Grenzbetriebe sind größtenteils zu Nebenerwerbswirtschaften reduziert worden. Zeitreiche Betriebsinhaber sind dazu übergegangen, ihre Grundflächen möglichst günstig an Siedlungswerber, Gewerbe-, Industrie- und Fremdenverkehrsbetriebe stückweise zu verkaufen. Die bäuerliche Vollerwerbslandwirtschaft ging damit sehr zurück. Dafür wuchsen Erwerbsgärtnereien hinsichtlich Zahl und Ausmaß der gärtnerisch genutzten Fläche.

Ich habe im Bereich des Pöndelverkehrs im weiteren Umland der Landeshauptstadt festgestellt, daß sich dort die Auflösung der Landwirtschaft in der bisherigen Form in anderer Weise vollzieht. Der Landbedarf für Betriebe der gewerblichen Wirtschaft und für Wohnsiedlungen ist dort viel geringer als im Nahbereich. Die Grundeigentümer, welche ihre Betriebe nicht mehr selbst bewirtschaften, verpachten die landwirtschaftlichen Nutzflächen und bauen die Hofstelle um. Wo es erfolgversprechend ist, werden auch kleine Frühstückspensionen eingerichtet.

Für die Aufstockung der verbliebenen Vollerwerbsbetriebe sind daher in diesen Bereichen günstige Möglichkeiten meist durch Zupacht gegeben.

Zusammenfassung und Schlußwort

Wenn Sie mich nun fragen, welche Möglichkeiten und Chancen ich für die Zukunft des Kärntner Bauern sehe, welche Prognosen ich ihm und schließlich der Entwicklung des ganzen Landes stelle, möchte ich dazu folgendes sagen:

Kärnten ist auf Grund seiner natürlichen Gegebenheiten, der Landschaft, des Klimas, der vorhandenen Bodenschätze und Energiequellen dazu vorbestimmt, die Wirtschaft des Landes mehrseitig auszubauen.

Die Anstrengungen der Bundes- und Landespolitik werden daher darauf gerichtet sein müssen, die bestehenden Bergbau-, Verhüttungs- und Industriebetriebe nach Möglichkeit zu erhalten, bzw. für allenfalls stillzulegende Ersatzbetriebe zu schaffen. Diese Forderung ist umso begründeter, als Kärnten eine vorgelegene sehr hohe Winterarbeitslosigkeit aufweist und außerdem staatspolitische Gründe wegen der Grenzlage dafür sprechen.

Auf dem Energiesektor ist der Ausbau weiterer Kraftwerkstufen an der Drau sowie von Speicherwerken im Kärntner Oberland geplant, bzw. ist je eines davon bereits im Bau.

Die Landwirtschaft ist im Bergland m. E. nur dann im großen und ganzen zu halten, wenn es gelingt, dort durch regional gezielte Maßnahmen den Fremdenverkehr weiter auszugestalten bzw. neue Fremdenverkehrsgebiete zu erschließen, so daß die Einrichtungen der Infrastruktur beiden Erwerbszweigen zugute kommen und eine höhere volkswirtschaftliche Rentabilität erreicht wird.

Es ist interessant, in wie kurzer Zeit sich die Ansichten über die direkte Beteiligung des Bauernhofes am Fremdenverkehr gewandelt haben. Anlässlich der Jahresversammlung der Mülltaler Bergbauern-Arbeitsgemeinschaften im Dezember 1954 wurde die Behörderung von Erholungssuchenden im Bergbauernhof mit der Begründung abgelehnt, der Gast mit fremder Lebensart bedeute — in der Regel unabsichtlich — eine Gefahr für die landfluchtferne Haltung der Bergbauernfamilie.

Ich brauche Ihnen nicht erst zu versichern, daß heute nur mehr die durch die Behörderung eintretenden arbeitswirtschaftlichen Schwierigkeiten sowie die hierfür notwendigen Investitionen Gegenstand von Diskussionen bilden.

Für die Verbindung Fremdenverkehr-Landwirtschaft im Bergland in direkter und indirekter Form sprechen gewichtige Gründe:

1. Absatz von Produkten kommt bei ausländischen Gästen einem Export im Inland zu günstigen Bedingungen gleich.

2. Der Absatz an Agrarprodukten wird global gesteigert.
3. Der Bauer kommt in den Genuß der gesamten Verdienstspanne, von der er sonst den Löwenanteil abgeben muß.
4. Die Wohnkultur wird erheblich verbessert, so daß damit bessere Voraussetzungen für das Verbleiben der Familie am Hof geschaffen werden.

Die soziologischen, psychologischen und ethisch-kulturellen Aspekte, Auswirkungen und Begleiterscheinungen des Fremdenverkehrs im Bergbauernhof und -dorf sind vielfältig. Es ist klar, daß es in dieser Beziehung auch negative Momente geben kann, wenn man an die verschiedene Herkunft der Gäste und sozial-kulturelle Gegensätze denkt. Es ist aber unbestritten, daß der direkte Kontakt auch sehr zum gegenseitigen Verständnis beitragen kann und geeignet ist, das Stadt-Land-Verhältnis zu bessern.

Gerade jenen Bergbauernbetrieben, die entweder zu wenig Eigenwald aufweisen oder die LN nicht jene Größe aufweist, die für den Bestand unter schwierigeren Bedingungen notwendig ist, kann die direkte Beteiligung am Fremdenverkehr die einzige Chance des Weiterbestehens bieten. Wir haben in unseren Bergbauernarbeitsgemeinschaften bzw. Umstellungsgemeinschaften viele derartige Beispiele.

Der Kärntner Bauer beginnt sich aber bereits auch mit den verschiedenen Formen der überbetrieblichen Zusammenarbeit auseinanderzusetzen. Gemeinsame Maschinenanwendung in Form der Maschinengemeinschaften und Maschinenbanken, der Landesmaschinenhilfe des Landes Kärnten sind bereits bekannte Formen.

Die Kapitalkonzentration, ein Merkmal der modernen Wirtschaft, wird m. E. auch bei uns zu neuen Organisationsformen führen. Die bisher bekannten Formen der überbetrieblichen Zusammenarbeit sind die Erzeugergemeinschaften (produktionstechnische, marktwirtschaftliche Beratung, Verhandlungsgemeinschaft in Bezug von Produktionsmitteln und Absatz, Ziel also einheitlicher Erzeugung großhandelstauglicher Mengen gleicher Qualität); Vertragswirtschaft (Abnahme- und Bezugsbedingungen zwischen Industrie und Landwirtschaft vertraglich festgelegt — Gemüsebau, Eier-Geflügelproduktion, Zuckerrübe schon lange); Gruppenlandwirtschaft (Extremform der überbetrieblichen Zusammenarbeit, Zusammenschluß mehrerer landwirtschaftlicher Betriebe zur gemeinsamen Nutzung, in Frankreich dafür eigene Rechtsgrundlagen).

Welche dieser Formen, bzw. ob und inwieweit Variationen der einen oder anderen Form bei uns Eingang finden werden, vermag heute noch niemand zu sagen.

Daß es zu überbetrieblichen Gemeinschaftsformen kommen wird, besteht wenigstens für mich kein Zweifel. Diese Überzeugung schöpfe ich aus der Kenntnis des wechselvollen Geschickes der bäuerlichen Familie. In der Abfolge der Generationen treten die bekannten Krisen auf; die Überbelastung, besonders der Frau, in Betrieb und Haushalt ist eine nicht zu leugnende Tatsache.

Wenn auch Ansätze zu einer Hilfe in Gestalt der Hof- oder Dorf- helfer vorhanden sind, werden diese und andere Hilfen wie z. B. die Erntekindergärten, auf die Dauer nicht genügen. Denn es besteht kein Zweifel, daß die weitere Technisierung in der Industrie zu einer Verkürzung der Arbeitszeit führen wird, womit das vorhandene Stadt-Land-Gefälle noch verschärft wird.

Insgesamt stelle ich der alpenländischen Landwirtschaft trotz zahlreicher Gegenstimmen keine ungünstige Prognose. Die Bedeutung des Bergbauern für die Landschaftspflege und Landschaftsgestaltung wurde bereits aufgezeigt.

Die Annahme, daß trotz starker Bestrebungen nach Abbau der räumlichen Ballung die vorhandenen Industrieregionen in den traditionellen Industrielandschaften Europas weiter wachsen werden, entbehrt nicht stichhaltiger Gründe. Weitere Industriebezirke werden wahrscheinlich entstehen mit einer besseren räumlichen Zuordnung zu den Wohnsiedlungen. Den Bestrebungen nach Dezentralisation werden sicherlich Erfolge beschieden sein. Im großen und ganzen aber wird es doch eine zwangsläufige Folge der Nutzung unseres Lebensraumes sein, daß Industrieregionen, Agrarregionen und Erholungsräume in ziemlich ausgeprägter Form nebeneinander bestehen werden. Der Bedarf an Erholungsräumen wird fraglos noch weiter zunehmen.

Die traditionellen Erholungsräume des Europäers, das Meer, die großen Alpenseen und bestimmte Hochgebirgslandschaften sind bereits heute überfordert. Darin sehe ich die Chance für viele Bergregionen Kärntens und damit auch die Chance für den Weiterbestand des Bergbauern. Er wird sich in vieler Hinsicht umstellen

müssen; seine geistige Wendigkeit wird in dem Maße zunehmen müssen, als er sich mit den Erscheinungen der Industriegesellschaft auseinandersetzen muß. Jene Städte, die glauben, die Regeneration ihres immer mehr überforderten Organismus auf Massenstränden am Meer oder in den Heerlagern des Massentourismus in den bekannteren Gebirgsgebieten erreichen zu können, werden sich irren.

Bisher fast unerschlossene, kaum bekannte Gebiete in unserem Hoch- und Mittelgebirgslagen werden m. E. in Zukunft für die Er-

holung nutzbar gemacht werden müssen. Dies kann nur dann zum Erfolg führen, wenn es dort noch Bergbauern gibt, deren Tätigkeit hierfür die Voraussetzungen schafft.

Was wir brauchen, ist also ein aktiver Menschentyp, der klar und unbeirrt seine Ziele verfolgt, der weiß, daß das Heil nicht nur aus den Fortschritten der Technik und Wissenschaft resultiert. Sie, meine sehr geehrten Zuhörer, sind besonders dazu berufen, an der Erziehung dieses aufgeschlossenen, bäuerlich denkenden und von tolerantem europäischem Geist erfüllten Menschen mitzuarbeiten.

Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft in den EWG-Ländern

Regierungsrat Dr. Werner Becker

Meine Damen und Herren!

Wenn ich vor Ihnen über Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft referieren darf, so handelt es sich bei Tendenzen um in die Zukunft gerichtete Prognosen, deren Stellung subjektive Beurteilungsmomente einschließt. Meine Aussage kann daher nur eine persönliche Ansicht wiedergeben, die nicht mit der meines Amtes zu verwechseln ist. Sie ist zudem, auf einzelne Mitgliedsländer bezogen, notwendigerweise graduell abzustufen und nach landwirtschaftlichen Produktionsrichtungen zu modifizieren. Andererseits haben aber bestimmte grundsätzliche Ausführungen auch für andere Wirtschaftsbereiche — wie z. B. dem der Montanindustrie, der Energie und des Verkehrs — über die Landwirtschaft hinaus Gültigkeit.

Ich muß meine Aussagen auch noch in einer weiteren Beziehung relativieren. Es ist ein didaktisches Erfordernis, alle Thesen auf die Spitze zu treiben, denn sonst sind sie wertlos. Auf das Niveau der Mittelmäßigkeit wird jede Äußerung durch Kritik und Zeitablauf ohnehin gedrängt. Lassen Sie mich bitte scharf profilieren. Als Studenten ist Ihnen dieser Stil in akademischer Vorurteilslosigkeit sicher auch geläufig.

In einem ersten Kapitel meines Beitrages möchte ich Sie in die Grundlagen des EWG-Vertrages einführen, Ihnen sodann den Schutz der Landwirtschaft innerhalb der Konzeption einer gemeinsamen Agrarpolitik der Gemeinschaft erläutern und Ihnen in einem letzten Abschnitt die Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft aufzeigen.

I. Die Grundlagen des EWG-Vertrages

In dem Vertrag von Rom ist bekanntlich der Landwirtschaft in den Artikeln 38-47 ein eigenes Kapitel gewidmet.

Ganz grob zusammengefaßt besagt es folgendes:

1. Der Gemeinsame Markt umfaßt auch die Landwirtschaft und den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen;
2. Die Vorschriften für die Errichtung des Gemeinsamen Marktes, dessen Grundlage eine Zollunion ist, gelten grundsätzlich auch für landwirtschaftliche Erzeugnisse;
3. Mit der Entwicklung eines Gemeinsamen Marktes für landwirtschaftliche Erzeugnisse muß die Gestaltung einer gemeinsamen Agrarpolitik Hand in Hand gehen.

Insbesondere letzteres, nämlich die Einführung einer gemeinsamen Politik auf dem Agrarsektor, bedarf der Betonung, zumal der Vertrag gleiches nur für zwei weitere Wirtschaftsbereiche, dem des Verkehrs und dem der Handelspolitik, vorsieht und sich bei den übrigen Gebieten mit der Forderung nach Harmonisierung und Koordination der innerstaatlichen Maßnahmen begnügt.

Mit den Beschlüssen des Ministerrates vom Juni dieses Jahres sind nun die letzten wesentlichen Entscheidungen auf dem Wege zu einem gemeinsamen Agrarmarkt mit dem Ziel der Einführung eines freien innergemeinschaftlichen Warenverkehrs gefallen. Seit dem 10. November 1966 besteht ein solcher Gemeinsamer Markt bereits für Olivenöl und seit dem 1.1.1967 für die meisten Arten von Obst und Gemüse. Am 1. Juli d. J. sind Getreide, Schweine, Eier und Ge-

flügel hinzugetreten, so daß jetzt für etwa 45 v. H. aller Erzeugnisse der Landwirtschaft in der Gemeinschaft der freie Warenverkehr hergestellt ist. Damit sind Zölle, Kontingente, Sperrfristen, Mindestpreise u. ä. entfallen. Ab 1. Juli 1968 aber werden ca. 95 v. H. der landwirtschaftlichen Erzeugung gemeinsamen Marktordnungen unterliegen; für nahezu alle wichtigen Agrarprodukte werden gemeinsame Preise gelten, die nicht mehr in den nationalen Hauptstädten, sondern in Brüssel festgesetzt werden.

Sie haben auf der anderen Seite verfolgen können, welche Schwierigkeiten es zu überwinden galt, um bis hierhin zu gelangen. Ich erinnere nur daran, daß ein Aspekt der gemeinsamen Agrarpolitik, nämlich die gemeinsame Finanzierung, zumindest den Anstoß für die ernsteste Krise gab, die die Gemeinschaft bislang zu überstehen hatte.

Man könnte also mit gutem Grund fragen, warum das alles, warum die Einbeziehung der Landwirtschaft in den Gemeinsamen Markt, warum überhaupt eine gemeinsame Agrarpolitik? Schließlich hat ja auch die EFTA die Landwirtschaft ausgeklammert und den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen bilateralen Abmachungen überlassen.

Für die im Vertrag von Rom getroffene Entscheidung gab es jedoch bestimmte politische und wirtschaftliche Gründe, dabei sei folgendes hervorgehoben:

- Etwa ein Sechstel der erwerbstätigen Bevölkerung in der EWG ist in der Landwirtschaft beschäftigt. Ein so großer Teil der Bevölkerung kann aus einer Integration, deren Zielsetzung über die einer Zoll- und Wirtschaftsunion hinaus auf eine größere politische Einheit gerichtet ist, nicht ausgeschlossen werden.
- Zum anderen lassen sich die landwirtschaftlichen Märkte aus keiner Art von großräumigen Zusammenschlüssen ausschließen — selbst nicht aus einer bloßen Zollunion — wenn einzelne Mitglieder vitale Exportinteressen auf diesem Sektor haben; so beträgt der Anteil der Agrarausfuhren am Gesamtexport in den Niederlanden etwa 24 v. H., in Frankreich gut 15 v. H. und in Italien immerhin noch 12 v. H. (1965).

Ferner bestehen zwischen dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum und der Entwicklung der Landwirtschaft enge Wechselbeziehungen. Nicht nur bildet die Landwirtschaft eine wichtige Käuferschicht, sondern sie stellt auch ein bedeutendes Arbeitskräftereservoir dar. Auch darf nicht übersehen werden, daß die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise, deren Index stets besonders kritisch analysiert wird, durch die landwirtschaftliche Markt- und Preispolitik wesentlich beeinflusst wird. Jede Integration von Volkswirtschaften, die die Landwirtschaft nicht miterfaßt, bliebe daher ein Fragment.

Auf Grund all dieser Erwägungen bestimmt Artikel 38 des Vertrages die Einbeziehung der Landwirtschaft in die Integration mit dem Zweck, schrittweise einen Gemeinsamen Markt zu schaffen, auf dem sich der Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen unter Bedingungen abwickelt, die denen eines Binnenmarktes entsprechen. Damit ist festgelegt, daß alle allgemeinen Vorschriften über die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes auf die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Anwendung finden, sofern sich nicht aus den speziellen Vorschriften etwas anderes ergibt.

Die Ziele der nach Artikel 38 parallel zu der wachsenden Integration der Agrarmärkte zu entwickelnden gemeinsamen Agrarpolitik formuliert Artikel 39 in folgenden fünf Punkten:

1. Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens der landwirtschaftlichen Bevölkerung;
2. Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität;
3. Stabilisierung der Märkte;
4. Sicherung der Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung;
5. Belieferung der Verbraucher zu angemessenen Preisen.

Diese Ziele, so widersprüchlich sie zum Teil untereinander sind, oder gerade wegen ihrer Widersprüchlichkeit, sind der Konzeption nach als Einheit aufzufassen; daraus ist zu folgern, daß auf eine unmittelbare Interdependenz der einzelnen Zielsetzungen geachtet werden muß. Prinzipiell kann somit kein Ziel mehr unter Außerachtlassung eines anderen Zieles verwirklicht werden.

Artikel 39 erlangt damit für die gemeinsame Agrarpolitik in der EWG den Charakter eines agrarischen Grundgesetzes, an dem sich alle agrarpolitische Aktivität zu orientieren hat. Er wird daher mit Recht bei den meisten agrarpolitischen Entscheidungen des Ministerrates als Rechtsgrundlage herangezogen, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß bei der Einzelentscheidung bewußt an alle Ziele des Artikels 39 gedacht und daß im Rahmen dieser Einzelentscheidung eine Abwägung der verschiedenen Ziele vorgenommen wurde.

Solcher Einzelentscheidungen bedarf es zur Durchführung der konkreten Agrarpolitik laufend. Die Formulierung des Artikels 39 legt nur einen allgemeinen Rahmen fest, aus dem 1958 in einer Konferenz in Stresa eine geschlossene Konzeption entwickelt wurde, die folgendermaßen gekennzeichnet werden kann.

1. Zentrales Steuerungselement der Agrarmärkte ist der Preis. Dies ist eine logische Folgerung aus der Tatsache, daß die Bestimmungen, des Vertrages über den Kontingents- und Zollabbau grundsätzlich auch für die Landwirtschaft gelten. Der Ausgleich von Angebot und Nachfrage, der, soweit er durch den Außenhandel zu beeinflussen ist, vor Inkrafttreten des Vertrages durch eine bestimmte Zollpolitik und durch mengenmäßige Beschränkungen angestrebt wurde, soll nun entscheidend durch die Preisfestsetzung erreicht werden.

Die Höhe der Erzeugerpreise ist dadurch so zu bestimmen, daß zwar einerseits dem Produzenten ein angemessenes Einkommen gesichert, auf der anderen Seite aber kein Anreiz zu einer Produktionssteigerung über das gewünschte Maß hinaus gegeben wird. Mit dieser Grundsatzentscheidung rückt die gemeinsame Preispolitik, deren Einführung der Vertrag in Artikel 40 noch lediglich als Möglichkeit erwogen hat, in das Zentrum der EWG-Agrarpolitik. Die Festsetzung gemeinsamer Preise wurde in der Folgezeit für die wichtigsten Agrarerzeugnisse die wesentliche Aufgabe des Ministerrats.

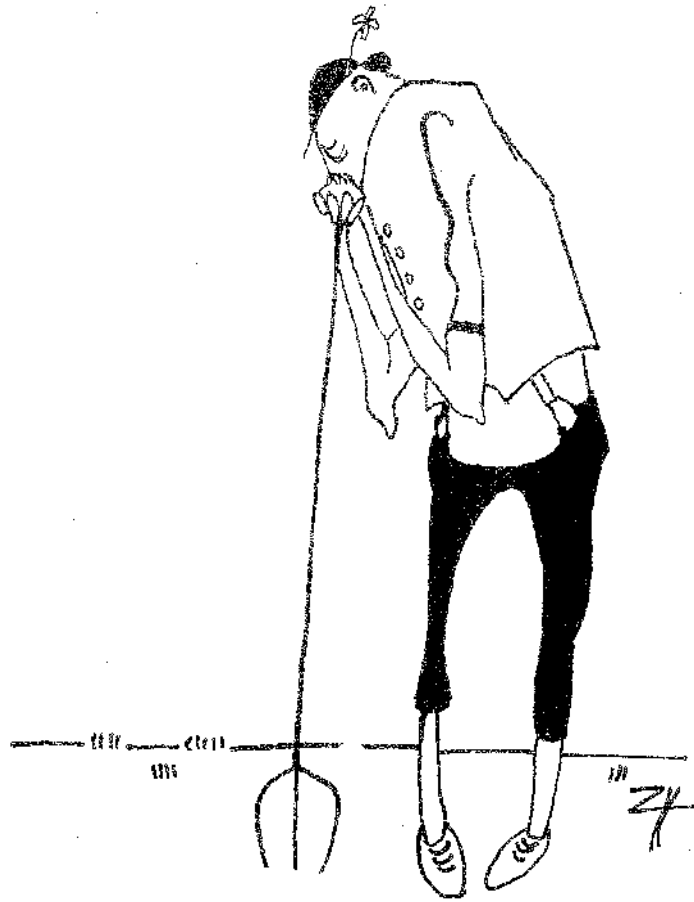
2. Ein weiterer Grundsatz ist die sog. Spezialisierung der Erzeugung; anders ausgedrückt heißt das, daß die Produktion an den jeweils günstigsten Standort innerhalb der Gemeinschaft bei voller Auswirkung des Frachtgefälles auf die Preise zu verlagern ist.
3. Ein dritter Grundsatz, der sich aus der Idee eines Gemeinsamen Marktes von selbst versteht, ist die Freizügigkeit des innergemeinschaftlichen Handels, der Arbeitskräfte und des Kapitals.
4. Schließlich ist bei allen eine Präferenz der Mitgliedstaaten untereinander begründenden Maßnahmen der traditionelle Warenverkehr mit dritten Ländern angemessen zu berücksichtigen.

Mit diesen Grundsätzen war die Generallinie für die schrittweise zu entwickelnde gemeinsame Agrarpolitik festgelegt. Auf der Basis dieser Prinzipien legte die Kommission dem Rat ihre Vorschläge für die zu errichtenden gemeinsamen Marktorganisationen und deren Finanzierung vor.

In welcher Form sind nun die Marktregelungen ergangen, woraus ergibt sich die Gesetzgebungskompetenz des Ministerrats und welchen Umfang hat sie?

- Ausgangspunkt ist hier zunächst Artikel 40. Danach gibt es für die Agrarmärkte drei mögliche Organisationsformen, nämlich
- gemeinsame Wettbewerbsregeln, eine
 - bindende Koordinierung der einzelstaatlichen Marktordnungen und
 - eine europäische Marktordnung.

Diese drei Formen — obwohl im einzelnen nicht säuberlich voneinander zu trennen — unterscheiden sich vor allem hinsichtlich ihrer Integrationstiefe. Und zwar nicht nur in bezug auf die fakti-



sche Vereinheitlichung der Märkte, sondern insbesondere auch hinsichtlich der legislativen und administrativen Zuständigkeit. Damit wird die Organisationsform zu einer politischen Kategorie. Es ist nicht schwer zu erkennen, daß eine europäische Marktordnung, soll sie funktionsfähig sein, praktisch nur von einer Zentralstelle aus geleitet werden kann. Es ist ferner offensichtlich, daß eine bindende Koordinierung der einzelstaatlichen Marktordnungen Initiative, Entscheidung und Durchführung in stärkerem Maße den Einzelstaaten beläßt.

Die in Kraft befindlichen Marktordnungen enthalten nunmehr Elemente aller drei genannten Organisationsformen, ohne sich auf ein Element festzulegen. Sie enthalten z. B. gemeinsame Wettbewerbsregeln, etwa hinsichtlich des Verbots der Gewährung bestimmter Beihilfen, und schreiben darüberhinaus Maßnahmen vor, die als „bindende Koordinierung der einzelstaatlichen Marktordnungen“ angesehen werden können. Dies trifft z. B. für die Interventionstätigkeit der Mitgliedstaaten zu, worunter insbesondere die staatliche Bevorratung — etwa bei Getreide — verstanden wird. Unverkennbar geht die Entwicklung immer mehr auf eine stärkere Vereinheitlichung und Zentralisierung zu, so daß die EWG-Marktordnungen in zunehmendem Maß den Charakter europäischer Marktordnungen gewinnen.

Ihrer förmlichen Rechtsnatur nach handelt es sich bei den vom Ministerrat verabschiedeten Marktorganisationen um Verordnungen im Sinne des Vertrages; sie sind also unmittelbar geltendes Recht und bedürfen zu ihrem Wirksamwerden keiner Transformierung in nationales Recht.

Die Gesetzgebungskompetenz des Ministerrats für den Bereich der Landwirtschaft ergibt sich aus Artikel 43 des Vertrages, danach kann der Rat — während der beiden ersten Stufen einstimmig, sodann mit qualifizierter Mehrheit — Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen erlassen, um die einzelstaatlichen Marktordnungen durch eine der vorhin genannten gemeinsamen Organisationsformen abzulösen. Soweit einzelstaatliche Marktordnungen vorliegen, kann der Ministerrat darüber befinden, was aus ihnen werden soll. Er kann also nationales Marktordnungsrecht wie Abschöpfungen, Preisregeln und dergleichen aufheben oder ändern und an dessen Stelle einheitliches, für alle Mitgliedstaaten verbindliches Recht setzen. Soweit die Materie nicht durch den Ministerrat geregelt

wird, bleibt das nationale Recht in Kraft. Nationale Agrargesetze dagegen, die nicht zur Marktbeeinflussung erlassen sind und daher nicht unter den Begriff der einzelstaatlichen Marktordnung fallen, unterliegen überhaupt nicht dem Eingriffsrecht des Ministerrats.

Wie ich schon andeutete, kann der Rat im Beginn der dritten Stufe — und in dieser befindet wir uns seit dem 1.1.1966 — seine ihm durch Artikel 43 eingeräumte Rechtssetzungsbefugnis mit qualifizierter Mehrheit ausüben. In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß die sog. Luxemburger Beschlüsse, die die große Krise der EWG beendeten, ja nicht die grundsätzliche Möglichkeit von Mehrheitsbeschlüssen beseitigt haben, sondern nur Einstimmigkeit in lebenswichtigen Fragen fördern. Es ist also grundsätzlich möglich, daß auf dem besonders schwierigen Agrargebiet die Regierungen einzelner Mitgliedstaaten mit Hilfe des Ministerrats in das Agrargebiet die Regierungen einzelner Mitgliedsstaaten mit Hilfe des Ministerrats in das Agrargebiet der anderen Mitgliedstaaten eingreifen können. Die augenblickliche Praxis der Abstimmung im Ministerrat sieht allerdings eine Einstimmigkeit auf allen Gebieten — also auch der nicht lebenswichtigen — vor. Dies hat zur Folge, daß die Härte des Vorhandels durch Sonderzustände belohnt wird, denn anders ist die Einstimmigkeit nicht zu erreichen.

Mit dieser Aussage haben wir uns bereits von den Grundlagen des Vertrages entfernt und dessen Anwendung zugewandt. Mit welchem Schutz kann nunmehr die Landwirtschaft nach dem Vertrag rechnen:

II. Der Schutz der Landwirtschaft innerhalb der Konzeption einer gemeinsamen Agrarpolitik

Der Schutz der Landwirtschaft liegt einerseits — in den Bestimmungen des schon angeführten Artikels 39 des Vertrages. Gemeint ist die Forderung nach Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens der landwirtschaftlichen Bevölkerung, nach Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität und nach Stabilisierung der Märkte; und

andererseits — den Bestimmungen des Vertrages von Artikel 43, der besagt, daß der Ministerrat die einzelstaatlichen Marktordnungen durch gemeinsame Organisationen ersetzen kann, wenn diese gleichwertige Sicherheiten für die Beschäftigung und Lebenshaltung der betreffenden Erzeuger bieten.

Durch diese doppelte Bindung der Artikel 39 und 43 wurde die rechtliche Formel gegeben, die erlaubt, die aus der Vergangenheit überkommenen nationalen Marktregelungen auf die Gemeinschaft zu übertragen. Damit gehen die nationalen Regelungen in eine Maximalregelung der Gemeinschaft ein, die sich aus der Summe der Einzelregelungen der Mitgliedsländer ergibt. Diese Feststellung gilt sowohl quantitativ — von den nicht öbahren Gartenbauerzeugnissen bis zu Oliven ist in Kürze fast jedes Erzeugnis erfaßt — als auch qualitativ. Der Schutz der Landwirtschaft erfährt damit eine Verbesserung und Verstärkung im Sinn einer erheblichen Präferenz der Mitgliedsländer gegenüber den Drittländern, die nur durch massiven und gleichzeitigen Druck mehrerer Drittländer bei handelspolitischen Verhandlungen (z. B. Kennedy-Runde) reduziert werden kann.

Der Landwirtschaft kommt aber noch ein weiterer Umstand zugute. Die Beschlüsse über landwirtschaftliche Angelegenheiten stehen im Ministerrat der EWG den naturgemäß landwirtschaftsfreundlichen Agrarministern zu. So findet z. B. bei der Festlegung einheitlicher Preise in der Gemeinschaft eine allgemeine Angleichung nach oben auf das jeweils höchste Niveau in allen Mitgliedsländern statt. Nur wenige Ausnahmen, wie die Senkung der Getreidepreise in Deutschland, bestätigen diese Regel. Indem aber die Landwirtschaftsminister über das Schutzniveau der gemeinsamen Marktordnungen und die Höhe der Agrarpreise befinden, befinden sie gleichzeitig über die Höhe des Angebots an Agrarprodukten in der Gemeinschaft und über die daraus resultierenden Finanzierungsaufwendungen.

Zur Sicherung der landwirtschaftlichen Marktorganisationen wurde nämlich 1962 ein gemeinsamer Ausrichtungs- und Garantiefonds geschaffen. Aus der Abteilung Ausrichtung wird dabei die Agrarstrukturverbesserung gefördert und aus der Abteilung Garantie werden Zahlungen für

Ausfuhrerstattungen und Interventionen (Lagerhaltung und Denaturierung)

geleistet. Der in Ausgestaltung der Marktorganisationen geschaffene finanzielle Mechanismus bestimmt mittelbar über die Höhe der Agrarpreise den Umfang der Finanzierungsaufwendungen. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß die gemeinsame Agrarpolitik grundsätzlich von dem Preis als Steuerungselement der Produktion und von der Erzeugungsfreiheit ausgeht.

Die bisher verabschiedeten Marktordnungen lassen nach ihrer Systematik eine Begrenzung der finanziellen Verpflichtungen der Gemeinschaft nicht zu. Da die Regelungen jeweils bestimmte Mitgliedsländer begünstigen, ist es politisch nicht durchsetzbar, sie zu einer Rücknahme ihrer „wohlerworbenen Rechte“ zu bewegen und einer marktgerechten Festlegung der Agrarpreise zuzustimmen. Nur hierdurch läßt sich aber der resultierende finanzielle Aufwand begrenzen. Eine Dispositionsfreiheit besteht lediglich noch für die bisher noch nicht einer Marktorganisation unterworfenen Bereiche, doch ist das Interesse der Mitgliedsländer an einer Regelung sehr differenziert. Die politische Notwendigkeit, alle Regelungen einstimmig zu verabschieden, führt — wie schon angedeutet — dazu, daß in den entscheidenden Verhandlungen Pakete geschnürt werden, die jedem Mitgliedsland Vorteile gewähren. Damit kommt eine Einigung auf einem jeweils höheren Niveau zustande, das immer weitgehendere finanzielle Verpflichtungen begründet. Der Umfang der Agrarfinanzierung wird für 1970 auf rd. 7,5 Mrd. DM veranschlagt, doch ist nicht unwahrscheinlich, daß ein Betrag von 10 Mrd. DM erreicht wird. Die Bundesrepublik hat damit einer Einkommensübertragung zugunsten der Landwirtschaft der anderen Mitgliedsländer in der Größenordnung von 1,5 Mrd. DM zugestimmt, aber auch Italien wird vermutlich keinen Gewinn bei einer Bilanzierung der Ausgaben einerseits und der Rückflüsse andererseits machen.

Zusammenfassend ist festzustellen:

- die Agrarpreise wurden durchgehend erhöht;
- der Außenschutz an den Drittlandsgrenzen wurde verstärkt;
- zur Sicherung der Marktorganisationen wurde ein Finanzierungsvolumen von 7,5 bis 10 Mrd. DM in Aussicht genommen.

Das Schutzsystem der EWG hat damit eine allgemeine Verbesserung und keine Verschlechterung der Lage der Landwirtschaft mit sich gebracht. Ihnen als Kenner der italienischen Agrargesetzgebung überlasse ich das Urteil darüber, ob diese Aussage auch für Ihr Land zutrifft. Doch der EWG-Vertrag wurde 1955/56 verhandelt und 1957 unterzeichnet. Jetzt sind die politischen Entscheidungen gefallen, die eine Fusion der europäischen Kommissionen der EWG, EAG und der Montanunion vorsehen. Eine Fusion der Verträge selbst steht bevor. Außerdem sind England und drei skandinavische Staaten bemüht, der EWG beizutreten. Es entsteht also die Frage, wie würden die Agrarartikel eines neuen europäischen Vertrages aussehen, wenn sie neu verhandelt werden müßten. Welche Entwicklungstendenzen zeichnen sich ab? Wie ist die politische Situation?

III. Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft

M. E. ist die politische Lage am besten durch ein Wort Jakob Burckhardts aus dem Jahr 1878 charakterisiert:

„Seitdem die Politik auf die inneren Gärungen der Völker gegründet ist, hat alle Sicherheit ein Ende.“

Dies Wort gilt außenpolitisch und innenpolitisch. In einer Demokratie stehen die Parteien in der ständigen Versuchung, ad hoc als Reflex auf die jeweils stärkste Passion zu reagieren und zu reagieren. Sind sie doch gezwungen, ihre Politik auf eine materielle Befriedigung ihrer Anhänger zu basieren und damit die Löhnung im Parteienkampf vorzunehmen. Was aber bedeutet diese Tatsache für die Landwirtschaft?

Zur Beurteilung ist zunächst die Stellung der Landwirtschaft durch einige grundlegende Zahlen zu kennzeichnen:

Wenden wir uns zunächst dem Selbstversorgungsgrad in der Gemeinschaft zu

Tabelle 1 (siehe Seite 15)
Inlandserzeugung in Prozent des Gesamtverbrauchs

Der Selbstversorgungsgrad liegt in der EWG für Getreide etwa bei 85%, bei Fleisch in der Größenordnung von 94% und kann im Durchschnitt aller Produkte mit rd. 89,2% (1965) veranschlagt werden. Eine über den Verbrauch hinausgehende Erzeugung ist bei

Kartoffeln, Zuckerrüben, Gemüse, Schweinefleisch und Butter jetzt schon gegeben (Durchschnitt der Jahre 1960/61 bis 1964/65). 1970 dürfte die EWG Nettoexporteur von den übrigen Milchzeugnissen, Eiern und Geflügel werden.

Inländischerzeugung in Prozent des Gesamtverbrauchs

⊗ 1960/61—1964/65

Erzeugnis	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien, Luxemburg	EWG
Weizen	78	123	30	44	73	96
Anderes Getreide als Weizen	77	116	55	33	45	76
Getreide insgesamt	77	119	73	36	55	85
Reis	—	58	139	—	—	80
Kartoffeln	98	101	100	116	99	101
Zucker 1)	94	131	75	100	126	103
Gemüse	85	96	117	164	110	103
Frischobst	59	99	123	116	72	92
Zitrusfrüchte	—	0	158	—	—	45
Wein	62	89	102	2	17	92
Rind- und Kalbfleisch	86	107	66	107	92	91
Schweinefleisch	96	95	94	166	106	100
Geflügelfleisch	40	104	98	306	113	91
Innereien	81	93	85	102	98	89
Fleisch insgesamt 2)	87	100	80	140	96	94
Eier	69	—	87	200	122 4)	—
Käse	77	106	92	203	50	99
Butter 3)	95	109	69	154	101	102

1) Weißzuckerwert. — 2) Ohne Schlachtfette; einschl. Schaf-, Ziegen-, Pferdefleisch und sonstige nicht erwähnte Fleischarten. Nettoeigenerzeugung (einschl. Fleisch von lebend ausgeführten Tieren, ohne Fleisch von lebend eingeführten Tieren). — 3) Reinfett. — 4) ⊗ 1959/60—1960/64.

Quelle: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften.

Bis in das Jahr 1970 durchgeführte Projektionen zeigen, daß der Zuwachs des Nahrungsmittelverbrauchs geringer als die Zuwachsrate der Produktion ausfallen oder dieser gleich sein wird. Eine Senkung des Selbstversorgungsgrades dürfte mithin bis 1970 nicht eintreten.

Unmittelbar in Verbindung mit der Höhe des Selbstversorgungsgrades steht der Umfang dessen, was noch an Agrarprodukten aus Drittländern zur Versorgung der Bevölkerung eingeführt werden kann. Die Interessen der landwirtschaftlichen Erzeuger und des Außenhandels stehen in einem ständigen Konflikt, denn eine hohe Nahrungsmittelleinfuhr ist eine wichtige Bedingung für einen hohen Industriexport und damit für die Aufrechterhaltung eines entsprechend hohen Sozialprodukts. Eine hohe Nahrungsmittelleinfuhr führt bei dem Stand der Weltmarktpreise nicht nur zu entsprechenden Staatscinnahmen bzw. einem komparativen Kostenvorteil, sie ist auch die wichtigste Bedingung für einen hohen Industriexport, der wiederum die Beschäftigungslage und die Verbrauchereinkommen sichert. Hieran partizipiert die Landwirtschaft in großem Maße. Wenn nun aber die eigene Agrarproduktion aufgrund des technischen Fortschritts stark ansteigt und dagegen die Zunahme des Verbrauchs tendenziell langsamer folgt, soll dann — wie das von interessierter Seite immer wieder verlangt wird — die Erzeugung durch sog. kostendeckende Preise noch weiter angereizt werden? Das ist wohl unmöglich und nicht einmal im nachhaltigen, wohlverstandenen Interesse der Landwirtschaft selbst. Wohl aber erscheint es möglich, die Neulandgewinnung, Ödlandkultivierung, Be- und Entwässerung u. ä. nicht mehr durch staatliche Subventionen zu fördern, zunal deren Kosten im Regelfall in keinem Verhältnis zum wirtschaftlichen Erfolg stehen. Unzweifelhaft führt doch jede Produktionssteigerung bei gegebener Nachfrage

- ... zu einer Erhöhung des Angebots
- ... zu einem Preisdruck
- ... zu einer Minderung der Differentialrenten der ohne staatliche Hilfen geführten landwirtschaftlichen Betriebe und
- ... zu einer Verkürzung des Einfuhrbedarfs mit den dargestellten Folgen.

Ein weiteres Merkmal für die Bedeutung der Landwirtschaft stellt deren Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt dar.

Tabelle 2

Beitrag der Landwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen

Der Beitrag der Landwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt hat in den vergangenen Jahren in der EWG relativ abgenommen, was darauf zurückzuführen ist, daß das Wachstum in anderen Bereichen der Volkswirtschaft schneller vor sich ging als in der Landwirtschaft. Betrag der Beitrag 1950 noch 15,6%, so ist er bis zur Gegenwart auf 8,2% gesunken. Außer in Italien liegt dieser Beitrag unter 10%.

Ursachen der Abnahme liegen in der geringeren Nachfragezunahme nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen als nach nicht landwirtschaftlichen Waren und Dienstleistungen. Das schwache Bevölkerungswachstum bringt ebenfalls nur geringe absolute Nachfragezunahme mit sich. Ferner wird der Anteil der Erzeugerpreise an den Verbraucherpreisen für Nahrungsmittel immer kleiner.

Die Zuwachsraten des Beitrags der Landwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt werden auch zukünftig sehr viel niedriger sein als die der übrigen Wirtschaftssektoren.

Zum Dritten ist die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft als Kennzeichen für deren Stellung in der Volkswirtschaft herauszustellen.

Beitrag der Landwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen — 1953 bis 1965 — Anteil in %

Jahr	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien	Luxemburg	Großbritannien	Gemeinschaft
1953	8,9	11,8	21,5	11,9	7,9	9,6	—	—
1954	8,5	11,7	19,7	11,7	7,5	9,1	—	—
1955	7,7	11,2	19,4	11,0	7,4	8,6	—	—
1956	7,5	10,0	18,4	10,3	6,8	8,3	—	—
1957	7,3	9,9	17,2	10,6	7,2	7,8	—	—
1958	7,3	10,5	17,9	10,8	7,0	8,2	—	—
1959	7,0	9,2	16,2	9,6	7,0	8,2	—	—
1960	6,2	9,5	14,2	10,1	6,8	7,3	—	—
1961	5,7	8,7	14,8	9,4	7,2	7,2	—	—
1962	5,3	9,0	14,4	8,7	6,5	7,2	—	—
1963	5,6	8,4	13,2	8,6	6,4	6,8	—	—
1964	5,3	7,6	12,7	9,0	6,2	—	—	—
1965	5,3	8,8	13,4	8,3	6,3	7,1	3,4	8,2

1950 waren in der Landwirtschaft der EWG 18,3 Mill. Personen beschäftigt; 1965 ist deren Zahl auf 12,0 Mill. Personen zurückgegangen, was einer jährlichen Abnahmerate von 2,9% oder rd. 433.000 Personen entspricht. Diese 12 Mill. Personen stellen 16% aller Erwerbstätigen in der Gemeinschaft dar.

Der absolute und relative Rückgang der in der Landwirtschaft Beschäftigten wird sich auch bis 1970 fortsetzen; es wird sogar mit einer jährlichen Abnahme von 3,3% des Bestandes gerechnet. Der Tag dürfte nicht mehr gar zu fern sein, an dem die in der Landwirtschaft Erwerbstätigen an der Zahl aller Erwerbstätigen 10% ausmachen.

In diesem Zusammenhang wäre es noch wesentlich zu wissen, welchen Beitrag die Landwirtschaft zu dem Aufkommen an Steuern in den einzelnen Mitgliedsländern leistet. Solche Angaben sind aber offenbar nur aus der Bundesrepublik bekannt, wo die Beitragsleistung der Landwirtschaft bei 0,7% liegt und damit in keiner Relation zum dortigen Bruttoinlandsprodukt von 5,3% und der Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft von 11% steht. In den anderen Ländern dürfte das Mißverhältnis ähnlich sein. Es bliebe jetzt zu fragen, wie sich dieses Mißverhältnis erklärt.

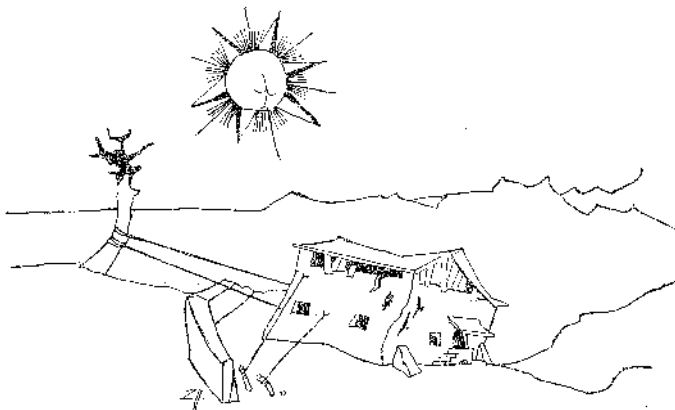
Bei der Landwirtschaft handelt es sich um einen Anbau, d. h. um eine Nutzung der biologischen Kräfte des Wachstums und Fruchtens. Eine Intensivierung und Förderung dieses Prozesses ist nur in engem Rahmen möglich — z. B. durch Düngung, Pflanzenschutz, Hygiene usw. — Jeder Eingriff in den biologischen Haushalt findet jedoch in dem Gebot des Gesundheitsschutzes seine Grenzen.

Die Landwirtschaft gehört zudem seit altersher zu dem Bereich der Erzeugung, der durch eine durchschnittlich geringere Rentabilität, aber eine höhere Kapital-Sicherheit gekennzeichnet ist.

Diese Sicherheit aber ist in jüngerer Zeit durch zwei Tatsachen in Frage gestellt:

- Der Eigentumsbegriff hat in Abkehr von dem Begriff der freien Verfügbarkeit, von der Befugnis, nach Belieben mit der Sache verfahren zu dürfen, einen völligen Wandel erfahren. Das Grundeigentum ist heute -- weit mehr als Eigentum über andere Sachen -- einer Sozialbindung unterworfen, die Ausdruck in Beschränkungen und Pflichtrechten mannigfaltiger Art findet. Diese Beschränkungen sind als entschädigungslos zu duldenende Eigentumsbindungen von den Enteignungen im allgemeinen abgehoben. Der Grund liegt wohl darin, daß der Umfang dieser Beschränkungen häufig unbestimmter Natur ist und sich damit einer Quantifizierung entzieht oder auch bei einer Entschädigung zu große fiskalische Lasten mit sich bringt.
- Der zweite Grund, der die Sicherheit in Frage stellt, ist der technische Fortschritt, der eine kapitalintensive Wirtschaftsweise notwendig macht und Spezialisten erfordert. Die landwirtschaftliche Unternehmung gerät hierdurch in eine bisher nicht bekannte Abhängigkeit, die durch keine Fremdarbeiterkolonnen aufgehoben werden kann.

Die Nutzung der Kräfte des Wachsens und Fruchtens ist nur unter Aufwendung besonderer physischer Anstrengungen quantitativ und qualitativ möglich. Die Arbeitskräfte sind aber in einer dyna-



Sofortmaßnahmen

mischen Wirtschaft, die ökonomische Alternativen bietet, nur dann bereit, in der Landwirtschaft tätig zu sein, wenn ihnen ein Aufgeld geboten wird. Hierzu aber ist die Landwirtschaft bei unterdurchschnittlicher Produktivität und Rentabilität nicht in der Lage. Hinzu kommt, daß die Arbeitskräfte nicht mehr bereit sind, in der Einöde zu wohnen, obgleich die Verkehrsmittel -- wie nie zuvor -- Stadt und Land verbinden und eine Beteiligung am Gesellschaftsleben einschließlich Ausbildung und ärztlicher Versorgung ermöglichen.

Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß die Wirtschaft versucht ist, die Erzeugnisse der Landwirtschaft zu substituieren. Die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft als Produzent von Rohstoffen sinkt unaufröhrlich.

Haben wir festgestellt, daß

- der Beitrag der Landwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt tendenziell sinkt
- nicht in Relation zu den Erwerbspersonen der Landwirtschaft steht
- der Produktivitätsentwicklung besondere Grenzen gesetzt sind
- die Rentabilität unterdurchschnittlich gering ist
- die Kapitalsicherheit tendenziell fällt und
- eine Flucht aus der Landarbeit eingesetzt hat, so fragt sich, worauf die starke politische Vertretung der Landwirtschaft basiert und weshalb sie in der öffentlichen Meinung ein so großes Wohlwollen für ihre Anliegen findet. Hier sind mehrere Tatsachen anzuföhren:

Für Deutschland -- wie für viele andere Länder einschließlich der USA -- gilt, daß die Parteien in der landwirtschaftlichen Bevölkerung Grenzwähler schon, die sie zur Mehrheitsbildung benötigen und die sie durch die Befriedigung materieller Ansprüche zu sich zu ziehen suchen. Doch mit einem Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung sinkt auch deren politische Bedeutung. Mehr als bisher werden die Abgeordneten zukünftig vor der Entscheidung stehen, wie sie gegebene Haushaltsmittel am wirkungsvollsten ein-

setzen. Was wird an landwirtschaftlichen Stimmen gewonnen und was an Stimmen der anderen Bevölkerungskreise verloren? Das ist die Alternative. Diesen Prozeß wird selbst eine Allianz der landwirtschaftlich interessierten Abgeordneten über die Parteien hinweg nicht zu stoppen vermögen. Unweigerlich wird die parlamentarische Fraktion derjenigen schrumpfen, die sich bereit findet, noch die herkömmliche Agrarpolitik zu tragen und mit Subventionen zu unterbauen.

Als Argument hierfür pflegt auch die Notwendigkeit der Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln ins Feld geführt zu werden. Indessen kann dieses Argument in dem Chaos eines globalen Krieges mit Atom- und Fallschirminsatz keine Rolle spielen. Es ist auch ohne Bedeutung für lokale Konflikte, die sich weltfern abspielen und keine Auswirkung auf die Preisgestaltung auf dem Weltmarkt haben (z. B. Korea, Suez, Malaysia, Alger, Kuba, Vietnam, Nahost). Findet aber ein konventioneller Krieg in der Nähe statt, so könnte die Landwirtschaft ohne Diesello, Maschinen-Ersatzteile, Pferde und dazugehöriges Gerät sowie zusätzliche Arbeitskräfte nicht produzieren. (Ganz abgesehen davon, daß die Landwirtschaft ohne Heranziehung dieses Arguments niemals völlig verschwinden würde.) Im übrigen aber ist zu fragen, mit welcher Berechtigung das Sicherheitsargument nur für die Landwirtschaft gelten soll. Warum soll es nicht auch auf andere lebenswichtige Bereiche Anwendung finden, die z. B. eine Verteilung der Nahrungsmittel an die Bevölkerung erst ermöglichen? Zu denken ist an Verkehr, Energie und Nachrichtentechnik! Warum wird -- konsequent und folgerichtig -- nicht schon im Frieden die totale Mobilmachung ausgerufen und warum werden beispielsweise die Verkehrswege auf die Bevölkerungszusammenballungen ausgerichtet und nicht auf strategische Erwägungen. Hiermit soll nur gesagt werden, daß eine partielle Mobilisierung auf dem Gebiet der Agrarpolitik Mehrkosten verursacht, die nur bei einer äußerst dürftigen vordergründigen Argumentation zu vertreten sind.

In der Diskussion wird auch angeführt, daß ein hoher Grad der Selbstversorgung erforderlich sei, um nicht bei Handelsvertragsverhandlungen ein Spielball Dritter zu werden und einem Preisdiktat zu unterliegen. Indessen trägt dieses Argument nur einen graduellen Charakter. Eine gewisse Grundversorgung durch die heimische Landwirtschaft wird immer gesichert sein, ist doch auf sie im Rahmen der Landeskultur nicht zu verzichten.

Die öffentliche Meinung wird noch durch einen weiteren Umstand für die Landwirtschaft eingenommen, den man vielleicht als „Paradieseffekt“ umschreiben könnte. Weite Teile der Bevölkerung haben in ihrer Jugend oder bei Dritten Einblick in die Landwirtschaft genommen und sehnen sich -- vielleicht instinktiv -- in jene goldene Zeit zurück, wo Luft und Wasser noch sauber waren und naive Gläubigkeit das ländliche Brauchtum trug. Vielleicht denkt man auch ein wenig romantisch zurück an den letzten Urlaub oder den letzten Sonntagsausflug, wo man die Bauern zu ungelegenen Zeiten noch arbeiten sah und ein wenig von deren Sorgen um eine günstige Witterung ahnte. Doch auch dieses Bild bedarf der Berichtigung. Der technische Fortschritt beinhaltet einen Wandel in der Produktionstechnik, der individuelle Spezialisten zur Wartung bedarf, wo früher große Arbeitskolonnen wirkten und eine Hilfeleistung auch ungelerner Kräfte stets gern geschenkt wurde. Heute besteht hierzu weder Neigung noch Bedürfnis, und echte Anknüpfungspunkte für bäuerliches Brauchtum sind fast verschwunden. So sinkt auch die Bedeutung dieses Paradieseffekts für die Gesamtheit der Bevölkerung tendenziell.

Was soll der Schutz der Landwirtschaft unter diesen Umständen zukünftig kosten? Welcher Preis ist angemessen? In welchen Formen vollzieht sich der Agrarprotektionismus?

— Verhältnismäßig eindeutig sind noch die Subventionen zu bestimmen, die in den Haushalten der Provinzen, Länder und der Gemeinschaft zugunsten der Landwirtschaft veranschlagt sind.

Was den Gemeinschaftshaushalt betrifft, so wurde schon angedeutet, daß 1970 mit einem Finanzvolumen von 7,5 bis 10 Mrd. DM zu rechnen ist und daß die Marktordnungen, auf den Preismechanismus abgestellt, keine Begrenzung des finanziellen Engagements in sich tragen. Die Gemeinschaft kann daher mit Recht als eine Partnerschaft unbeschränkter finanzieller Nachschußpflicht bezeichnet werden. Allein ein Finanzvolumen des Gemeinschaftshaushalts von 10 Mrd. DM bedeutet aber bei 180 Mill. Einwohnern in der EWG unter Berücksichtigung der Tatsache, daß nur jeder Zehnte Steuern zahlt, die beträchtliche Aufwendung von DM 600, je Steuerzahler und Jahr.

— Unverhältnismäßig viel schwieriger sind die Folgen zu bewerten die sich aus der landwirtschaftlichen Marktordnungs politik ergeben, und die in dem Beitrag bestehen, den diese zu einem Verzicht auf eine real mögliche Steigerung des Bruttosozialproduktes leistet.

Zum Beweis:

1) Die Marktorganisationen der EWG nehmen die Landwirtschaft aus den für andere Wirtschaftsbereiche geltenden marktwirtschaftlichen Prinzipien aus und stellen damit die Landwirtschaft unter ein Ausnahmerecht. Die Wettbewerbsordnung ist durch eine wettbewerbsmindernde Ordnung ersetzt, deren Angelpunkt ein Mindestpreissystem ist. Die politisch festgelegten Zielvorstellungen werden administrativ durchgesetzt und kontrolliert. Die laufend erforderlichen Markteingriffe qualitativer und quantitativer Art drängen in ständiger Eskalation durch die Interdependance des Marktes zu immer weiteren Interventionen und Folgemaßnahmen, zu weitergehender Kontrolle der Marktvariablen, zu einem Anschwellen des Regulierungsapparats, zur Untergrabung des angestrebten Wirtschaftssystems und zu Störungen auf den Märkten, die zunächst einer derartigen Ausnahmeregelung nicht unterworfen wurden. Darüber hinaus wird durch die Marktorganisationen der EWG eine Monopolisierung des Agrarhandels in Drittländern erzwungen, die nicht nur einem freiheitlichen Wirtschaftssystem widerspricht, sondern auch die handelspolitische Situation bei zukünftigen Verhandlungen mit der EWG erschwert.

Aus diesen Gründen und wegen der relativ preisunelastischen Nachfrage nach Grundnahrungsmitteln besteht unaufhörlich die akute Gefahr, daß die Interessen einer Mehrheit (der Verbraucher) den Interessen einer Minderheit (der landwirtschaftlichen Erzeuger) geopfert werden.

2) Die Marktorganisationen der EWG lösen das inländische von dem ausländischen Preisniveau und stellen damit eine Einkommensumverteilung dar. Als Folge dieser Politik ist der Index der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in der Bundesrepublik von 1950 = 100 auf 1963 = 135,7 gestiegen, während der Importindex für Nahrungsmittel im gleichen Zeitraum auf 90,7 abfiel. Mit anderen Worten, auf den Weltmärkten für landwirtschaftliche Erzeugnisse hat die DM zwischen 1950 und 1963 um rund 10 % an Kaufkraft gewonnen, auf den Inlandmärkten aber um rund 26 % an Kaufkraft verloren. Die Auswirkung dessen auf die Höhe der Lebenshaltungskosten ist offenbar.

3) Die Agrarpolitik liefert aber auch noch einen inflationären Beitrag in einer anderen Richtung. In einer vollbeschäftigten Wirtschaft mit unelastischem Angebot an Arbeitskräften besteht die einzige Wachstumsmöglichkeit in der Erhöhung der volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität. Diese erfolgt in der Regel gleichzeitig durch den vermehrten Einsatz von Kapital anstelle der immer knapper werdenden Arbeitskräfte und durch steigende Kapitalproduktivität infolge des technischen Fortschritts. Sowohl die Substitutionsmöglichkeiten von Arbeit durch Kapital als auch der technische Fortschritt sind innerhalb einzelner Produktionszweige einer Volkswirtschaft aber sehr unterschiedlich. Hierin liegt die von der Angebotsseite her wirkende Ursache der Wandlung der Wirtschaftsstruktur. Die Agrarpolitik versucht nunmehr mit dem Mittel der Preispolitik, der Einkommensübertragung und der Agrarstrukturpolitik (in weiten Bereichen) den erforderlichen Anpassungsprozeß der Landwirtschaft zu unterbinden, bzw. zu bremsen, die Rentabilität herzustellen (Paritätspolitik) und eine relative Vollbeschäftigung in diesem Wirtschaftsbereich zu sichern. Es wird nicht zur Kenntnis genommen, daß der Marktmechanismus durch eine solche Politik außer Kraft gesetzt wird, der Expansionsprozeß in anderen Wirtschaftsbereichen beschränkt und einer — unsozialen — Abwanderung der Arbeitskräfte in Branchen höherer Produktivität entgegengewirkt wird. Indem die Agrarpolitik versucht, den notwendigen Kapazitätsabbau in der Landwirtschaft zumindest zu verzögern, wird ein Preisverfall in den Schrumpfungsbereichen verhindert, umgekehrt aber eine wirtschaftlich nicht begründete Überhöhung der Preise in den expandierenden Branchen zu Lasten der Gesamtwirtschaft in Kauf genommen. Darüber hinaus steigen aber auch noch die allgemeinen volkswirtschaftlichen Kosten z. B. im Zusammenhang mit der Infrastruktur durch die Beschäftigung von Gastarbeitern an Stelle von freigesetzten landwirtschaftlichen Arbeitskräften und es entstehen Probleme des Devisentransfers. Diese Folgen ergeben sich aus der

künstlichen Verknappung an Produktionsfaktoren, weil die Fungibilität derselben durch die Abschirmung der schrumpfenden Bereiche weitgehend unterbunden und damit eine Ausrichtung der Produktionsfaktoren auf die Wachstumsbranchen unmöglich wird. Mit größerer Anpassungsflexibilität hingegen würde tendenziell eine Stabilität des Preisniveaus erreicht, die mit Vollbeschäftigung gekoppelt wäre. Auch insoweit kann daher die Aussage wiederholt werden, daß eine dirigistische, statische Agrarpolitik einen Beitrag zur schleichenden Inflation leistet und einen Verzicht auf eine real mögliche Steigerung des Bruttosozialproduktes einschließt.

Nur noch ergänzend ist darauf hinzuweisen, daß das Instrumentarium der Agrarpolitik sehr phantasievoll und perfektionistisch ist und von einer Beschränkung der gewerblichen Erzeugung von Veredelungsprodukten (Argumentation der Maschinenstürmer) über eine Beschränkung von Geräten bis zu einer Beschränkung des Handels mit Entwicklungsländern reicht. Auch dafür werden — im Rahmen der Entwicklungshilfe — finanzielle Kompensationen geboten.

Diese Agrarpolitik ist noch heute möglich. Ist sie aber auch noch zukünftig möglich, selbst wenn man von den finanziellen Haushaltsbelastungen absieht?

Unter Verzicht auf eine Interpretation der gängigen Dogmen, die in jedem Land eine andere Auslegung erfahren, können wir feststellen, daß in allen Demokratien die Regierung in Koalition von bürgerlichen und links gerichteten Kräften — unter zeitweiliger Akzentverschiebung — getragen wird. Diese Äußerung steht im Einklang mit dem oben angeführten Zitat von Burckhardt. Die Politik wird damit weitgehend von der Sozialdemokratie bestimmt, die Vollbeschäftigung, Lohnsteigerung und Wirtschaftswachstum zum erklärten Ziel erhoben hat. Sie ist diesem politisch so verbunden, daß sie selbst die Gefahren einer inflationären Kreditfinanzierung (deficit spending) in Kauf nimmt. Aus dieser Feststellung aber ergibt sich, daß sie zukünftig nicht mehr gewillt sein dürfte, andere, dauernde Quellen der Inflation — neben sich — zu respektieren und auf eine mögliche reale Steigerung des Wirtschaftswachstums, der Löhne und des Bruttosozialproduktes zu verzichten.

Was ist angesichts dieser Situation zu tun?

Primär: Das Schicksal der Landwirtschaft liegt zukünftig in der Raumordnungspolitik beschlossen. Sie muß über einzelne Ressorts, d. h. Landwirtschaft, Wirtschaft, Verkehr, Energie usw. hinausgreifen und ausgewogene Lösungen erreichen, die zu keiner Zusammenballung der Bevölkerung in bestimmten Zentren führen dürfen. Die Technik verschafft heute — wie nie zuvor — zahlreiche Alternativmöglichkeiten, die eine ökonomisch sinnvolle Betätigung der Bevölkerung in der Provinz und in der Nähe ihres bisherigen Wohnsitzes auch außerhalb einer Rohstoffgrundlage, aber bei frischem Wasser und frischer Luft, möglich machen. Atomenergie, Verkehr und Dienstleistungszweige bieten eine Fülle von Lösungsvorschlägen an.

Es ist z. B. festzustellen, daß die Atomenergie heute nicht nur billiger als die Energie aus herkömmlichen Brennstoffen herzustellen, sondern auch noch mit geringeren Kosten über längere Zeit zu lagern ist als diese. Das Gebot der Diversifikation gilt nicht nur für die Entwicklungsländer, es gilt gleichermäßen für alle regionalen Einheiten in entwickelten Ländern.

Sekundär: Neben der Raumordnungspolitik ist ein System zu entwickeln, das gewissen sozialen Belangen der Landwirtschaft für eine Anpassungs- und Übergangszeit Rechnung trägt und seine Impulse aus der Sozialpolitik empfängt. Damit ist das finanzielle Engagement klar ersichtlich und steht in Relation zu den sozialen Sicherungen anderer Bevölkerungskreise. Das System darf weder die Landwirtschaft protektionistisch überziehen und die freie Verfügbarkeit über das Eigentum beschränken, noch für die Gesamtwirtschaft assozial sein. Es schließt eine Sozialpolitik über den Markt aus.

Was zukünftig zu tun ist, meine Damen und Herren, ist m. E. die Landwirtschaft in die Gesamtwirtschaft zu integrieren, nicht aber die Sonderstellung der Landwirtschaft zu begründen. Die Bevölkerungsentwicklung, die technische Entwicklung, die politische Entwicklung, sie alle deuten auf dieses Ziel hin. Heute noch bietet der EWG-Vertrag, seine Anwendung und die hieraus entspringenden Marktordnungen, trotz Anpassungsschwierigkeiten eine Bestandsgarantie für die Landwirtschaft. Morgen könnte es anders werden. Möge man in Südtirol die Zeichen der Zeit verstehen. Das sei mein Wunsch.

Problematik einer Wirtschaftsplanung in Südtirol

Dipl.-Ing. DDr. Karl Zanon

Am 25. Juli 1967, also vor 2 Tagen verabschiedete der Italienische Senat einen Fünfjahresplan für die wirtschaftliche Programmierung in Italien. Das Dokument wurde nun von DC und Vereinigten Sozialisten, den beiden Koalitionspartnern im Senate gutgeheißen, während die Opposition etwa 300 Abänderungsanträge gestellt hatte und sich bei Debatte und Abstimmung ablehnend verhielt. Bezeichnend ist auch, daß die letzte rund 1 Monat in Anspruch nahm und seit September 1966 bereits von der Abgeordnetenkammer behandelt worden ist.

Zielsetzungen dieses Gesetzes, das auch in Südtirol Auswirkungen haben wird, sind:

- a) Fehlende Einrichtungen und Dienstleistungen auf sozialem Gebiete zu ergänzen (z. B. Schulen, Wohnungen, Gesundheitseinrichtungen, Transporte, Bauordnung usw.);
- b) Die Parität des Arbeitseinkommens in der Landwirtschaft und in nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeiten zu schaffen;
- c) einen Ausgleich zwischen unterentwickelten (z. B.: Südtal und Inseln) und hochentwickelten Gebieten zu erzielen.

Das Programmierungsgesetz hat also nicht nur rein wirtschaftliche, sondern auch betont soziale Aspekte und stellt die erste Stufe einer in 15—20 Jahren zu realisierenden wirtschaftlich-sozialen Angleichung und Stabilisierung dar.

Es wird einen schweren Eingriff in die bisher weitgehend liberalisierte Marktwirtschaft und in die freie Disposition und Planung der einzelnen Unternehmen darstellen.

Dieser Entwicklung auf nationaler Ebene vorausstrebend hat die Südtiroler Landesregierung im Rahmen ihrer autonomen Kompetenz bereits 1960 eine „Landesbauordnung“ ausgearbeitet, die im Juli desselben Jahres vom Landtag genehmigt wurde und welche durch einen kurzfristig zu erarbeitenden „Raumordnungsplan“ einschneidende Maßnahmen auf dem Gebiete der Wirtschaftsplanung vorsehen.

Zwar konnte dieser Raumordnungsplan aus verständlichen Gründen nicht in der vorgesehenen Jahresfrist fertiggestellt werden, doch liegt nunmehr der Entwurf, samt den Durchführungsbestimmungen und dem Durchführungsprogramm in den drei Abschnitten 1967/71 - 1972/76 - 1977/81 vor.

Trotz der Sorgfalt in der Ausarbeitung, die auch von namhaften in- und ausländischen Experten anerkannt worden ist, konnte es nicht ausbleiben, daß dieses umfangreiche und in jeder Beziehung schwerwiegende (es besteht aus 2 dicken Bänden) Dokument Gegenstand zahlreicher Einwände und kritischer Betrachtungen wurde.

Die kritischen Stimmen rekrutieren sich aus zwei Lagern:

1. Die politischen Parteien

Es ist klar, daß je nach dem politischen Credo und der weltanschaulichen Einstellung Bestimmungen und Maßnahmen des Planes grundverschieden beurteilt werden.

Dabei wird das Problem bei uns noch durch die volklichen Gegebenheiten erschwert.

Es ist z. B. verständlich, wenn die italienischen Parteien, auch mit dem Hintergedanken einer weiteren Einwanderung, für eine größere Förderung der Industrie, einschließlich der Großindustrie sind, wenn sie andere Bedarfszahlen für die nötigen Arbeitsplätze (40.000 statt 26.000) errechnet haben, wenn sie hier eine Begrenzung der Eingriffsmöglichkeiten des Landes und eine größere Koordinierung mit der staatlichen Programmierung befürworten.

2. Die Wirtschaftskreise selbst

Diese befürchten z. T. eine zu große Ingeranz in der persönlichen Entfaltungsmöglichkeit, eine übermäßige Lenkung, die u. U. auch mit den fundierten Erkenntnissen einer spezialisierten Branche kollidieren kann.

Nun ist es aber nicht meine Aufgabe über diesen neuen Landesraumordnungsplan zu sprechen oder ihn einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Dies wird mit weitaus größerer Kompetenz der nachfolgende Redner, Dr. Frieder Hofer vom Assessorat für Volkswohnungsbau und Raumordnung, besorgen, der ja einer der maßgeblichen Mitarbeiter des Planes war.

Wir sind aber durch diese einleitenden Überlegungen beim eigentlichen Kernthema angelangt, der Problematik der Wirtschaftsplanung, der vielfältigen Fragestellungen und Schwierigkeiten, die sich bei der Ausarbeitung einer wirtschaftlichen Programmierung für Südtirol ergeben

Bevor wir aber zur speziellen Behandlung der besonderen Voraussetzungen und Probleme in Südtirol schreiten, müssen wir noch eine grundsätzliche Fragestellung ansprechen, die allgemein gilt.

Nämlich: wie weit soll und darf die öffentliche Hand in die Privatsphäre eingreifen, wie weit ist ein Eingriff in die persönliche Freiheit und Initiative zu befürworten?

Von der freien Marktwirtschaft, welche nur dem Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage gehorcht, und von der rein persönlichen Initiative und Leistung des Unternehmens abhängt, über die verschiedenen Stufen der Planwirtschaft, bei denen der Beamte einen mehr oder weniger großen Teil der Entscheidungen trifft, bis zur rein kollektivistischen Wirtschaft der kommunistischen Staaten, wo Besitz und Lenkung der Produktionsmittel, sowie der Wirtschaftspolitik alleinig und zentralistisch den Staatsorganen vorbehalten ist, gibt es alle Nuancen der staatlichen und behördlichen Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen. Mit aller Entschiedenheit muß ich eine extreme Programmierung, wie sie in den kommunistischen Ländern praktiziert wird, ablehnen, nicht nur weil jegliche persönliche Freiheit und Entscheidungsmöglichkeit damit annulliert wird, sondern auch weil wir wissen, daß letzten Endes die wirtschaftliche Leistung sinkt, die Einsatzfreudigkeit des Menschen verloren geht, und im Endeffekt der Wohlstand und das Wohlergehen des einzelnen und der Gemeinschaft darunter leiden.

Anläßlich einer Studienreise durch die UdSSR konnte ich mich selbst überzeugen, wie unzulänglich der Einsatz einer politischen Ideologie für das persönliche Interesse ist. Die Erträge in den landwirtschaftlichen Kolchosen sind häufig unbefriedigend. Die industrielle Produktion ist oft qualitativ unzureichend.

In den Gastbetrieben sichert meist nur die Angst vor dem „Beschwerdebuch“ ein Minimum von Bedienung und Komfort. Alle diese Zweige gehören dem Staat und werden vom Staat zentral gelenkt. Anders sieht es in den geringen Eigenflächen, die der privaten Bewirtschaftung überlassen werden, aus. Wie liebevoll wird die einzige erlaubte Kuh auf den fettesten Weidegründen der Kolchosa geführt. Auch gibt es auf dem kleinen Eigengrundstück keine Kahlstellen, da dort jede freie Minute verbraucht wird. Das Ergebnis ist, daß aus diesen privat bewirtschafteten Flächen, die nur einen verschwindenden Prozentsatz der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche ausmachen, fast 1/3 der landwirtschaftlichen Erzeugung stammt, und dies klingt unglaublich!

Allerdings ist auch eine Politik des unbeschränkten „Laissez-faire“ heute völlig überholt. Zu kompliziert ist heutzutage das Marktgeschehen, zu vielseitig die gegenseitigen Einflüsse und Auswirkungen, als daß die Wirtschaft einfach sich selbst überlassen bleiben könnte. Es bedarf einer ganzen Reihe von Voraussetzungen, z. B. rechtlicher, finanztechnischer, politischer Art, die nicht von selbst gegeben sind und eben „von oben“ geplant und geschaffen werden.

Die Antwort auf unsere grundsätzliche Frage lautet also: Marktwirtschaft ja, aber mit einer Planung, die auf dem goldenen Mittelweg gehalten wird. In anderen Worten ist eine Kombination von Freiheit und Ordnung anzustreben.

Diese Prinzipien sollten auch bei der Durchführung des LIOP berücksichtigt werden, d. h. die Mitarbeit und Initiative der einzelnen Unternehmer und der kleineren Gemeinschaften (Gemeinden) nicht mehr als nötig eingeschränkt werden. Damit sind wir aber auch bei einer der Grundfragen der Problematik der Wirtschaftsplanung angelangt: nämlich, will man tatsächlich die persönliche Initiative und Leistung so wenig wie möglich ersetzen, so muß sich die öffentliche Planung darauf beschränken, alle jene Maßnahmen vorzusehen und durchzuführen, welche diese persönliche Leistung ermöglichen und fördern, sowie alle jene, welche die Möglichkeiten des Einzelnen oder der Vereinigungen übersteigt.

Zu diesen Maßnahmen gehören vornehmlich:

— Die Fortbildung der Unternehmer und auch der Arbeiter durch Schulen, Kurse, Vorträge u. a.

Was nützt es nämlich, wenn Initiative, fähige Unternehmer vorhanden sind, und ihnen durch Kreditierung oder Beihilfen die Einrichtung und der Ausbau von Betrieben erleichtert wird, wenn ihr Fachwissen und ihre unternehmerische Ausbildung für eine neuzeitliche, rationelle Betriebsführung nicht ausreichen?

Was nützt es, wenn Arbeitsplätze in Industrie, Handwerk oder in Dienstleistungsbetrieben geschaffen werden, wenn nicht parallel

dafür gesorgt wird, daß auch geschulte Arbeitskräfte dafür rechtzeitig vorbereitet werden.

Wir erinnern uns noch alle gut an die Zeitungsnote vor wenigen Tagen, daß die Lancia-Werke in Bozen rund 200 vorerst für deutschsprachige Elemente vorgesehene Arbeitsplätze mit Arbeitern aus anderen Provinzen auffüllte. Die von der Direktion vorgebrachte Ausrede war, daß sich keine geeigneten Fachkräfte gemeldet hatten. Nun wissen wir zwar, daß im konkreten Falle es sich im Grunde um einen Vorwand handelte, daß z. B. der Betriebsarzt bei der Gesundheitsbeurteilung der Bewerber, zweierlei Maßstäbe anwendet, und die deutschsprachige Presse hat mit Recht diesen Fall aufgegriffen. Aber ein Körnchen Wahrheit liegt selbst in dieser fadenscheinigen Ausrede der Betriebsleitung der Lancia: Aus einem ungelerten Handlanger und aus einem Bauernknecht läßt sich eben schwer kurzfristig ein gelernter Dreher oder Schweißer machen. Und es wäre schon traurig, wenn man in neuen Betrieben die mit autonomen Geldern gefördert wurden, die Arbeitsplätze mit landfremden Elementen auffüllen müßte, nur weil das ortsansässige Element in der gewünschten Ausbildungsstufe fehlt. Hier liegt zweifelsohne eine der Hauptaufgaben der Sonderplanung, die Schaffung von Arbeitsplätzen und der dafür nötigen qualifizierten Kräfte mengen- und zeitmäßig zu koordinieren. Außer der reinen Vorbereitung und Schulung der Unternehmer, muß auch eine **laufende Beratung**, vor allem in außerbetrieblichen Fragen, von höherer Stelle aus erfolgen.

Es übersteigt entschieden die Möglichkeiten des Einzelnen, sich ein klares Bild über die **Marktlage** oder über die **Entwicklungstendenzen** zu schaffen. Eine solche Information und Beratung soll und kann nur von einer übergeordneten, zentralen Stelle aus erfolgen.

Letzten Endes gehört aber zur freien Entfaltung der persönlichen unternehmerischen Initiative nicht nur Können, Wissen und Einsatzfreudigkeit, sondern auch Kapital.

Wieviele wertvolle Ansätze auf dem Sektor Handwerk, Industrie, Landwirtschaft und Fremdenverkehr sind im Keime stocken geblieben oder konnten sich nicht richtig entfalten, weil das nötige Kapital gefehlt hat oder zu teuren Kosten beschafft werden mußte. Oder umgekehrt gefragt: in wievielen Südtiroler Betrieben ist die Mehrheit des Kapitals noch in einheimischen Händen?

Wir müssen leider zugeben, daß bei uns gewisse Schwierigkeiten und auch Ablehnung für Kapitalkonzentrationen oder branchenfremde Investitionen herrscht. So ist es bei uns immer äußerst schwierig gewesen, für wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Projekte das ausreichende Kapital aufzubringen.

Ich will Ihnen einige Beispiele vortragen. Vor Jahren bestand die Möglichkeit mit einem relativ geringen Kapital (ungefähr 250 Millionen Lire) einen großen italienischen landwirtschaftlichen Besitz im Etschtal aufzukaufen, der dann Heim und Arbeit für Hunderte von Rückwanderern geboten hätte. Das Geld konnte nicht aufgebracht werden. Gleichzeitig investierten aber zahllose Südtiroler im Ankauf von Gründen im Friaul, im Veronesischen und in der Emilia.

Viele Südtiroler Unternehmer mußten und müssen immer noch Kapitalien von auswärts heranschaffen, obwohl einheimisches Kapital zum Landkauf in anderen Provinzen oder in ertragsarmen Geldanlagen (auswärtige Obligationen) immobilisiert wird. Ein weiteres Beispiel. In Sulden ist ein großzügiges Projekt im Entstehen, das den Cevedalegletscher für 12monatiges Skifahren erschließen und damit das Gebiet von Sulden und den gesamten Vintschgau wirtschaftlich befruchten wird. Seit etwa 12 Monaten sucht man weiteres Kapital, um dieses vielversprechende Vorhaben zu realisieren. Man wird es vielleicht außerhalb des Landes finden müssen und damit eine rein einheimische Initiative, die zur Ankurbelung der lokalen Wirtschaft gedacht ist, der Kontrolle einer auswärtigen Majorität unterwerfen müssen.

Bei der Kapitalsbeschaffung kann auf die wertvolle Lenkung und Mithilfe der öffentlichen Hand nicht verzichtet werden. Sowohl bei der Durchführung größerer Projekte auf dem Gebiete der Landwirtschaft, wie auch bei Vorhaben in Industrie und Handwerk und vor allem im Fremdenverkehr, kann auf eine Beihilfe aus öffentlichen Mitteln und auf begünstigte Darlehen nicht verzichtet werden.

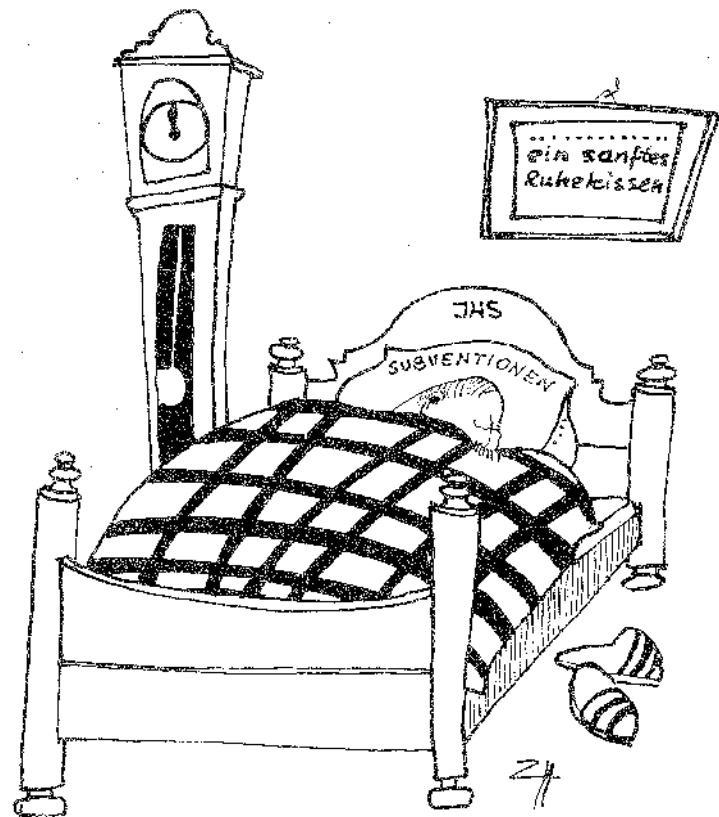
Wertvolle Schritte in dieser Richtung wurden auch auf Landes- bzw. Regionalebene durch die verschiedenen Zinsenzuschußgesetze für die Landwirtschaft (Genossenschaftsförderungsgesetz, Bewässerungsgesetz), die Förderungsgesetze auf dem Industriesektor (Beiträge zur Erschließung der Industriegebiete, 1960; Erleichterung

zur Errichtung von Industriebetrieben, 1963; Förderung der industriellen Verarbeitung, 1963), durch die Krediterleichterungen an die Handwerker usw. unternommen.

Wir müssen leider feststellen, daß die öffentliche Hand sich in der Vergangenheit nicht mit gleicher Großzügigkeit auf dem Sektor Fremdenverkehr eingeschaltet hat, obwohl dieser Wirtschaftszweig als Devisenbringer besonders wertvoll ist und nach maßgeblichen Expertisen noch eine große Expansionsmöglichkeit aufweist.

Gute Ansätze sind die 50 Millionen Lire jährlich für die Provinz Bozen, die vom Reg. Ges. Nr. 18 vom 5.9.66 für 3%ige Beiträge für die Dauer von 15 Jahren ausgeworfen werden, umso mehr als die anderen staatlichen und regionalen Kreditmöglichkeiten auf diesem Gebiete meistens erschöpft sind.

Auf jeden Fall besitzt die öffentliche Verwaltung durch die Bereitstellung begünstigter Gelder einen mächtigen Hebel, um gewisse als richtig erkannte Entwicklungen zu fördern und zum anderen um der privaten Initiative die Kapitalbeschaffung zu erleichtern. Wir dürfen aber auch nicht die Kehrseite der Medaille außer Acht lassen. Zuweilen stehen Gelder zur Verfügung und werden von unseren Wirtschaftskreisen nicht beansprucht. Es stimmt doch nachdenklich, wenn von den gesamten vom Institut für mittelfristige Kredite in Trient (allgemein unter dem Namen „mediocredito“ be-



kannt) zur Verfügung stehenden, durch Regionalgesetze begünstigten Gelder nur rund 1/3 in Südtirol und zu 2/3 im Trentino zum Einsatz kommen. Dabei würde theoretisch eine Aufteilung der Gelder im Verhältnis 50 : 50 vertretbar sein und vom Verwaltungsausschuß des Institutes ohne weiteres akzeptiert werden.

Zudem werden diese Darlehen mit einem sehr günstigen Zinsfuß von 3-9% vergeben! Hier fehlt es vermutlich wirklich auch auf der Unternehmersseite, die gewisse Chancen noch nicht richtig erkannt hat. Dies liegt auf derselben Ebene, wie die Feststellung, daß sich zu den Kursen, welche die ACUS oder andere Stellen für Führungskräfte veranstalten, nur spärlich Teilnehmer melden!

Und weil wir schon beim Geld sind, dürfen wir einen weiteren wichtigen Aspekt der Wirtschaftsprogrammierung nicht vergessen: daß jede Planung im Einklang mit den vorhandenen oder beschaffbaren finanziellen Mitteln, sowohl der privaten wie der öffentlichen, stehen muß. Jegliche Programmierung hat nur Sinn, wenn sie realisierbar ist, d.h., wenn auch die entsprechenden Mittel zur Durchführung bereitstehen.

Denken wir nur an eine mögliche übertriebene Zinsenlast oder an den wirtschaftlichen Schaden, der durch die Nichtvollendung eines Vorhabens wegen Kapitalmangels entstehen könnte.

Diese Realisierbarkeit, d.h. dieser Einklang Planung: Kapital zur Verwirklichung, erstreckt sich selbstverständlich auch auf die nötigen Infrastrukturen (Verkehrsverbindungen, öffentlichen Bauten, Gesundheitseinrichtungen), sowie auf die sozialen Einrichtungen (Wohnbau, Fürsorge usw.).

Es hat z.B. wenig Sinn, wenn in einem Gebiet zahlreiche neue Arbeitsplätze geschaffen werden, oder Fremdenverkehrseinrichtungen erstellt werden, wenn man nicht parallel damit die entsprechenden Zufahrtswege, die Wasser-, Licht- und Telefonanschlüsse, die Wohnungen für Arbeiter und Personal und den Ausbau aller mit dieser Entwicklung nötig werdenden öffentlichen Einrichtungen mitplant und deren Finanzierung sichert.

Umgekehrt ist es auch nicht vertretbar, daß öffentliche Gelder in größerem Ausmaße für Infrastrukturen in solche Gebiete angelegt werden, wo auf Jahre hinaus nicht mit einem Bevölkerungszuwachs oder mit einem Aufschwung der Wirtschaft zu rechnen ist.

Gerade dieser Fragenkomplex stellt einen wertvollen Aufgabenbereich einer Landesplanung dar, da eine solche Koordinierung auf individualistischer Ebene unmöglich ist, schon wegen der Konflikte zwischen verschiedenen Interessengruppen und der Notwendigkeit einer umsichtigen und übergordneten Finanzpolitik.

Es ist im Rahmen dieses Vertrages nicht möglich und auch nicht vorgesehen, für die einzelnen Wirtschaftssparten die Problemstellungen bei der Ausarbeitung einer Programmierung seitens der Verwaltung einzugehen. Nur einige große Linien möchte ich aufzeigen, welche die Komplexität und Schwierigkeit einer solchen Sisyphus-Aufgabe beleuchten.

Beginnen wir bei der **Landwirtschaft**. Als großes Problem zeigt sich hier die Bergbauernfrage. Sie wird kaum ohne chirurgische Eingriffe zu bewältigen sein. Grenzhöfe werden verschwinden, selbst wenn man nicht die Meinung verschiedener Wirtschaftsfachleute teilt, daß die Bergbauern in 10 Jahren im Tal sein werden.

Auflassung des arbeitsintensiven und relativ ertragsarmen Ackerlandes, Intensivierung des Grünlands und der Viehzucht, parallel mit der Förderung von Nebenerwerbszweigen (Fremdenverkehr, Heimarbeit usw.) wird hoffentlich die Abwanderung von den Höhen stoppen.

Unvermeidlich ist dann, auch auf Grund der Mechanisierung und Rationalisierung der Betriebe, eine Abwanderung von Arbeitskräften in andere Wirtschaftszweige.

Viel besprochen wird die Frage der **Industrialisierung**.

Es ist wenige Tage her, daß in Neumarkt eine Gemeindekrise ausgebrochen ist, da die früheren Koalitionspartner abweichende Ideen über die Industrialisierung haben. Wenn es sich auch in diesem Falle um reine politische Machenschaften handelt, ist unleugbar, daß diese Frage in den nächsten Jahren mit gesteigerter Energie angegangen werden muß.

Es wurde von den Fachleuten errechnet, daß im nächsten Jahrzehnt rund 25.000 neue Arbeitsplätze, davon etwa die Hälfte in der Industrie geschaffen werden müssen.

Nun sind in den letzten 5 Jahren, auf Grund der regionalen Förderungsgesetze, insgesamt 2.600 neue Arbeitsplätze geschaffen worden; der Rhythmus müßte also in den nächsten Jahren wenigstens verdoppelt oder verdreifacht werden.

Da die Industrie bei Durchführung des „Paketes“ in die Landeskompetenz fallen würde, ergäben sich gewisse Chancen für eine solchermaßen gesteigerte Förderung. Nicht gänzlich außer acht lassen können wir die staatlich geförderte Industrie in der Bozener Zone. Diese verfügt über 7.200 Arbeitsplätze, die wenigstens zum Teil Südtirolern zugänglich gemacht werden sollten.

Nicht unerwähnt lassen wollen wir die „Auswirkungen“ der „aree depresso“ (Lana, Lefors), nicht unberücksichtigt wollen wir aber auch die **Kleinindustrie und das Handwerk** lassen, da es als Anfangsmöglichkeit für lokale, ortsgebundene Überschubkräfte in den schmalen besiedelten Seitentälern und Dörfern äußerst wertvoll ist.

Außerdem könnte eine solche letzte Wirtschaftskraft, wenn entsprechend gelenkt und gefördert, örtliche Rohstoffe verwerten und gleichzeitig begehrte Exportartikel herstellen. Man denke nur an die Holzschnitzerei im Grödenal, oder an die Möbelherstellung im Fassa- und Fleimstal.

Am schwierigsten läßt sich der **Handel** in eine Programmierung einordnen. Setzt er doch vor allem rein persönlich bedingte Risikofreudigkeit, Erkennung der Chancen und ähnliche Fähigkeiten voraus. Zum Teil ist er auch als reine Verteilungstätigkeit von den anderen Wirtschaftszweigen abhängig.

Größte Aufmerksamkeit müssen wir in Südtirol dem **Fremdenverkehr** widmen. Es sind hier alle landschaftlichen Voraussetzungen geboten, damit dieser Zweig noch wesentlich ausgebaut wird, wenn sich auch die optimistische Beurteilung des Planes einer möglichen Verdoppelung der Übernachtungen als Wunschtraum erweisen sollte.

Es ist von gestern, daß in Meran 5 ehemals führende Hotels durch Verkauf zweckentfremdet wurden. Wenn wir mit Genugtuung vermerken, daß der Passanten- und Massentourismus enorm zugenommen hat und noch weiter ansteigen wird, dürfen wir auch nicht vergessen, daß eine gewisse Klasse von Gästen, die sehr ausgabefreudig war, immer mehr auszubleiben droht.

Bei der Programmierung muß die Umschichtung des Tourismus unbedingt berücksichtigt werden, gleich wie dem Ausbildungsproblem, den betriebswirtschaftlichen Erfordernissen (d.h. der Notwendigkeit der Rationalisierung und Modernisierung) Rechnung getragen werden muß.

Besonders wichtig ist aber gerade beim Fremdenverkehr die Beschaffung billiger Gelder, da ohne diese Möglichkeit, (wie die Beispiele in Meran und anderswo zeigen) Investitionen kaum tragbar sind.

Wir könnten nun das Thema der Wirtschaftsplanung „ad infinitum“ weiterführen, ohne auch nur eine Chance zu haben, es erschöpfend zu behandeln.

Wir müssen aber einmal einen Schluß setzen. So möchte ich abschließend feststellen, daß eine richtig abgegrenzte und allseitig abgestimmte Wirtschaftsplanung, welche die persönliche Sphäre und Individualität nach Möglichkeit schon und gleichzeitig valorisiert, ein mächtiges Werkzeug der gesunden wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und somit der ökonomischen Festigung der einheimischen Bevölkerung sein wird.

Sie öffnet aber auch Tür und Tor für echte Persönlichkeiten und fähige Führungskräfte, wie sie laufend aus den Reihen der Südtiroler Hochschülerschaft hervorgehen.

Der Raumordnungsplan der Südtiroler Landesregierung

Dr. Frieder Hofer

Die Raumordnung ist eine noch junge Wissenschaft. Es ist daher verständlich, wenn Abweichungen in der Auffassung bezüglich Begriff und Inhalt feststellbar sind.

Ich erachte es daher für notwendig, zum besonderen Verständnis meiner Ausführungen vorerst 3 Begriffe: Raum und funktionelle Beziehungen, Raumordnung und Leit-Bild, darzulegen.

Wenn wir von Raum im Zusammenhang mit Raumordnung sprechen, so verstehen wir darunter nicht den mathematisch-physikalischen, sondern ausschließlich den vom menschlichen Leben erfüllten Raum. Wir meinen damit die Kategorie von Raum, die den

anthropogeographischen, den wirtschaftlichen und sozialen und auch den politischen Bereich umspannt.

Der Übergang von der mathematisch-physikalischen zur anthropogeographischen Betrachtungsweise des Raumes vollzog sich am Ende des 18. Jahrhunderts. Der Sozialphilosoph Adam Müller sprach in einem seiner Bücher von Zeit- und Raumgenossen. Unter Raumgenossen versteht er die Erfüllung des alle Generationen überdauernden Raumes mit menschlichem Leben. Goethe prägte als Erster das Wort „Lebensraum“ (Wahlverwandtschaften).

Die Geographen Ritter und Humboldt faßten die Geographie als Lebensraumkunde auf und stellten damit ihrer Wissenschaft die

Aufgabe, die Beziehungen zwischen Mensch und Raum zu erfassen.

Hegei, Feuerbach und Marx haben durch Einbeziehung der soziologischen Betrachtungsweise und Thünen durch die sozialökonomische Komponente die Raumerkenntnisse erweitert und vertieft. Die modernen Existenzphilosophen, wie Kierkegaard und Heidegger, sprechen vom „Daseinsraum“ als dem konstitutivem Moment der menschlichen Wirklichkeit.

Immer handelt es sich dabei um den Raum, der Träger und mitbestimmender Faktor von menschlichen Lebenserscheinungen und sozialen Beziehungen ist.

In dieser Sicht ist sowohl die deterministische als auch die indeterministische Auffassung des Raumes falsch.

Wäre der Raum der alleinige Gestalter, der bestimmende Faktor für das menschliche Geschehen, für die Form der Siedlungen, die Wirtschaft, die Stadtbildung, so hätten sich nicht immer wieder grenzüberschneidende Beziehungen wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Art, trotz politischen Grenzen und Verboten und sonstigen Hindernissen, durchgesetzt.

Der Raum allein bestimmt nicht das Schicksal der Menschen.

Wer andererseits im Menschen den alleinigen Gestalter der Welt und des konkreten ihm zugeordneten Lebensraumes sieht, wer die vom Menschen her wirkenden Kräfte und das gestaltende Moment des Menschen in den Vordergrund stellt, der übersieht die andere Komponente, das ununterbrochene Wirken der Natur auf den Menschen und seine Lebensformen. Der Raum ist sozialintegrierender Faktor.

Das Raum-Problem muß vom Standpunkt der Gestaltung, der Planung, des bewußten Eingriffes des Menschen, gesehen werden. Die Eingriffe dürfen aber nicht gegen den Raum und seine Gesetzmäßigkeiten verstoßen. Es muß also eine Synthese gefunden werden zwischen den zwei antagonistischen Kräften, der anorganischen Natur und den teleologischen Kräften des Menschen und den Forderungen der Freiheit, zwischen dem geopolitischen Materialismus oder dem kausalthoretisch befangenen Raumtotalismus und dem absoluten Indeterminismus.

Mit aller Deutlichkeit zeigt sich hier die Überlegenheit der funktionalen über die kausale oder teleologische Denkungsweise, d. h. die Anerkennung der Tatsache, daß also nicht nur der Mensch auf den Raum wirkt, sondern, umgekehrt, auch der Raum die menschlichen Lebensformen bestimmt; der menschliche Lebensraum ist funktional.

Der Begriff „Funktion“ ist der Biologie entnommen, die uns lehrt, daß alle Organe untereinander abhängig sind, und daß ein Organismus nur dann leistungsfähig ist, wenn alle seine Organe gesund sind.

Nach Bülow „steht eine Funktion nicht für sich allein, sondern ist nur im Zusammenhang mit und in Relation zu anderen Funktionen zu begreifen“.

Für die Beziehungen zwischen Raum und Mensch lassen sich viele Beispiele anführen:

Der Raubbau am Boden und die Überschwemmungen in den USA, die Holzschlaggerungen im Apennin und die letzten Überschwemmungen in Florenz, die Luftverunreinigung und die Motorisierung, die Verunreinigung des Bodensees durch die an den Ufern liegenden Industrien, die Wasserkraftbauten und die Senkungen des Grundwasserspiegels in Südtirol, die Beziehungen zwischen Stadt und Stadtumland, die sozialökonomischen und Verkehrsverhältnisse.

Der vierte Congrès international d'architecture moderne (CIAM) von 1933, dessen Ergebnisse Le Corbusier später in der Charta von Athen: „Die funktionelle Stadt“, niedergelegt hat, behandelt gerade dieses Thema. So sagt z. B. die These 83: „Die Stadt muß im Rahmen ihres Einflüßbereiches untersucht werden. Die einfachen Gemeindeplanungen sind durch Gebietsplanungen zu ersetzen; die Grenzen einer Ansiedlung werden dem Radius ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit entsprechen.“

Die These 86 lautet: „Das Programm muß auf Grund genauer Analysen aufgestellt werden. Es hat die Etappen in Zeit und Raum voranzuschieben. Es muß die natürlichen Hilfsmittel zu einem fruchtbareren Einklang vereinen: die Topographie des Ganzen, die wirtschaftlichen Gegebenheiten, die soziologischen Notwendigkeiten, die geltenden Rechte.“

Die Thesen 88 und 89 besagen: „Kernfrage und Ausgangspunkt des Stadtbaues ist die Wohnzelle (sine Unterkunft), und ihre Einführung in eine Gruppe, die eine Wohneinheit zweckentsprechender Größe wird. Erst mit dieser Wohneinheit werden im Raum der Stadt

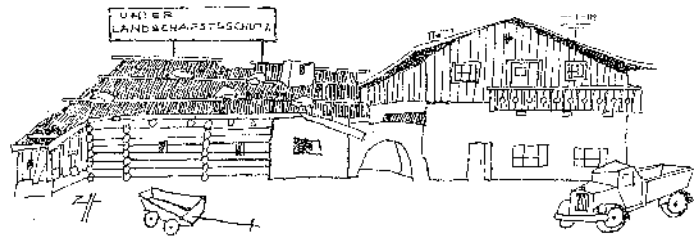
Beziehungen hergestellt zwischen Wohnung, Arbeitsstätte und mit der Freiheit zugeordneten Einrichtungen.“

Was hier von der Stadt im besonderen gesagt wird, gilt für jeden Raum.

Der Begriff „Raumordnung“ ist im Deutschen mehrdeutig. Er bezeichnet einmal den jeweiligen Zustand des Raumes eines bestimmten Gebietes, eines Landes oder einer Gemeinde, ohne Rücksicht darauf, ob dieser Zustand einem Ordnungsbild, einem Idealschema, einem Leitbild, entspricht. Zum anderen kann mit Raumordnung das Tätigsein, das zur leitbildgerechten Ordnung führen soll, bezeichnet werden. Dieses Tätigsein für ein aktives und planvolles Ordnen des Raumes nennen wir „Raumordnungspolitik“, in Parallele zu den Begriffen Wirtschafts- oder Sozialpolitik.

Raumpolitik wird heute durch eine Vielzahl staatlicher und kommunaler, aber auch privater Entscheidungen betrieben. Zumeist wird diese Tätigkeit aber nicht unmittelbar unter der Bezeichnung „Raumordnungspolitik“ sichtbar. Die Planung einer Ortsumgehungsstraße, die Bewilligung von Förderungsmittein für den sozialen Wohnbau, die Zuweisung von Subventionen im Rahmen des „Grünen Planes“ oder der Bau eines Krankenhauses durch die Gemeinden eines Teilplanungsraumes sind Raumordnungspolitik.

Solche Entscheidungen werden oft aus rein fachspezifischen Gesichtspunkten getroffen, auch im Gegensatz zur Raumordnungspolitik, weil eine sachbezogene und nicht raumbezogene Orientierung überwiegt, bzw. nur aus rein fachlichen Erwägungen vorgegangen wird. Jede Fachplanung hat ihre eigenen Vorstellungen über die



Planung der nächsten Jahre, sie geht dabei von der fachspezifischen Dringlichkeit ihrer Maßnahmen aus. Der Entwicklungsstand der anderen Fachbereiche wird in ihrem Rahmen nicht berücksichtigt. Eine Bündelung von Maßnahmen der verschiedenen Fachbereiche ist aber notwendig und diese Aufgabe kann nur die Raumordnungspolitik, d. h. die Verwirklichung des Raumordnungsplanes, herbeiführen.

Das Wort „Raumordnung“ verwenden wir, um den Zustand einer leitbildgerechten Ordnung, einer daseinsrichtigen Beziehung zwischen Mensch und räumlichen Gegebenheiten und der menschlichen Beziehungen im Raum zu bezeichnen, oder, anders ausgedrückt, Raumordnung ist das Ergebnis einer richtigen Raumordnungspolitik, die den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Erfordernissen des Menschen entspricht. — Raumordnungspolitik ist die dem Parlament und der Regierung gestellte Aufgabe, sich ständig um eine dem Leitbild gemäßige Ordnung des Raumes zu bemühen, und zwar auf Grund ihrer Verpflichtungen zur **Daseinsvorsorge**, d. h. zur Erbringung von Leistungen, auf die der in die modernen Lebens- und Gemeinschaftsformen verwiesene Mensch Anspruch hat.

Daraus ergibt sich die Aufgabe der Raumordnungspolitik, die Entwicklung der allgemeinen räumlichen Struktur und der Beziehungen zwischen Raum und Mensch positiv zu beeinflussen, wobei unter Struktur oder auch Gefüge das Zusammenwirken aller kennzeichnenden wesentlichen Faktoren zu verstehen ist. Als wesentliche Faktoren seien genannt: die natürlichen Gegebenheiten, der Mensch als Einzelwesen und — im Verband — als Gesellschaft, die Arbeits- und Wohnstätten, die Verkehrserschließung und -bedienung, die Ausbildungsstätten, die Einrichtungen für Tage der Krankheit und des Alters, und dergleichen mehr.

Die Raumpolitik zerfällt in 2 Teile:

1. Die Raumplanung auf Grund des Landesgesetzes vom 10. Juli 1950, Nr. 8 einerseits, und

2. Die Beschlußfassung durch den Landtag und die verwaltungsmäßige Vorwirklichung des Raumordnungsplanes und der zwischen-gemeindlichen Bobauungspläne von seiten der Landesregierung.

Im allgemeinen wird die Raumplanung als Oberbegriff für die Landesplanung und die zwischengemeindliche Planung verwendet. Während die Landesplanung das ganze Land umfaßt und die allgemeine übergemeindliche, übergeordnete, richtungsweisende und rahmensetzende Planung darstellt, sowie alle Planungsvorhaben auf

Gemeinde-Ebene koordiniert, beschränken sich die zwischengemeindlichen Bebauungspläne auf die Gemeinden. Die Fachplanungen sind dagegen ressortmäßig beschränkt und umfassen immer nur einen sachlichen und auch meist örtlich beschränkten Teilbereich des Raumes, wie z. B. eine Straßenplanung.

Ofters sind bereits das Wort „Leitbild“ gefallen. Nach unserer Auffassung ist unter Leitbild die Gesamtkonzeption der zukünftigen Ordnung, des zukünftigen Zustandes des zu planenden Raumes zu verstehen.

Unter den Wissenschaftlern hat sich besonders Dietrich um die Begriffsbestimmung und den Begriffsinhalt des Leitbildes verdient gemacht; doch kann ich seiner Auffassung nicht in allem folgen. Dietrich versteht darunter das geläufige Formprinzip und Kennzeichen der einzelnen geschichtlichen Epochen. So spricht er vom Leitbild des Liberalismus, des Absolutismus usw. Er gibt allerdings auch zu, daß in den einzelnen Epochen mehrere Leitbilder nebeneinander bestehen können, wobei zuletzt ein einziges dominierend wird. Das Leitbild einer Epoche profiliert sich in der Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Daher ist es nach Dietrich möglich, ein Leitbild zu entwickeln, das für unsere gesamte westliche Welt Gültigkeit hätte und das aus rein logischen Überlegungen entwickelt werden kann.

Der Südtiroler LROP dagegen leitet das Leitbild aus den physischen, ethnischen, demographischen, sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten ab (Artikel 6 des Landes-Raumordnungsplanes). Das Leitbild ist auch nach D. nichts Starres, aber er meint damit nichts Starres innerhalb einer Epoche, während für uns das Leitbild sich viel kurzfristiger ändert.

Wird das Leitbild aus dem gegenwärtigen Zustand eines Raumes entwickelt, so ändert es sich in dem Augenblick, in welchem ein Zustand, dessen Änderung Ziel der LRO ist, sich gebessert hat, also nicht mehr besteht. Sobald z. B. das Einkommensgefälle zwischen den einzelnen Zonen aufgehört hat zu bestehen, verschwindet das Ziel der Änderung des Einkommensgefälles aus dem Leitbild.

Auch das Südtiroler Leitbild ist weltanschaulich bedingt; das äußert sich z. B. darin, daß im SROP den Hauptbereichen der Planung: Kultur, Soziales und Wirtschaft das gleiche Gewicht beigemessen wurde. Weiters darin, daß der SROP sich zu den 3 Grundprinzipien der heutigen westlichen Welt bekennt:

1. Dem Prinzip der Freiheit; die Freiheit der freien Entfaltung der Persönlichkeit, der Freizügigkeit, der Freiheit der Niederlassung und der freien Standortwahl, Freiheit der Berufswahl, Freiheit des Produzierens und Konsumierens, der Wahl des Arbeitsplatzes, Privateigentum usw.

2. Dem Prinzip des sozialen Ausgleiches; die bestmöglichen Lebensbedingungen auf der Grundlage einer angemessenen Grundausstattung **in allen Teilgebieten**, d. h. also, Ausstattung mit den nötigsten Infrastrukturen; dazu zählen Straßen, Post und Telefon, Wasser- und Energieversorgung, Abwasser- und Müllbeseitigung, Schulen, Krankenhäuser, Altersheime und andere soziale Einrichtungen.

3. Dem Prinzip der Sicherheit: die Sicherheit des Arbeitsplatzes, der Bildung, der Erholung, die soziale Sicherheit gemäß UNO-Beschluß; und, was für Südtirol besonders wichtig ist, die im Pariser-Vertrag festgesetzte Sicherheit der völkischen Eigenart und der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung der deutschen Sprachgruppe (Artikel 1 des Pariser Abkommens vom 5. September 1946).

Das Prinzip der Freiheit muß aber notwendigerweise gewisse Einschränkungen erfahren, und zwar immer dann, wenn durch die Freiheit eines einzelnen die Freiheit, der soziale Ausgleich oder die Sicherheit von anderen Personen oder Gruppen von Personen beschränkt würde. So muß z. B. die Freiheit der Standortwahl und des Produzierens eingeschränkt werden, wenn durch Abgase, Lärm oder Wasserverschmutzung usw. die Gesundheit der Anrainer bedroht wird.

Die Freiheit der Wahl des Arbeitsplatzes kann beeinflußt werden, wenn beispielsweise die Gründung einer Großindustrie an einem bestimmten Standort wegen Dezentralisation, also vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus, untersagt wird.

Solche Einschränkungen bringen auch die Gemeinde-Bebauungspläne oder das Landschaftsschutzgesetz.

Die genannten drei Prinzipien wurden, da sie ganz allgemein sind, im Südtiroler Landesraumordnungsplan nicht wörtlich angeführt; sie ziehen aber wie ein roter Faden durch den ganzen Plan.

Dazu kommen die Prinzipien, die aus der Analyse der gegebenen Verhältnisse und der Kritik an diesen abgeleitet werden.

4. Die heutige soziale und wirtschaftliche Struktur muß umstrukt-

uriert werden, die Mängel sozialer und wirtschaftlicher Art behoben werden.

5. In einer gesunden Entwicklung der kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse ist der Anschluß an die Verhältnisse Westeuropas in einer „mittleren Zukunft“ anzustreben.

6. Es darf nicht das Ziel sein, die Anzahl der heutigen Wohlstandsoasen um einige zu vermehren, sondern es sind die Lebensverhältnisse der Gesamtbevölkerung, einschließlich der Bergbauern, zu verbessern, die Wirtschaft der einzelnen Gemeinden ist vielseitiger und damit krisenfester zu gestalten. Damit wird eine bessere Einkommensverteilung erreicht.

7. Die geschichtlich gewordene Eigenart, die Landschaft und das geschichtliche und künstlerische Erbe ist zu erhalten und zu pflegen.

Aus den 7 bisher genannten Ordnungsgedanken wurden folgende Ordnungsgrundsätze entwickelt:

1. Da jede Zentralisierung, auch die der Wirtschaft, unserer heutigen Auffassung einer demokratischen Staatsordnung, der sozialen Sicherheit, des sozialen Ausgleiches und dem Prinzip „gleiche Chancen der Bildung und des Erwerbes für alle“ widerspricht, soll die Neuordnung des Landes-Gebietes auf der Basis der Dezentralisierung erfolgen.

2. Die kleineren Gemeinden sind von sich aus nicht in der Lage, die Einrichtungen und Dienste höherer Ordnung und die für den Ansatz von gewerblichen Betrieben und noch weniger von Großbetrieben nötigen Infrastrukturen zu schaffen und damit aus eigener Kraft eine Entwicklung einzuleiten, die die anfallenden Arbeitskräfte aus dem Nachwuchs und den Überschuß aus der Landwirtschaft absorbiert. Es werden daher mehrere Gemeinden, die in enger Wechselbeziehung kultureller und sozialökonomischer Natur und intensiven Alltagsbeziehungen stehen, zu Teilplanungsräumen zusammengefaßt, wobei im allgemeinen die administrative Selbständigkeit erhalten werden muß. In einer dieser Gemeinden, von uns „zentrale Siedlung“ genannt, sollen die neuen Arbeitsplätze entstehen für die Arbeitskräfte, die in den übrigen Gemeinden des Teilplanungsräumens keine Arbeit finden. Nur mehrere Gemeinden in enger Zusammenarbeit sind imstande, die kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben und Probleme, die der einzelne und die Gemeinschaft in steigendem Maße stellen, zu lösen und die Entwicklung auf allen Gebieten voranzutreiben. Wir bekennen uns zu einer „dezentralisierten Zentralisation“.

3. Die räumliche Struktur der Teilplanungsräume, die gesunden Lebens- und Arbeitsbedingungen und ausgewogene wirtschaftliche, soziale und kulturelle Verhältnisse sollen gesichert und weiterentwickelt werden, in den TPR, in denen eine solche Struktur nicht besteht, muß sie vorgesehen werden. Die Verkehrs- und versorgungsmäßige Erschließung, deren Bedienung und Entwicklung müssen aufeinander abgestimmt werden.

4. Die Land- und Forstwirtschaft als wesentlicher Produktionszweig der Gesamtwirtschaft soll erhalten bleiben. Bodenverbesserungen und Meliorationen in den Talniederungen und in den Bergzonen sollen gefördert werden. Die Waldfläche darf insgesamt nicht reduziert werden.

5. Der Fremdenverkehr und die für den Fremdenverkehr in Betracht kommenden Standorte sind zu fördern und besonders zu schützen.

6. In den ländlichen Teilplanungsräumen ist eine ausreichende Bevölkerungsdichte und eine angemessene wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sowie ausreichende Erwerbsmöglichkeiten — auch außerhalb der Land- und Forstwirtschaft — anzustreben. Der Zunahme von Wohn- und Arbeitsstätten in den Verdichtungsräumen, die zu ungesunden räumlichen Wohn- und Arbeitsbedingungen und zu unangewogener Wirtschafts- und Sozialstruktur führen, ist entgegenzuwirken.

7. Für die Erhaltung, den Schutz und die Pflege der Landschaft und der Sicherung und Gestaltung von Erholungsgebieten ist zu sorgen, dasselbe gilt für die Reinhaltung des Wassers und den Schutz gegen Lärmbelästigung.

Die Verwirklichung dieser Ziele hängt ab:

1. von einem gut ausgearbeiteten Landes-Raumordnungsplan und zwischengemeindlichen Bebauungsplänen, und

2. davon, daß alle Bürger freiwillig die Pläne zur Richtschnur ihres eigenen beruflichen und unternehmerischen Handelns machen. Die Bürger sollen durch die Realisierung der in den Plänen vorgesehenen Infrastrukturen angereizt werden, ihr Verhalten im Sinne der Pläne auszurichten.

Betrachtungen zum Raumordnungsplan der Südtiroler Landesregierung

Dr. Heino Steger

Dr. Heino Steger leitete die Forumdiskussion über „die Wirtschaft- und Sozialpolitik der Südtiroler Landesregierung“. Die „Betrachtungen zum Raumordnungsplan“ sind in der „Verantwortung“ vom Mitteilungsblatt Christlicher Unternehmer Südtirols erschienen. Die kritische Untersuchung bildet eine wertvolle Ergänzung des Referates Dr. Hofers.

Wenn auch grundsätzlich ein Landesraumordnungsplan zu befürworten ist, weil damit die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes beeinflusst werden kann, ohne daß entscheidende Gleichgewichtsstörungen auftreten, so soll die private Initiative durch einen Plan nicht gehemmt werden. Da aber unsere besondere Lage — ethnische Minderheit im Staatsvolk — besondere Voraussetzungen schafft, so dürfte der aufstrebende Entwurf im großen und ganzen annehmbar sein, wenn einige Änderungen angebracht werden. Akzeptiert wird die engere Auslegung des Bevölkerungszuwachses, die niedrigere Industriequote und höhere Quote der Landwirtschaft und des Tertiärgewerbes. Denn nur dadurch ist es möglich, in Zukunft bei entsprechender Notwendigkeit die Ventile zu öffnen. Würde einfach eine Maximalzahl eingesetzt werden, ergäbe sich sicherlich ein Mangel an Arbeitskräften, der von auswärts ergänzt werden müßte.

Bevölkerungsprognose und Arbeitskräftenfall

Nach der im LRÖP (Landesraumordnungsplan) enthaltenen Bevölkerungsprognose wird die Einwohnerzahl Südtirols bis 1981 folgendermaßen zunehmen:

	1961	1981	Zunahme
Bevölkerung	373 863	460 890	+ 87 000 = 23 %
Erwerbsquote	43 %	42 %	
Erwerbstätige	160 103	192 000	+ 32 000 = 19 %

Die DC und PSU haben in ihrer Prognose eine Zunahme auf 500 000 Einwohner angenommen. Diese Annahme beruht auf jener, die von der TECNE im Auftrag der Region unterbreitet wurde. Nachdenklich stimmt, daß die Annahme der TECNE in bezug auf die Zunahme in Bozen noch übertroffen wurde, da die Zahl 100 000 früher als erwartet überschritten wurde. Es ist ferner interessant festzustellen, daß in anderen Ländern die Bevölkerungsprognosen, auch bei Annahme eines Maximums, überschritten wurden. Die im ROP ausgewiesene Zunahme kann also als Minimum betrachtet werden, unter der Voraussetzung, daß nach einer gewissen Zeitspanne eine Überprüfung der Einwohnerzahl durchgeführt wird, um daraus entsprechende Schlüsse ziehen zu können.

Der LRÖP rechnet mit einer Zunahme der Erwerbstätigen von 32 000 Einheiten. Diese müssen infolge des Rückganges der Landwirtschaft im Industrie- und Tertiärssektor untergebracht werden. Infolge des obengenannten Rückganges der Landwirtschaft müssen in Zukunft etwa 12 000 Einheiten aus der Landwirtschaft in andere Erwerbszweige abwandern. Zu diesen muß ein Teil jener Kräfte hinzugerechnet werden, die im Zuge der Industrialisierung vom Ausland zurückkommen, wenn sie auch in der Statistik als Erwerbstätige angeführt wurden, doch in Südtirol keinen Arbeitsplatz innehaben. Vorsichtigen Schätzungen nach kann mit 3000—5000 Personen gerechnet werden.

Wie später noch ausgeführt wird, ist weiter dafür zu sorgen, daß Klein- und Bergbauern (besonders kleine Bergbauern) in anderen Sektoren ein Nebeneinkommen erhalten. Wiederum bei vorsichtiger Schätzung dürfte es sich um eine Zahl zwischen 3000—6000 handeln.

Es müßten demnach für folgende Einheiten Arbeitsplätze geschaffen werden:

Zusätzliche Erwerbstätige	32 000
Freie Kräfte aus Landwirtschaft	12 000
Rückwanderer	4 000
Nebenerwerb für Landwirte	4 000
zu schaffende Plätze	52 000

Die im LRÖP ermittelte Zahl von 32 000 neu zu schaffenden Arbeitsplätzen im Jahre 1981 für den zweiten und dritten Sektor erscheint daher um ein Erhebliches zu niedrig zu sein, und müßte wohl entsprechend korrigiert werden.

Berufsstruktur

Über die bis zum Jahre 1981 anzustrebende Berufsstruktur ist im LRÖP lediglich der Hinweis enthalten, daß die Anzahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten um 12 000 auf 19,3 % zurückgehen wird. Über die entsprechenden Anteile des Sekundär- und Tertiärbereiches

sind keine konkreten Angaben enthalten. Und dabei hat gerade der jeweilige Größenanteil dieser beiden Bereiche eine besondere Bedeutung für die Volkswirtschaft. Nach amerikanischem und deutschem Vorbild sollte das Strukturbild folgendermaßen aussehen:

	Erwerbstätige
Landwirtschaft	10 %
Industrie und Handwerk	40 %
Dienstleistungen	50 %
	100 %

Je mehr Erwerbstätige in der Industrie und im Tertiärssektor beschäftigt sind, um so höher ist der Lebensstandard eines Landes. Die Landwirtschaft ist nie in der Lage, ähnliche Verdienstmöglichkeiten zu bieten, zudem ist der Arbeitsplatz zu beschränkt. Durch Rationalisierung werden in Zukunft die heute verfügbaren Plätze weiterhin beschränkt.

Zum Vergleich dienen folgende Zahlen:

	Südtirol		Italien	Schweiz	BRD	USA
	1951	1961				
Landwirtschaft	43 %	31 %	25 %	10 %	11 %	7 %
Industrie	23 %	28 %	41 %	50 %	49 %	36 %
Dienstleistung	34 %	41 %	34 %	40 %	40 %	57 %
	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Diese Beispiele lassen sich beliebig erweitern. Während nun durch den technischen Fortschritt und die Automatisierung der Industrie- und Handwerksbereich in seiner Aufnahmefähigkeit begrenzt ist, die Landwirtschaft zudem geringere Einkommensmöglichkeiten bietet, benötigt der Dienstleistungsbereich dagegen immer mehr Arbeitskräfte, weil die Nachfrage nach Dienstleistungen mit zunehmendem Einkommen ständig wächst, und weil dort die Möglichkeiten der Einsparung an Arbeitskräften relativ gering sind.

Wenn nun in der Volkswirtschaft der Anteil des Dienstleistungsbereiches gleich groß oder kleiner ist als der Anteil des Produktionsbereiches, so entsteht bei ausgeschöpften Reserven an landwirtschaftlichen Kräften ein fühlbarer Fehlbetrag an Arbeitskräften für den Tertiärssektor, der dann nicht mehr aus dem natürlichen Nachwuchs des eigenen Volkes gedeckt werden kann (Gastarbeiter in Deutschland und in der Schweiz).

Von diesen Erfordernissen und von der im LRÖP genannten Freisetzung von 12 000 Arbeitskräften aus der Landwirtschaft ausgehend können die optimalen Strukturdaten für die Südtiroler Berufsstruktur im Jahre 1981 folgendermaßen ermittelt werden (mit Auf- bzw. Abrundung):

	1961	Differenz zu 1961
Landwirtschaft	19 % = 37 000 Erwerbstätige	Abnahme - 12 000
Industrie	35 % = 66 000 Erwerbstätige	Zunahme + 20 000
Dienstleistung	46 % = 89 000 Erwerbstätige	Zunahme + 24 000
	100 % = 192 000 Erwerbstätige	Zunahme + 44 000

Wie schon weiter oben angeführt, erscheint es angebracht, neben dieser Minimalrechnung, jene Zahl von wenigstens 4000 Rückwanderern hinzuzufügen, d. h. daß die Zunahme im gewerblichen Sektor auf etwa 48 000 Einheiten berechnet werden kann. Eine eventuelle Reserve stellen jene Kleinbauern dar, die in diesen Sektoren ein Nebeneinkommen finden sollen.

Die Landwirtschaft

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Rückgang der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft fortschreiten wird und daß die im LRÖP angeführte Quote von 19 % im Laufe der angegebenen Zeit erreicht werden wird. Wahrscheinlich dürfte sich unsere Agrarquote jener anderer Länder anpassen und sich auf etwa 15 % und weniger einstellen. Eine laufende Überprüfung dürfte angebracht sein, um eventuellen Überraschungen aus dem Wege gehen zu können.

Für die Planung in der Landwirtschaft ergeben sich folgende Überlegungen:

1. Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen sowohl bei der Produktion als auch in der Vermarktung.
2. Anerkennung der sozialen Aufgabe des Bauern als Pfleger und Erhalter der Natur, weshalb entsprechende Unterstützungen gewährt werden müssen, damit der Entvölkerung unserer Bergtäler entgegengewirkt werden kann. Sich selbst überlassen, würde die Landwirtschaft zuerst mit einer Verbrauchseinschränkung rea-

gieren, später würde zum allgemeinen Leidwesen die Abwanderung einsetzen. Die Beispiele aus den französischen Alpen und dem Apennin sollen als Warnung dienen (Kindererziehung für andere Erwerbszweige).

3. Schaffung von Nebeneinkommen, besonders aus der Industrie, damit die Sozialhilfen so niedrig als möglich gehalten werden können. Dies ist vor allem in den Gageenden mit schlechter Agrarstruktur notwendig.

Wenn die im LROP angeführten Prognosen eintreffen, reduzieren sich die Erwerbstätigen von 49 000 auf 37 000, also um 12 000, die in den anderen beiden Sektoren unterkommen müssen. Hinzukommen die 1000 Kleinbauern, die sich auf alle Sektoren verteilen.

Pendelverkehr

Es ist nicht anzunehmen, daß der gesamte Industrieflächenbedarf allein in den sieben ausgewiesenen Schwerpunkten (Schlanders 12,5 ha, Meran 15,1 ha, Bozen 63,5 ha, Neumarkt/Auer 3,0 ha, Brixen 13,5 + 1,4 ha, Sterzing 3,8 + 1,2 ha, Bruneck 17,8 + 1,2 ha) gedeckt werden muß. Die Erfahrung zeigt, daß gerne „Zuliefererbetriebe“ in der Art von Handwerksbetrieben oder arbeitsintensiven Kleinindustrien entstehen, deren standortmäßige Verlegung in den Nahbereich der Wohngebiete aus folgenden Gründen zu empfehlen ist:

- a) Eine Strecke von 15 km wird allgemein als erträgliche obere Grenze für den täglichen Pendelverkehr gewertet. Nun überschreiten die im LROP vorgesehenen Strecken weit diese 15-km-Grenze.
- b) Aus diesem Grunde wird ein Teil der weichen Erben, dem die tägliche Pendelstrecke zu weit wird, anlässlich des Ausscheidens aus dem engeren Familienvorband (Eheschließung) siedlungsmäßig in den näheren Umkreis der Schwerpunkte tendieren. Diese Tendenz wiederum ergibt eine stärkere Siedlungskonzentration im Nahbereich der Schwerpunkte.
- c) Lange Pendelstrecken für Kleinbauern, die an industriellen Arbeitsplätzen interessiert sind, erscheinen nicht tragbar. Zu lange Anfahrtswege können in diesem Falle — den Bauern eine Nebenerwerbsmöglichkeit verschließen und — dadurch im schlimmsten Falle zur totalen Entsiedlung führen.

Aus diesen Überlegungen heraus ist unbedingt die Empfehlung zu vertreten, daß in peripheren Gebieten durch die rechtzeitige Einplanung von Industriegebieten die Ansiedlung vor Zuliefererbetrieben angereizt wird.

Wohnbaufläche

Im LROP werden konkrete Angaben über den Bedarf an Wohnbaufläche vermißt. Der einzige Hinweis, der in diesem Sinne vorhanden ist, besagt, daß mit einem Flächenbedarf von 100 m² Bruttobaulandbedarf pro Person zu rechnen ist und daß die Neubauwohnungen in Zukunft nicht weniger als drei Zimmer haben dürfen.

Die Überlegungen

- daß besonders die weichen Erben das Wohnen im näheren Umkreis der Industriegebiete einem Pendeln vorziehen,
- daß je Beschäftigten mit etwa drei Personen gerechnet werden kann,
- daß die genannten 100 m² je Person als Minimum zu betrachten sind,

ergeben, daß für rund 36 000 Personen etwa 1000 ha Wohnbaufläche ausgewiesen werden müßten.

Da die Beschaffung einer solch großen Fläche auf Widerstände stoßen dürfte, wird man bei der Gewährung von Baulizenzen sehr großzügig sein müssen, besonders in jenen Fällen, wo weichen Erben eine Bauparzelle als Erbteil erhalten.

Ein gewisser Ausweg ergäbe sich durch die Einflußnahme der Gemeinden auf den Grundstücksmarkt und zwar durch die Erhöhung und bessere Ausnutzung des Rotationsfondes auf Grund des Landesgesetzes vom 12. Oktober 1963 Nr. 14.

Das Dienstleistungsgewerbe

Dem LROP kann man entnehmen, daß dem Fremdenverkehr unbegrenzte Möglichkeiten offen stehen. Auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre — besonders 1967 — ist man der Ansicht, daß der Tourismus sehr krisenanfällig ist und nur bei bestimmten Voraussetzungen keine Enttäuschungen bereitet. Der Fremde verlangt ein Mindestmaß an Komfort, Ruhe und guter Luft. Wo dies nicht zur Verfügung steht, ist nicht mit einer Zunahme des Fremdenstromes zu rechnen. Gezielte Maßnahmen müssen gefördert werden, besonders solche, die für Unterhaltung der Gäste bei schlechtem Wetter sorgen (z. B. Rillen), sowie Ausbau von Waldspaziergängen, wie dies z. B. in Bad Wörishofen zu sehen ist.

Im Gegensatz zum LROP dürften im Tertiärssektor (Schulwesen, Sanitätswesen, Banken etc.), abgesehen von den im Rahmen der Autonomieregelung offenen 3000 Stellen in öffentlichen Diensten, noch Möglichkeiten gegeben sein.

Moderne Lebensformen und bäuerlicher Konservatismus

Claus Gatterer

I. Die Leitung der Südtiroler Hochschülerschaft hat Wert darauf gelegt, daß ich die Behandlung des Themas „Moderne Lebensformen und bäuerlicher Konservatismus“, zumindest was die nicht mit dem religiösen Lebensinhalt und mit den religiösen Lebensäußerungen zusammenhängenden Aspekte übertrifft, übernehme. Dieser Entschluß sagt mir, daß man das Thema vorwiegend — wenn auch nicht ausschließlich — politisch gesehen haben wollte; denn eine andere als eine wesentlich politische Betrachtung ist von mir nicht zu erwarten. Die politische Betrachtung erfordert aber die Einbeziehung aller möglichen Erscheinungsformen, zum Teil auch der religiösen, vor allem aber der wirtschaftlichen und sozialen.

Wir werden uns ohneweiteres darüber einigen können, was wir unter modernen Lebensformen zu verstehen haben; es gehören dazu die nach modernen technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführte Genossenschaft wie das Bad auf dem Bauernhof, der Kühlschrank wie der Traktor, der Fernsehapparat wie der Mäh-drescher, die Zeitung, das Buch, der Kino-Besuch auf der einen wie die Waschmaschine, der Motorflug, das Auto auf der andern Seite. Dies sind die Äußerlichkeiten, jene modernen „Dinge“, die am meisten ins Auge fallen. Der Bauer, der mit der Sense mäht und mit dem Pferd pflügt und mit alten Einrichtungen drischt, erscheint als konservativer Bauer gegenüber seinem Nachbarn, der diese Arbeiten maschinell betreibt.

Wenn man das Thema ernstlich angehen will, wird man mit die-

sen Erscheinungen, so wichtig sie sind, nicht auskommen. Ich will hier noch einige sehr wesentliche Entwicklungen erwähnen, ohne jede positive oder negative Wertung, die als moderne Lebensformen überall in Südtirol mit zeitlicher Verspätung und dementsprechender Ballung, in die bäuerliche Welt eingebrochen sind; auch die Rangordnung soll keine Wertung darstellen.

1. Der Zerfall der Familie und der familiären Autorität; diese Entwicklung hat viele Ursachen, ideelle und scheinideelle ebenso wie wirtschaftliche. Er liegt auf der Hand, daß die familiäre Einheit erschüttert wird, wenn sie nicht mehr in der Lage ist, den Familienmitgliedern wirtschaftlich und an „Lebensniveau“ das zu bieten, was die Familienmitglieder — vor allem die Kinder — aus der vergleichenden Betrachtung der Umwelt als ihre legitimen Ansprüche erkennen. Es ist natürlich, daß diese Ansprüche wachsen, je mehr sich der Radius der Umwelt-Betrachtung erweitert, je mehr diese Betrachtungen städtische oder gar großstädtische Lebensformen einbezieht und assimiliert. Diese Radius-Erweiterung wird in den meisten Fällen oberflächlich sein, bewirkt durch Film, Fernsehen, Illustrierten- und Zeitungslektüre (die deutschen Illustrierten und „Bild“ bieten da viel Anschauungsunterricht); in diesen Fällen werden wohl neue Ansprüche gelehrt, aber nichts über den mühevollen Weg gesagt, der zu ihrer Befriedigung führt. Der Radius der Umwelt-Betrachtung kann durch Studium erweitert werden; dann kann man hoffen, daß den gesteigerten Ansprüchen auch eine rudimen-

färe Kenntnis der Schattenseiten der modernen Lebensformen entspricht.

2. Aushöhlung des alten Besitz-Begriffes. In den meisten Bauerndörfern (und nicht nur in diesen) unterteilt man die Menschen in Besitzer und Nicht-Besitzer; der Nicht-Besitzer gilt vielfach als Schmarotzer, als minderwertig. Diese Regel wird von Jahr zu Jahr weniger gültig; es ist mir zwar vor nicht allzulanger Zeit passiert, daß in einem Südtiroler Dorf von einem jungen, nach Deutschland abgewanderten Kaufmann, der sich dort beträchtliche Aktienpakete zugelegt hatte und der nach großstädtischen Begriffen als reich gelten durfte, sehr abfällig gesprochen wurde, weil er nicht Besitzer war. Besitz wird also mit Haus, Hof, Grund gleichgesetzt; wer nur Wertpapiere besitzt, ist -- und wäre er Milliardär -- Nicht-Besitzer. Heute gelten auch einstmals als nicht gleichwertig betrachtete „Nicht-Besitzer-Berufe“ (Maurer, Straßenarbeiter, selbst Hilfsarbeiter) als soweit achtbar, daß Töchter von Besitzern Angehörige solcher Berufe heiraten können. Es zeigt sich eben, daß ein fester Lohn und die gesicherte Altersversorgung ebenso sicher sein können (und nicht selten eine bessere Altersversorgung sind) als Besitz an sich. Abgesehen davon, daß der tüchtige Maurer sich ein Auto leisten kann, wogegen der Bauer sein Geld in landwirtschaftliche Maschinen investieren muß.

3. Die Unterhöhlung der Dorfgemeinschaft. Der in der Gemeinde A beheimatete und in der Gemeinde B (oder in der Stadt C) arbeitende Bauer schon ist nicht einfach sondern mehrfach beheimatet; er wird schließlich für jene Gemeinde optieren, die ihm das bessere Leben, eine solidere gesicherte Zukunft, aber möglicherweise auch nur mehr Lebensgenuß vorleiht. Die Dorfgemeinschaft wird durch die verbesserten Verkehrsbedingungen und durch das eigene Auto ebenso unterhöhlt wie durch die besseren Verdienst- und Arbeits- aber auch Vergnügungsmöglichkeiten, die ein anderes Dorf oder eine nahe Stadt bieten.

4. Die erleichterte Teilnahme an der Bildung und am gesellschaftlichen Aufstieg durch Bildung. Südtirol standen 1939 kaum ein halbes Dutzend Mittelschulen zur Verfügung (von denen nur zwei deutschsprachig mit Unter- und Obergymnasium, aber ohne Öffentlichkeitsrecht waren), heute sind es gute drei Dutzend; 1939 gab es knapp über neunzig Südtiroler an Universitäten, heute weit über tausend. Die akademische Lücke, die im Lande auf allen Sektoren besteht, verleiht jedoch nicht selten dazu, den Bildungsgang nicht abzuschließen und auf jener Stufe zu verharren, die einem bequeme Lebenssicherung ohne weitere Anstrengung verleiht.

5. Die erleichterte Teilnahme an einer Vielfalt an Massenmedien: Radio, Fernsehen, Zeitungen, Kino. Dabei ist zu beachten, daß die heimischen Presseprodukte nicht mehr konkurrenzlos sind; in jedem Fremdenverkehrsort muß jedes Kaffeehaus -- abgesehen von den italienischen -- deutsche Zeitungen und Illustrierte halten, die den Leser mit Lebensformen vertraut machen, welche die engere Heimat nicht zu bieten vermag.

Dagegen bezeichnet man als Konservatismus ganz allgemein jene Geisteshaltung, die das Geltende und Bestehende (aber auch das Erreichte) bewahren und gegen jede plötzliche oder auch nur evolutionäre Veränderung schützen will. Konservatismus -- Ich möchte dies ausdrücklich betonen -- ist kein ausschließlich „rechter“ Zustand; eine linke, revolutionäre Bewegung, welche das, was sie erreicht hat, nun mit allen Mitteln erhalten und vor jeder Veränderung bewahren will, ist nicht minder konservativ als jene Bauern, die sich der Grundkommissierung widersetzen, weil die Felder seit eh und je so verteilt gewesen sind, wie sie es sind. Ich möchte -- um rein politisch zu werden -- behaupten, daß der Stalinismus reinen Konservatismus war, wogegen der konservative Gaulismus sehr viele evolutionär-fortschrittliche Fermente enthält.

Ist der Südtiroler Bauer konservativ? Ja und nein; er ist in manchem sehr konservativ, in vielem ist er es absolut nicht. Im allgemeinen ist er wahrscheinlich weniger konservativ als das geistige Klima, in dem er lebt.

Vor vierzehn Tagen wurde in Südtirol der 10.000 Traktor in Betrieb genommen. 1966 sind in Südtirol nicht weniger als 1140 neue Mähmaschinen angeschafft worden. Südtirol ist trotz der relativ kleinen Fläche im italienischen Obst- und Weinbau führend; das Land hat ein überaus hochentwickeltes Genossenschaftswesen und eine Sparkassenorganisation, um die es viel beneidet wird. Die Südtiroler Gemeinden gehören mit jenen des Aostatalis zu den am besten verwalteten Italiens (in der Region Trentino-Südtirol weisen nur drei italienisch verwaltete Stadtgemeinden Schulden auf). Die Südtiroler Feuerwehren, die Skischulen, die Lifts und Bergbahnen --

lauter beispielhafte, absolut fortschrittliche Einrichtungen, an deren Schaffung und Führung vielfach Bauern beteiligt sind. Es wäre ungerecht, nicht nur ungerechtfertigt, hier von Konservatismus zu reden.

Man mag vor allem in der Frage der Gemeindeverwaltung einwenden, daß hier eine altösterreichische Einrichtung und die mariathoresianische Selbstverwaltungsschule fortwirke, daß man es also auch da mit Konservatismus zu tun habe. Nichts wäre falscher als dies: der „fortschrittlichste“ Kopf des italienischen Risorgimento der Mailänder Föderalist Carlo Cattaneo, wollte dem italienischen Einheitsstaat den Schweizer Föderalismus und die mariathoresianische Gemeindeordnung geben. Ich glaube, man müßte heute nicht um Autonomien raufen, wenn Cattaneo damals gehört worden wäre.

Das Südtiroler Bauerntum ist derzeit fortschrittlich gesinnt, daß es auf wirtschaftlichem Gebiet auch jene Einrichtungen relativ rasch und mühelos assimiliert, die zu den negativsten Erscheinungen des Fortschritts zählen. Nur ein Beispiel: die Mentalität, die ich als „Subventionitis“ bezeichnen möchte, die aber weit über die reine Sucht, sich jede neue Einrichtung, jede Maschine und jede Jauchengrube subventionieren zu lassen, hinausreicht. Unter „Subventionitis“ möchte ich all das zusammenfassen, was als freiwillige Preisgabe ursprünglicher Rechte und Verpflichtungen zu verstehen ist. Wenn früher einmal der Weg zu einem oder mehreren Bauernhöfen reparaturbedürftig war, taten sich die Familie oder die Nachbarschafts-Familien zusammen und richteten den Weg wieder her; heute schreit man nach dem Eingreifen der Fraktion oder der Gemeinde. Wenn früher einmal ein und für sich harmloses Gewässer sich plötzlich eigenwillig einen neuen Weg bahnte, griffen die Bauern zu Pickel und Schaufel und behoben die Naturkatastrophe aus eigenen Dingen und mit eigenen Kräften; heute schreit man nach dem Eingriff der öffentlichen Hand. Die Nachbarschaftshilfe machte es früher möglich, daß sich jeder Nichtbesitzer ein Häuschen bauen konnte oder daß jeder Abbrändler wieder zu seinem Haus kam; man half ihm durch freiwillige Arbeit, Holz, Kalk usw. weiter, die meisten Helfer meldeten sich zum Aufsetzen des Dachstuhls und zur Firstfeier; heute tritt die Subvention an die Stelle der Nachbarschaftshilfe. Man sagt mir, daß in den sich modern emanzipierenden Gemeinden gerade die Einrichtung der Nachbarschaftshilfe immer mehr ausstirbt, daß sie nur noch in Fällen wahrer Katastrophen mobilgemacht werden kann.

Gerade da wird der Widersinn einer gewissen konservativen Haltung offenbar: sie versteht sich vor allem im Gegensatz zum sogenannten linken „Kollektivismus“ als konservativ, öffnet aber zugleich dem Eingriff der Allgemeinheit Tür und Tor; sie predigt die Heiligkeit und Unantastbarkeit der Privatinitiative und verzichtet im eigenen Lebensbereich darauf, sie auszuüben.

Damit stoßen wir zu jenen negativen Erscheinungen des Konservatismus vor, die in Südtirol sehr wohl vorhanden sind, die man sogar als Formen des bäuerlichen Konservatismus bezeichnen könnte, die jedoch die Haltung der Allgemeinheit in vielen Dingen mitbestimmen. Auch hier will ich nur einige besonders typische Erscheinungsformen herausgreifen.

1. Der Rechts-Subjektivismus bzw. die rein subjektive Rechtsauffassung. Sie ist gewissermaßen die psychologische Entsprechung der Zäune, die als Symbole bäuerlicher Souveränität jeden Hof, jede Kartoffel-Acker-Exklave umgeben. Subjektives Rechtsempfinden heißt, daß ich mein Recht über jenes des andern stelle, ja, daß ich vielfach überhaupt nicht imstande bin, das Recht des andern auch nur zu sehen. Diesem subjektiven Rechtsempfinden können nur schwer Grenzen gesetzt werden; Grenzen ergeben sich objektiv aus der Erschöpfung der gerichtlichen Instanzenzüge und aus der Erschöpfung der Prozessierfähigkeit. Solche erzwungene Einschränkung des subjektiven Rechts trägt dann aber dazu bei, daß sich der Eingeschränkte ins Unrecht versetzt fühlt und daß er sein Rechtsgefühl krankhaft steigern kann (viele Seiten der Südtiroler politischen Praxis erklären sich daher.)

2. Patriarchalismus im Familienleben. Übertriebene Zucht gefährdet die Familie ebenso wie zu wenig Zucht. Die Fälle, in denen Kinder die Familie verließen und in der Fremde Arbeit suchten, weil sie zu wenig Freiheit erhielten, zu wenig Taschengeld bekamen, das Verdiente zu Hause abliefern mußten usw., sind zahlreicher, als man meint.

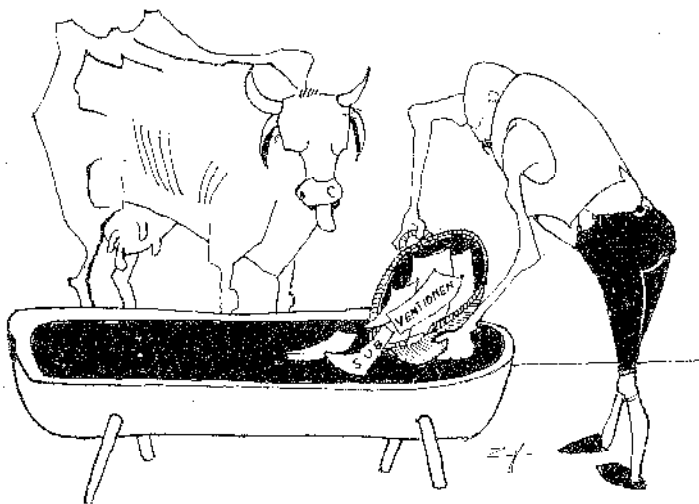
3. Patriarchalismus im Dorfleben erzielt die gleichen Effekte wie in der Familie. -- Auch dies läßt sich auf weitere Räume übertragen.

4. Ablehnung der Industrie. Die industrielle Welt wird von der bäuerlichen — nicht nur in Südtirol, wo das nationale Element die Situation kompliziert — als wesensfremd empfunden. Es mögen hier viele Stereotype, die sich im Lauf der Jahrzehnte herausgebildet haben, zusammenwirken: dem Bauern wurde ja der Industrielle, der Kapitalist, zumeist ebenso als Feind geschildert wie der Arbeiter, der als subversiv, als rot, als gott- und heimatlos, als anarchistischer Faktor der Unordnung galt. Die Welt des Industriebetriebs ist für den Bauern nicht einfach, klar überschaubar wie die eigene Welt: von ihr werden Produkte erzeugt, die einestells nützlich sind — die Maschinen —, die andererseits aber auch Genuß-Bedürfnisse wecken, welche Unruhe ins bäuerliche Milieu tragen. Coca-Cola mag billiger, gesünder und bekömmlicher sein als Wein; es wird aber als Industrieprodukt kein Heimatrecht auf dem Bauernhof erhalten. Diese Ablehnung der Industrie führt im privaten Bereich zu grotesken Folgen: man sieht die Kinder lieber als Hilfsarbeiter auf dem Bau denn als Facharbeiter in einem Industriebetrieb; man schickt die Töchter lieber unversichert und unterbezahlt in piratenhafte Außenseiter-Betriebe des Hotelgewerbes als in einen Industriebetrieb, wo sie geregelten Lohn und geregelte Versicherungen haben; man sieht seine Kinder mitunter auch — wenn es schon unvermeidlich ist — lieber als Industriearbeiter in Innsbruck oder Bern oder Stuttgart als in Bruneck oder Schlanders, wo sie auch von Nachbarn gesehen werden könnten.

Dies sind wiederum nur einzelne Aspekte einer überaus komplexen Realität.

Wirkt sich diese konservative Haltung auch in der Politik aus? Hat sie Folgen für die Entwicklung des Landes?

Ich will hier absichtlich einige Gebiete (Brauchtum, die zur Tradition gewordene, rein äußerliche Religiosität u. dgl.) ausklammern und eine Seite berühren, welche einerseits den bäuerlichen Kon-



servativismus angreift und austilgen will und ihn andererseits gerade durch den Angriff zur Notwendigkeit macht, ihn also noch solider zementiert. Es handelt sich um die nationale Frage, die sich aus dem Nebeneinanderleben von deutschen und ladinischen Südtirolern mit den Italienern im Lande ergibt. Hier stehen einander nicht nur national verschiedene Menschen gegenüber, sondern zwei Welten: die städtische, italienische Welt und die ländliche deutsche Welt; die industrielle und kaufmännische italienische Welt und die bäuerliche deutsche.

daß die beiden auch charakterlich so verschieden sind — die eine zu heilerem Lärmen, die andere zu einsilbigem Ernst neigend — verschärft die Situation.

In dieser Lage bewirkt die konservative Geisteshaltung der technisch und zivilisatorisch überaus fortschrittlichen Südtiroler eine rein negative Reaktion. Das italienische Element tritt dynamisch, angreifend, Unruhe stiftend auf; es ist nötig, ihm in allem zu mißtrauen, da hinter ihm teuflische Kräfte wirksam sein könnten. Der Konservativismus wird hier zum Ausdruck der Unsicherheit, der Furcht, der Überlebensangst; als Äußerung innerer — und zwar individueller wie kollektiver — Unsicherheit bringt er die Intoleranz, die ständige Begleiterin der Unsicherheit, hervor.

Solcherart wird schon die nationale Selbstdeutung negativ belastet; Tiroler-Sein heißt Anders-Sein als die andern, es heißt aber vor allem Gegen-die-andern-sein. Und nur wer genügend gegen die

andern ist (wer das eigene Nest nicht beschützt; wer nicht spaltet und nicht kritisiert; wer den eigenen Kirchturm für das Maß aller Dinge hält) — nur der ist eben ein guter Tiroler. Auch Intoleranz ist keine spezifisch konservative Geisteshaltung; doch wird sie es fast immer in der Begegnung mit dem Neuen, dem Unbekannten, dem Nicht-Überschaubaren.

Soziologen sprechen von einer „Trotzreaktion“, die auftritt, wenn die konservative Welt sich den übermächtigen oder übermächtig scheinenden Einflüssen des Neuen oder des Anders widersetzt. Diese „Trotzreaktion“ verteidigt die eigenständigen Werte nicht, insofern sie verteidigungswürdig und besser als die neuen sind, sie verherrlicht sie vielmehr deswegen, weil sie mit den neuen, anderen „unvereinbar“, weil sie nicht entwicklungskonform sind. Man verzehe mir, daß ich dazu einen geschickten Neger, den Erfinder der Negritude, Aimé Césaire aus Martinique, zitiere:

Hurra jenen, die nie was erfunden,
hurra jenen, die nie was erdacht,
hurra jenen, die nie was erobert,
die aber in Ehrfurcht sich in der Wesenheit der Dinge verlieren,
die Hülle nicht kennend, aber vom Rhythmus der Dinge ergriffen,
auf Eroberung nicht bedacht, das Spiel der Welt spielen.

Diese Nativismus-Romantik hat einen positiven Kern: sie widersetzt sich der Zerstörung alles Hergobrachten: sie hat zugleich eine negative Folge: sie artet in die Verhimmelung der Untüchtigkeit aus. Wer nichts Neues wagt, bringt nichts Altes in Gefahr.

Nur noch zwei mir wesentlich erscheinende Gedanken dazu. Konservatives Denken — subjektives Rechtsgefühl und Unlängigkeit. Zu diesem Thema haben wir in Südtirol vor kurzem ein Beispiel erlebt. Von sozialistischer Seite wurde angeregt, nachdem ein Südtiroler das Stichwort dazu geliefert hatte, den ethnischen Proporz bei der Besetzung der öffentlichen Stellen fallen zu lassen. Dagegen erhob sich ein Proteststurm. Ist dieser Proteststurm vernünftig? Ist nicht auch auf der andern Seite sehr viel Recht? Der ethnische Proporz verlangt, daß der Posten A von der deutschen Volksgruppe besetzt wird, auch wenn der italienische Bewerber besser qualifiziert wäre, und umgekehrt. Der Posten wird also auf Grund der nationalen, nicht der fachlichen Qualifikation vergeben. Für mich als Bewerber hat dies zur Folge, daß ich mich weniger darum kümmern muß, daß ich die fachliche Qualifikation für den Posten erwerbe, sondern daß ich mich um nationale Protektion umsehen muß, die bei Bedarf die freie Lücke mit mir stopft.

Der ethnische Proporz war nach 1945 unerlässlich; ohne ihn wäre es wahrscheinlich nie möglich gewesen, für die Südtiroler soviel Einfluß in den öffentlichen Ämtern zu erringen, wie sie heute haben; der ethnische Proporz bei der Besetzung der öffentlichen Stellen ist als Norm ein Postulat der Demokratie; aber die Norm darf kein Dogma werden und die Norm darf nicht soweit getrieben werden, daß ich die nationale Qualifikation über die Leistungsfähigkeit setze.

Der Proteststurm zum Thema ethnischer Proporz hat noch mehr geoffenbart: das Gefühl der Südtiroler, ohne den Zwang zum Proporz, also bei Stellenbesetzungen, bei denen Leistungsfähigkeit erste und nationale Zugehörigkeit zweite, jedenfalls nachrangige Qualifikation ist, nicht mithalten zu können. Dies wurde nie ausgesprochen. Und man wird mir auch entgegenhalten, man würde sich mit der Norm vielleicht abfinden können, wenn man die Gewähr unparteiischer Juroren über die fachliche Qualifikation hätte. Aber auch mit der dogmatischen Festsetzung des ethnischen Proporz wird man nie eine absolute Garantie haben. Wenn man sich der eigenen Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit bewußt wäre, müßte einem die normative Regelung sogar willkommen sein: sie könnte einmal zugunsten des andern ausschlagen, sie müßte aber dem ethnischen Verhältnis entsprechend (und wenn diesem auch die akademische leistungstüchtige Breite entspräche) — viel häufiger zugunsten der Südtiroler wirken.

Konservatives Denken ist auf die Abwehr von Gefahren, nicht auf die Gewinnung der Zukunft konzentriert. Wir hörten in den jüngsten Regionalratsdebatten, 1975 werde es in Südtirol 457.000 Einwohner (gegenüber 453.000 im Trentino) geben, es müßten bis dahin 32.000 neue Arbeitsplätze (gegenüber 14.600 im Trentino) geschaffen werden. Dies ist eine Herausforderung, mit welcher der Bauer ebensowenig anzufangen weiß wie der konservativ orientierte, nur der nationalen Abwehr verschriebene Politiker. Es genügt nicht, zu protestieren, wenn die Lancia-Werke italienische Arbeiter nach Bozen holen, nachdem sie zuvor eine Reihe von Posten Südtirolern reserviert hatten, man muß hinter dieser Posten-Reservierung her

sein, man sollte die abgewanderten und heimkehrwilligen Südtiroler nach beruflicher Fachrichtung in Evidenz haben, man müßte vor allem den Willen haben, diese abgewanderten oder im Land unterbeschäftigten Südtiroler auch sozial und politisch einzusetzen.

Und ein zweites: Eine echte oder scheinbare Gefahr verflücht wird von ihrer Wirksamkeit, wenn ich sie im vollem Umfang erkenne, wenn ich geistig befähigt bin, sie mir zu erklären. Man sieht in der Konfrontation Italiener-Südtiroler auch heute noch nur die Fronten, die Schützengräben und Drahtverhaue, nicht aber die sozialen Kräfte, die auf beiden Seiten wirken. Man legt sich nicht Rechenschaft darüber ab, woher die nationale Reizbarkeit der Italiener in Südtirol kommt, und man sieht nicht über die Grenzen des Landes hinaus und ist somit nicht imstande, das eigene Schicksal, das eigene Erleben mit dem anderer zu vergleichen, aus dem anderer Lehren zu ziehen, mit anderen sich zu verbünden, um gleichartige Ziele zu erreichen. Hier erwachsen der Schule und vor allem der Presse große Aufgaben für die Zukunft. Das gesellschaftliche Bewußtsein muß auf das zivilisatorisch-technische, das beträchtlich noch ist und keinen Vergleich zu scheuen braucht, angehoben werden. Dies wird man nicht erreichen, indem man in der Schule Scheuklappen lehrt, indem man den Kindern gestattet, sich gegen das Italienische zu spurren, weil's „waisch ist“, indem man sich einredet, man könnte sich das Nachdenken fürs Morgen ersparen, indem man das Gestrern konserviert.

II. Wir haben gestern eine Reihe von Detailspekten des Südtiroler Lebens in der Perspektive Konservativismus gegen moderne Lebensformen erörtert; einzelne zu ausführlich, andere zu wenig.

Ein Punkt ist dabei — ohne daß er je konkret angeschnitten worden wäre, in den Vordergrund gerückt worden. Die Überwindung der **konservativ, passiven** Haltung der Südtiroler den öffentlichen Dingen gegenüber. Ich will versuchen, meine Gedanken in dieser Frage klar zu machen:

Der Südtiroler ist in viel zu großem Umfang auch heute noch Objekt, nicht Subjekt der Südtiroler Politik. Er steht auf dem Standpunkt, die werden's schon machen; er hofft und vertraut darauf, daß es die nicht nur machen, sondern auch **gut** machen werden. Es ist eine seltsame Verewigung des Führerprinzips ohne Führer, obwohl wir auch mit Führern hinlänglich schlechte Erfahrungen gemacht haben.

Südtirol ist in seiner Gesamtheit in viel zu großem Umfang auch noch heute Objekt, nicht Subjekt der inneritalienischen Politik. Die Südtiroler **reagieren** auf Ereignisse, die aus Trient und Rom auf sie zukommen, sie **reagieren** auf jene Unterlassungen, die an Stelle von erhofften Leistungen Roms und Trients auf sie zukommen, aber sie sind nur selten ein **tätiger, aktiv vorbestimmender** Faktor.

Die Verhandlungen in der Neunzehnerkommission, das Tauziehen um das Paket, in die die Südtiroler Volkspartei massiv eingeschaltet war und ist, scheint mich zu widerlegen; aber — und damit komme ich zum Thema zurück — es sind ja nur die „Führer“ eingeschaltet nicht einmal **die** alle, sondern nur ein Teil davon, nicht hingegen die Südtiroler.

Die Südtiroler haben seit 1957 — Sigmundskron — nichts unternommen, um ihren Willen zu bekunden.

Ich fürchte, wenn man heute die Mannschaften, die ausgeschiedt werden, um Antworten auf die Fragen Industrialisierung — ja oder nein? einzuholen, nach dem Sinn der Neunzehnerkommission, nach dem Umfang und Wesen ihrer Vorschläge fragen ließe, die wenigsten wüßten eine Antwort: ich glaube, daß es sich mit dem — zugegebenermaßen noch komplizierteren und komplexeren — Paket nicht anders verhält.

Die Südtiroler kennen jene Probleme, die zu Parolen und damit gewissermaßen zu Fahnen geworden sind: Ethnischer Proporz, offene und schleichende Zuwanderung, Autonomie — sie geben mancher dieser Parolen einen Inhalt, welcher in der politischen Realität keine Entsprechung hat. Ich würde jede Wette eingehen, daß die Mehrheit der Bevölkerung auch heute noch der Ansicht ist, die SVP-Führung bemühe sich in ihrem Ringen um die Autonomie nach wie vor um das Los von Trient.

Zugegeben — die Bevölkerung, besser: die Masse der Bevölkerung ist in Österreich, Italien, Deutschland nicht **breiter** und nicht **gründlicher** über die politischen Dinge informiert; es wird mancherorts das demokratische Instrumentarium rein technischer Art besser beherrscht; es bewirkt die Vielfalt der zwar gefärbten, aber doch mehrfachen Informationen eine Ausweitung des Blickfeldes und auch eine Objektivierung der Information — aber die Massen machen von dieser besseren Beherrschung der demokratischen Techniken und

von der objektiven Information vielfach keinen oder nur unzureichend Gebrauch.

Es ist gestern hier von der niedrig organisierten Landschule die Rede gewesen. Ich mache kein Geheimnis daraus, daß mir diese niedrig organisierte Schule mit dem guten Lehrer lieber ist als eine hoch organisierte Volksschule, die dem Schüler nicht jenes organische und organisierte Grundwissen zu bieten weiß, das „Kostwissen“ und Charakterbildung zugleich ist. In gleicher Weise ist mir die „niedrig organisierte“ Provinzpolitik im Grund genommen lieber als die große, nationale Politik, die „niedrig organisierte“ Provinzzeitung lieber als die überregionale; wer — wie ich — direkte Demokratie und Föderalismus für Idealformen des demokratischen Lebens hält, fühlt sich eben der „kleinen Politik“ näher als den sogenannten großen Anliegen.

Wer die Provinzzeitung aber ernst nimmt, wird bald erkennen, daß die an sie gestellte Anforderung — auch im Politischen — größer ist als man gemeinhin annimmt.

Nehmen wir eine scheinbare Randerscheinung: Es ist schwer, Gerechtigkeit zu üben, richtiges Maß zu finden für Burgtheater und Bürgerlicher Heimathühne.

Zwei Gedanken zur Presse in Südtirol in besonderem: Bei dem, was man schreibt, oder was man italienischerseits liest, muß man die Zusammensetzung der ital. Volksgruppe bedenken. Die Italiener Südtirols sind — das ist eine Tatsache und keine negative Wertung — eine künstlich zusammengefügte, importierte Volksgruppe ohne für die Gesamtheit wirksame innere, natürliche Kohäsion. Die natürlichen Gruppen: Familie, Verwandtschaft, Dorf mit den entsprechenden Solidaritätsbindungen gibt es bei diesen Italienern nicht. Sie sind also zum Rückgriff auf eine Ersatz-Solidarität gezwungen, welche dem nationalen Instrumentenkasten entnommen wird. Der „Alto Adige“ schreibt beinahe täglich vor, welcher Art die Ersatzsolidaritäten sind. Um die **Illusion** des italienischen Lagers aufrechtzuerhalten, spricht er in den Polemiken alle Motive, die diese Solidarität bilden, an — vom klassenkämpferischen, antibäuerlichen Motiv bis zum nationalistischen; es liegt im übrigen auf der Hand, daß das soziale Motiv als Vorspann für das nationale von diesem erschlagen wird.

Die Presse in Südtirol sollte aber gerade die scharfen Kontrapositionen zu überwinden trachten:

Die Kontraposition Bauernwelt — Industriewelt kann nur von Übel sein. Es müßte beispielsweise deutscherseits vermieden werden, Artikel über industrielle Fragen so abzufassen, daß das industriefeindliche Leserpublikum daraus zusätzliche Argumente gegen die Industrialisierung ableiten könnte. Dies erfordert viel Geschick und Sorgfalt.

Die sture Kontraposition **Tiroloer** — **Italiener** kann nicht minder verhängnisvoll, ja, sie kann lähmend werden. Ich möchte, daß Südtirol jene Entwicklung erspart bleibt, die in der heutigen Venezia Giulia in den Jahren zwischen 1890 und 1914 Italiener und Slawen einander wie zwei große Heere, die in jeder Alltagsverrichtung Befehlen von Generalstäben zu folgen scheinen, gegenübergestellt hat.

Politisches Bewußtsein muß gefüttert werden: das natürliche Futter ist die objektive, sachliche Information, die Reden z. B. womöglich wörtlich zitiert, auch dann, wenn sie vom nationalen oder politischen Gegner stammen:

der Kommentator ist entweder Erläuterung der Information, Projektion der Tagesnachricht in den größeren Hintergrund gerückt — das ist der Idealfall, oder aber er ist

einfache Polemik. Dann wird er **Reizfutter**; dann zielt er nicht mehr auf Information ab, sondern auf reine Kritik (die freilich auch informativ sein kann). In vielen Fällen ist die Polemik leider auch Mangel an eigener Information, die sich durch den kritischen Aufgutz am erfolgreichsten tarnt.

Ich habe es bisher unterlassen, Zeitungen beim Namen zu nennen. Doch drängt es mich, um die hier geäußerten Gedanken klarer zu machen, zu sagen, daß der „Alto Adige“ auf der ersten und letzten Seite nicht nur **Reizfutter** in Kommentarförm bringt, sondern daß er auch politische Nachrichten in **Reizfutter** verwandelt, der sogenannte innenpolitische „pasticcio“ wird oft genug in dieser Richtung stilisiert — ohne sachliche Notwendigkeit und wie mir scheint, zum Nachteil des Lesers, der nicht alle nötige Information erhält, und diese amputierte Information noch durch die verzerrende Brille des in den Bericht eingebauten Kommentars sehen muß.

Verzeihen Sie diese Abschweifung. Wieder zurück zum Verhältnis Zeitungleser, Information, politisches Bewußtsein.

Der Leser wird mehr Nachrichten, objektive Nachrichten, volle politische Information nur dann wünschen, wenn irgendwann einmal in ihm das Bedürfnis danach geweckt worden ist. -- wenn er das Recht, über die engere und weitere Welt, in der er lebt, informiert zu werden, nicht als Abstraktum, sondern als echte, natürliche Notwendigkeit empfindet.

Diese politische Neugier, die zumeist nur in Sachfragen gegeben ist, die einem selber angehen (Pension, Steuern usw.), muß zuerst in der Schule geweckt werden: dort müssen im Geschichts- und Geographieunterricht, in der Staatsbürgerkunde gewidmeten Stunden, den jungen Menschen in nicht abstrakter Weise beigebracht werden, daß sie, daß ihre Väter und Brüder und Mütter die Gemeinde, die Provinz, die Region, der Staat sind -- und daß Bürgermeister, Regionalräte, Minister nur ihre Mandatäre sind; daß sie also ein Anrecht darauf haben, von der Zeitung und den anderen Massenmedien über das Geschehen im Staat, in der Region und Provinz unterrichtet zu werden; daß sie diese Information verlangen können, sofern sie nicht geboten wird.

Die Schule müßte dann ergänzt werden durch die Zeitung selbst. Es müßte auch die Zeitung Interesse daran haben, Informations-hunger zu wecken -- da die Partnerschaft zwischen dem Blatt, das dem solide Nachrichten wünschenden Leser solide Nachrichten liefert, dauerhafter sein wird als die Partnerschaft zwischen der Zeitung und jenem Leser, der nur gefühlsmäßig sich durch einen Kommentar angesprochen fühlt. Vor allem aber verbreitert die Ausweitung des politischen Interesses, des politischen Bewußtseins auch die Basis der Zeitung selbst: Je nachrichtenhungriger der Leser wird, desto mehr wird er, über die knappe, schlechte, gefärbte Rundfunknachricht hinausgehend, zusätzliche Information wünschen, die nur die Zeitung bieten kann.

Ich mache mit dem Gesagten den Südtirolern also keinen Schatten eines Vorwurfs.

Aber wir dürfen nicht vergessen, daß die Lage in diesem Lande eine ganz andere ist, daß das psychologische Klima in Südtirol sich mit jenem in normalen Ländern oder Staaten nicht vergleichen läßt.

Demokratie ist ständige Auseinandersetzung, ständiger Dialog um die Führung der öffentlichen Angelegenheiten.

In Südtirol ist Demokratie leider nur fortwährender Konflikt zwischen zwei nationalen Heeren, die -- „l'uno contro l'altro armato“ -- sich feindselig gegenüberstehen, jedes mit seinen alten und neuen Fahnen, jedes mit einem Arsenal von Parolen, welche Dinge, die kompliziert sind, unzulässig simplifizieren, und einfache Dinge unzulässig komplizieren.

Eine der wichtigsten Spielregeln ist, daß das Recht immer im eigenen Lager ist und das Unrecht in dem der anderen; eine beinahe noch wichtigere, daß die eine Seite die Argumente der anderen nicht zur Kenntnis bringt und zur Kenntnis nimmt, sondern zumeist nur dagegen polemisiert.

Man sagt, jedes Land habe die Regierung, die es verdient -- in der Demokratie mag dies teilweise richtig sein.

Mit viel größerer Berechtigung läßt sich von einem demokratischen Land sagen, daß es die Presse hat, die es verdient.

Das heißt, konkret: Eine Tageszeitung bietet soviel Information, wie die Leser verlangen. Sie bietet soviel Objektivität, wie die Leser verlangen. Die Leser können die Zeitung zu mehr und objektiverer Information zwingen, indem sie ökonomischen Druck anwenden (Abbestellungen von Abonnements) oder sich durch Leserbriefe kritisch zu Wort melden, bzw. **meinungsbildend** einschalten.

Die Möglichkeit, ökonomischen Druck auf eine Zeitung auszuüben, steht in noch viel größerem Umfang natürlich den Inserenten zu. Dies festzustellen scheint mir wichtig, weil es meistens übersehen wird.

Was ich jetzt sage, ist eine Vereinfachung: die Regel ist aber doch im Prinzip gültig -- wenn auch mit vielen Abstufungen und Nuancierungen:

Das Leserpublikum kann den Umfang, den Ton, das Ausmaß der Information, die eine Zeitung bietet, mitbestimmen. Aber es ist unmöglich, eine solche Mitbestimmung von einem Publikum zu erwarten, das einen echten Nachrichten- und Informations-hunger gar nicht hat. Denn wichtiger ist, sagen zu können: „denen haben sie's jetzt gesagt“ (womit der kritische Kommentar gemeint ist), als: ich habe jetzt zwar die Polemik gelesen -- aber ich habe nicht erfahren, wogegen polemisiert wird.

Zur Problematik der „Formen“ geistigen und geistlichen Lebens

Dr. Alois Ties

Im folgenden sollen nur einige Gedanken umrissen werden, die nicht auf die konkreten konservativen Haltungen eingehen, auch nicht die modernen Lebensformen im einzelnen aufweisen, was schon den vorausgehenden Referaten geschehen sein dürfte, sondern es soll ein grundsätzlicher Zugang zum Problem versucht werden. Konkretere Fragestellungen sollen dann in der Aussprache zu Worte kommen, wo jeder aus seiner Sicht und Erfahrung einen Beitrag leisten kann.

1. Lebens-Formen

Leben tritt anscheinend in verschiedenen Formen auf. Wir denken unwillkürlich an das Leben, das sich als pflanzliches oder tierisches oder menschliches Leben ausformen kann -- um einmal von einer rein geistigen Lebensform abzusehen. Auf diesen verschiedenen Stufen tritt also Leben auf. Doch geht es uns im Thema offenbar um das menschliche Leben.

Daß der Mensch lebt, sehen wir an seinen Lebensäußerungen, doch das Leben selber bleibt unfassbar. Diese Überzeugung schwingt mit, wenn wir sagen, der Mensch gebe kein Lebenszeichen mehr, oder er gebe noch Lebenszeichen. Nun drückt sich dieses Leben sehr differenziert aus, stellt sich in verschiedenen Weisen dar: als chemische Prozesse, als physiologische Vorgänge, sinnhafte Reaktionen und Strebungen, verstandesmäßige Überlegungen und Einsichten, Gefühls- und Gemütsäußerungen ... immer scheint ein und dasselbe Leben sich darstellen zu wollen.

In seinen Äußerungen erfassen wir also das Leben. Dabei wird der Ausdruck für uns umso zweideutiger, je geistiger er wird, oder besser: je mehr Geistiges sich darstellen will. Wir stellen eine Inadäquatheit des Ausdrucks, der Form fest: je geistiger, umso freier und deshalb umso zufälliger; deshalb die Zweideutigkeit des Ausdrucks, in dem sich das Leben nur ausformt, wenn es sich mitteilen will, wenn es sich eröffnen will. Im Geistigen kann Ausdruck und Leben, Inhalt und Form divergieren, das Leben kann sich durch die Form verstellen.

Es kann sein, daß eine Lebensform verkrustet, verkalkt, versteinert. Aus der Larve ist der lebende Schmetterling schon ausgeschlüpft, sie ist nur mehr Form vergangenen Lebens, nur aus der Vergangenheit verständlich, wo sie vom Leben als dessen eigener Ausdruck geschaffen wurde.

Kurz: Leben vermittelt sich, formt sich aus, stellt sich dar in Formen -- und kann ohne Ausdruck gar nicht sein. Doch verbirgt es sich auch zugleich darin, bleibt für uns Geheimnis. Wir kennen viele Voraussetzungen, damit Leben möglich sei, doch nicht das Leben selbst.

Werden wir noch ein wenig komplizierter. Noch ein Gedanke zu den Ausformungen des geistigen Lebens des Menschen.

Das Bewußtsein des Menschen nimmt notwendig Formen, Vorstellungen an, es kondensiert seine Einsichten zu Begriffen und Bildern. Das Wollen bezieht sich auf die und die vorgestellten Gehalte. Und doch geht es nicht restlos in diese Formen ein und nicht in ihnen auf. In allem Vorgestellten und Gedachten und Begriffenen findet das Erkennen des Menschen nicht seine Grenze, es weiß um diese Grenze und um das Darüberhinaus, es ist transzendent. Dergleichen schöpfen Millionen von Einzelwünschen nicht das bodenlose Schien des Menschen aus. Der Mensch steht in Distanz zu all diesen konkreten Formen seines Lebens, er will den Abgrund seines Geheimnisses ins Bewußtsein heben, doch läßt er sich von seinen begrenzten Schöpfergefäßen nicht einfangen. Und doch gehört es zum Wesen des Menschen, daß es nach Ausdruck, Darstellung, Entfaltung verlangt. Der Mensch ist in die Welt gesandt, zu seinesgleichen, doch mit einer unstillbaren Frage, mit dem Wissen um den geheimnisvollen Grund seines Seins.

Je weiter sich das Bewußtsein ausbreitet, je mehr sich der Baum verästelt und verzweigt, umso mehr bleiben die Wurzeln abgründig verborgen. Was in der Sonne steht, im Lichte des klaren Bewußtseins, des begrifflichen Gedankens, des reflexiven Wissens und Wollens, ist nicht die Wurzel, die im Dunkel verbleibt und von dort den Baum trägt („interior intimo meo“ nach Augustinus).

2. Formen religiösen Lebens

Selbst die „religiösen“ Lebensformen und -formen entgehen dieser Dialektik und unaufhebbarer Doppelpoligkeit von Leben und Form nicht. Wollen sie doch in besonderer Weise unser letztes Lebensgeheimnis und unsere Einstellung zu ihm darstellen heißen. Nur in konkreten Akten und Formen (nicht nur in sakral-religiösen) läßt sich das letzte Geheimnis ertasten, bleibt aber für den Menschen nie verfügbar, habhaft. Nur ein Götze kann verfügbar sein, nicht Gott: weder verfügbar für das klare Wissen noch für den beherrschenden Willen, sondern nur hinnehmbar als Angebot grenzenloser Güte.

Besahen wir uns kurz die grundlegenden Ausformungen des religiösen. Da treffen wir vorerst auf den Kult. Doch kennen wir alle die leidenschaftliche Polemik der Propheten gegen die Kulturauffassung ihrer Zeit. Sie sind gegen die Veräußerlichung, den Formalismus des leblosen Ausdrucks, in dem sich nicht mehr die wahre Hingabewilligkeit des Menschen verleiblicht. Man bietet Gott wohl das Werk des Opfers, des Gesanges, des Gebetes — „dieses Volk da verehrt mich wohl mit seinen Lippen“. Aber das äußere Tun ist nicht lebendiger Ausdruck letzter Hingabewilligkeit — „sein Herz aber hält es zurück von mir“ (Jes. 29, 13).

Fundamentale Lebensform ist sodann für die Kirche das Sakrament, das gnadenanzeigende und -vermittelnde Zeichen. Vermittelt es aber nicht eine persönliche Begegnung mit Gott, dann wird es zur Magie, zum Versuch, das höchste Leben über seinen Ausdruck packen zu wollen, es zu vergewaltigen, anstatt es als Liebesgabe hinzunehmen in antwortender Liebe.

Wird hinwieder die Tat als die notwendige Ergänzung des kultisch-sakralen, die Bewährung im Leben als Gegenpol zur rituellen Beobachtung betont, so bleibt doch auch alles unter dem Gebot stehende Tun in einer letzten Zweideutigkeit, sofern auch ein viel-

leicht bewundernswerter Akrobatismus der Leistung selbstbezogen und sichbefangen sein kann, ohne den Menschen als selbstlose Liebe auszursäen und über sich hinauszutragen.

Auch im engeren Sinn, in der herkömmlichen Auffassung verstandener Religionsausdruck bleibt als vom Menschen geprägte Form im Wesentlichen zweideutig.

3. Falsche Stellungnahmen

Eine falsche Schlußfolgerung aus besagtem Sachverhalt wäre nun die Resignation oder der Indifferentismus, der aus der wesentlichen Mißdeutbarkeit der Form schließen würde, man könne also „ohne all diesen Kram“ besser leben.

Zwischen der Scylla und Charibdis des Spiritualismus und des Formalismus, einer in letzter Konsequenz unmöglichen Ablehnung des konkreten verleiblichenden Ausdrucks auch im Religiösen und einer Verabsolutierung der Form, gibt es nämlich doch noch einen in kritischer Wachheit zu begehenden Mittelweg.

Schlußwort

Wir stehen heute auch bei uns in Südtirol in der Krise vieler Formen. Doch ist eine selbstkritische Einstellung jedem formgebenden Ausdruck im Geistigen und Geistlichen gegenüber von vitaler Bedeutung. Leben muß sich formen, auch das Geistigste, es will sich darstellen und verleiblichen. Doch können sich Formen überleben und zur entselten Larve oder Mumie werden, sei es, daß das Leben selber am Ersterben ist und die Form nicht mehr durch-seelen kann, sei es, daß das Leben in den herkömmlichen Formen sich gar nicht mehr recht darstellen kann und eine angemessenere Formgebung verlangt. Auf alle Fälle aber muß **das Leben** neue Formen prägen, die kann man nicht in der Retorte prägen und dem Leben überstülpen als etwas ihm Außerliches. Ein erstarrtes und wachsendes und drängendes Leben des Geistes wird erst imstande sein, verengte Gestalt aufzubrechen.

Die Kirche zwischen modernen Lebensformen und bürgerlichem Konservatismus

Dr. Johannes Meßner

Lange Zeit führte die Kirche auf gewissen Gebieten die Sache des Menschen, weil dieser seine Sache ungetan ließ. Die Kanzel war nicht nur Stätte der Verkündigung des Gotteswortes, sondern auch Ort weltlicher Mitteilungen. Die vielseitige Zuständigkeit des Seelsorgers als des einzig anerkannten Studierten auf dem Dorf ließ die Bedeutung der Kirche und deren beruflichen Funktionsträger sichtbar aufscheinen. Diese Tatsachen vermittelten das Erlebnis einer starken Präsenz der Kirche und manche dürften diese als Zeichen einer starken Religiosität gewertet haben. Heute sehen wir, wie die Kirche aus der Sache des Menschen entlassen wird, weil dieser es vorzieht, seine Sache selbst zu führen. Ist dadurch die Geschichte der Kirche zu Ende? Ist sie dadurch zur Irrelevanz verurteilt oder bedeutet Minderung institutioneller Präsenz etwa gar Minderung der Religiosität? Oder kann als Frucht dieser Entwicklung nicht vielmehr die Kirche neu ihre Berufung finden, die Sache Gottes zu führen, Gott zu erkennen und den Menschen zu zeigen? Und hat nun nicht der Mensch selbst, dem nun die Möglichkeit und Fähigkeit zuteil ist, die Sache der Welt zu führen, die Möglichkeit, seine Partnerschaft mit Gott aufzunehmen?

Wir erleben heute einen institutionellen Schwund der Kirche. Immer mehr Einrichtungen und Lebensbereiche, die einst fast ausschließlich von der Kirche besessen, geführt oder getragen worden sind, wie Waisenhäuser, Kindergärten, Schulen, Altersheime, Krankenhäuser, werden von öffentlichen oder privaten weltlichen Stellen übernommen. Liegt aber im Bau und in der Führung solcher Einrichtungen die Aufgabe der Kirche? Ist dies nicht vielmehr Aufgabe der Gesellschaft?

Aber auch die Anwesenheit von rechtswegen des Vertreters der Kirche in den verschiedensten Gremien nimmt immer mehr ab. Ist aber der Verlust der institutionellen Präsenz für die Kirche wirklich ein Verlust? Soll sich die Kirche überhaupt noch mühen, rechtliche Fixierungen zu ihren Gunsten zu erlangen? Oder ist heute

nicht vielmehr die personale und missionarische Präsenz ihre Aufgabe? Die Bedeutung der personalen Präsenz wächst sowohl in der Form des individuellen wie des Gruppen-Apostolates. Die Entlassung des Menschen in die Welt ist Ausdruck des Vertrauens in den Menschen, des Ernstnehmens der Welt. Durch die Trennung wird aber auch eine klare Unterscheidung zwischen menschlichem Versagen und Kirche sowie eine klare Sicht in der Auffassung der Kirche ermöglicht. Kann dadurch nicht die Gefahr des Klerikalismus, des nicht zuständigen Einmischens in fremde Sachbereiche von seiten der Kirche gebannt sowie die noch größere Gefahr abgewandt werden, daß die Kirche selbst mißbraucht wird zur Vertiefung machtpolitischer Ziele von seiten der Welt?

Ein Kennzeichen moderner Lebensform ist die zunehmende Einpolsterung des Menschen und seiner Interessen in einen innerweltlichen Rahmen. Der Mensch hat sich die Erde wohnlich eingerichtet. Er ist nicht mehr der einfache und ergebnisarme Mensch. Viele Grenzsituationen, die früher Zugang zur Religion waren, sind heute vielfach aus dem Blickfeld gerückt. Gewisse Bedürfnisse braucht der Mensch heute nicht mehr geistig zu sublimieren. Er kann sie mit innerweltlicher Befriedigung absättigen.

Angesichts dieser Entwicklung meinen manche, daß ohne Gefühl des Versagens, ohne Erlebnis der Not, Religiosität nicht möglich oder zumindest gefährdet sei. Darf diesen nicht gesagt werden, daß dem Menschen, indem er Macht hat, neue Möglichkeiten zu schaffen und diese auch effektiv schafft, auch mehr Auswahl und damit größere Chancen geboten werden und somit auch größere Freiheit? Mit mehr Freiheit können wir aber auch menschlicher sein. Warum nicht auch christlicher?

Diese Einpolsterung ist begleitet von einer Entmaterialisierung Gottes und der Religion. Bei sich nicht schließenden Kreisen wurde früher immer wieder auf Gott zurückgegriffen. Immer dann, wenn der Mensch an die Grenzen seiner Macht gekommen war oder sich etwas nicht erklären konnte, schaltete er direkt Gott ein. Heute ist

Gott immer weniger Lückenfüller, er rückt mehr in die geistige Wertebene ein.

Die zunehmende horizontale und vertikale Mobilität führt zu einer Mobilität der Institutionen und der Lebensstile. Jeder Wechsel der Kulturstufe, der Wirtschaftsform, von Beruf und Ort bedeutet seelische Belastung und der Mensch braucht immer seine Zeit zur Neuorientierung und Neuverwurzelung: Im Kontakt mit dem sozialen Wandel ändert der Mensch die Haltung gegenüber der Religion. Er ist gezwungen, neue Rollen in der Beziehung zu neuen Menschen, zu neuen Gegenständen, zu neuen Ideen und Beziehungsgruppen zu spielen. Damit ändert sich aber auch seine religiöse Verhaltensweise. Das Leben, auch das religiöse, sträubt sich nämlich, in vorhandenen Formen gegossen zu werden. Es zerrt an den zeitgebundenen Formen, die oft zu Fesseln werden können, und versucht, sich zu befreien. Es versucht, neue Bottungen zu finden, die der neuen Entwicklung besser entsprechen als die alten.

Da die Kirche eine sichtbare Kirche ist und äußere Akte verlangt, läßt sich das Bekenntnis zu ihr und die Beachtung ihrer Bestimmungen einformaßen messen. Auf Grund vorwissenschaftlicher Urteile haben wir eine sehr hohe religiöse Praxis. Religiöse Praxis kann aber auch reine Äußerlichkeit sein. Wieviel religiöse Vitalität dahintersteckt, zeigt sich, wenn die gewohnten Strukturen und die sozialen Kontrollen wegfallen, wenn religiöse Übung nicht mehr opportun oder gesellschaftlich gar von Nachteil ist. Der Grad der religiösen Vitalität zeigt sich im Verhalten in Katastrophensituationen und in der Fähigkeit zur religiösen Bewältigung neuer Probleme. Sie zeigt sich im Interesse für religiöse Fragen. Damit das Urteil nicht schief ausfällt, muß zwischen Religiosität und Kirchlichkeit unterschieden werden. Es gilt, sich vor der Gefahr zu hüten, das Nicht-Kirchliche zum Nicht-Religiösen abzustempeln.

Trug einst die Macht der Strukturen die Herzen, so muß heute die Macht der Herzen die Strukturen tragen.

Der Bildungsrückstand der Landbevölkerung

Dipl.-Ing. Dr. Alois Leitner

Bildung und Ausbildung hat in der modernen Welt größte Bedeutung erlangt.

1. Wissen ist Macht. Die Großmächte USA und Rußland wetten in der Heranbildung einer möglichst großen Zahl von Akademikern. Hierbei ist es von Interesse, daß Rußland heute mehr Akademiker heranbildet als Europa und die USA zusammen. Bildung und Ausbildung wird ein wesentlicher Faktor zur Beherrschung der Welt.

Die Industriegesellschaft bringt einen raschen Wandel der Sozialstruktur mit sich. Landwirtschaft und Bergbau verzeichnen einen starken Rückgang der Beschäftigten. Industrie und Gewerbe haben im Übergang zur zweiten industriellen Revolution den höchsten Beschäftigtenanteil erreicht. Das Elektronenzeitalter und die Automation bewirken eine starke Zunahme der Produktivität. Trotz Vergrößerung des Güterangebotes nimmt die Beschäftigtenzahl nicht mehr zu. Der technische Fortschritt verlangt einen öfteren Berufswechsel.

Im strukturellen Aufbau der Arbeitskräfte nimmt der Dienstleistungsbereich stark zu. Insbesondere verzeichnen intellektuelle Berufe eine starke Zunahme.

Die Mobilität der Arbeitskräfte ist von großer Bedeutung. Hierbei ist die berufliche Mobilität genauso bedeutsam wie die räumliche. Ein Kennzeichen der modernen Bildungsgesellschaft ist die soziologische Mobilität, das ist die Möglichkeit für jedermann in gelobene Sozialschichten durch gute Ausbildung vorzustoßen.

2. Wissen ist Wohlstand. Eine gute Bildung bringt sozialen Aufstieg und garantiert erhöhtes Einkommen. Es zeigt sich immer mehr, daß das Problem der Entwicklungsländer vor allem ein Bildungs- und Ausbildungsproblem ist. Jede Expansion der Wirtschaft ist von gut ausgebildeten Arbeitskräften abhängig. Das Bildungswesen ist somit einer der wichtigsten Faktoren der Wirtschaftsentwicklung.

3. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Echte Bildung muß mehr bieten als Macht und Wohlstand. Die Bildung muß ein echtes Weltbild vermitteln und die Rangordnung der Werte sicherstellen. Seele und Geist darf nicht im Materiellen verkümmern. Echte Bildung muß ein Gleichgewicht herstellen zwischen materiellen Gütern und geistigen, kulturellen und religiösen Werten. Zur Harmonie und zum Glück eines persönlichen Lebens gehört die Ausgeglichenheit dieser Bereiche.

4. Bildung ist ein wichtiges Mittel zur Sicherung des Volkscharakters. Daraus ergibt sich die große Bedeutung der Schule, da diese das Erleben einer Sprach- und Kulturgemeinschaft vermittelt. Die Sprache ist nicht nur eines der wichtigsten Kriterien des Volkscharakters, sie ist das Bindeglied des einzelnen an seine Gemeinschaft, sein Volk. Bildung muß auch das geschichtliche Denken fördern, das Bewußtsein, in einer langen Generationenreihe mitverbindendes Glied zu sein, welches empfängt, aber auch weitergeben muß.

Die Aufgaben, welche heute an die Erziehung und Ausbildung der Kinder und damit an das Schul- und Bildungswesen in Europa

und in der Welt gestellt werden, sind vielfältig und werden von Jahr zu Jahr bedeutsamer. Es ist dies eine Folge der raschen Entfaltung von Wissenschaft und Technik in unserer Zeit.

Eine vernünftige Struktur- und Regionalpolitik zur Erhaltung des ländlichen Raumes muß die Schule in den Mittelpunkt stellen. Die Zeitspanne von der Handarbeit, dem Ochsen- und Pferdegespann bis zur Vollmechanisierung und Automation ist relativ kurz. Das Zeitalter der Industrialisierung hat zu einer starken Konzentration der Bevölkerung in den Ballungszentren geführt. Das industriell, gewerbliche Wachstum vollzog sich vorwiegend im Bereich der städtischen Regionen. Die Landwirtschaft und Teile des ländlichen Raumes sind in der Einkommensentwicklung zurückgeblieben. Diese führte und führt zu einer Verstärkung des regionalen Ungleichgewichtes.

Die regionale Planung muß Möglichkeiten finden, die zum Ausgleich dieses Einkommensgefälles führen und die Erhaltung der Bevölkerung gewährleisten. Eine gewisse Besiedlungsdichte des ländlichen Raumes ist notwendig, damit die verschiedenen Versorgungseinrichtungen aufrecht erhalten werden können. Bei der Sicherung der Infrastruktur ist Kirche, Schule, Arzt, Verkehr und persönliche Versorgungseinrichtungen zu beachten. Der Fremdenverkehr in den Berggebieten leistet zur Erhaltung des Siedlungsraumes einen wesentlichen Beitrag.

Der ländliche Raum und die Berggebiete müssen als Lebensraum erhalten werden. Die Bevölkerungsdichte wächst, Nordtirol hat heute 450 000 Einwohner, im Jahre 2000 sollen es 700 000 sein. Es ist nicht nur die Nahrungsmittelversorgung für die Zukunft sicherzustellen, die Erhaltung der natürlichen Lebensvoraussetzungen — Boden, Wasser, Luft und Ruhe — ist von gleicher Bedeutung. Das Land hat als Erholungsraum für die städtische Bevölkerung eine neue Aufgabe erhalten. Zur wirtschaftlichen Absicherung muß jedoch die Verkehrslage verbessert werden, sind industriell-gewerbliche Arbeitsplätze zu schaffen. In zentralen Orten niederster Ordnung sind alle Versorgungseinrichtungen sicherzustellen. Dazu gehört vor allem eine gute Schule, die Ausbildungsmöglichkeit der Jugend.

Bildung ist die wichtigste Maßnahme zur Selbsthilfe und damit zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung dieser Gebiete. Wer die Aus- und Weiterbildung als geringfügig oder gar als überflüssig achtet, fällt bereits damit eine gewisse Vorentscheidung hinsichtlich der weiteren Existenz seiner Familie. Dieser Satz aus der Resolution einer Studientagung von kath. Akademikern hat nicht nur für die Familie Gültigkeit, er ist genau so auf den einzelnen Betrieb, auf den Ausbau der Arbeitsplätze für das Dorf und das gesamte Land anwendbar. Eine gute Schul- und Berufsausbildung für die Landkinder ist die wichtigste Maßnahme einer verantwortungsvollen Struktur- und Regionalpolitik.

In Österreich wurde 1864 durch das Reichsvolksschulgesetz die 6jährige Schulpflicht eingeführt und die Lehrerausbildung sehr gut geregelt. Heute wurde eine Anpassung an die neuen Bildungs- und

Ausbildungserfordernisse notwendig, weil das Ausbildungsbedürfnis immer stärker wird.

Der Kinderreichtum der ländlichen Bevölkerung erfordert große Anstrengungen der kleinen, finanzschwachen Gemeinden. In Wien gibt es auf 1000 Einwohner 53 Pflichtschüler, in Tirol hingegen 127. Somit hat Wien im Verhältnis zur Bevölkerung nur 40 % der Schülerzahl von Tirol und kann sich damit erhebliche Kosten sparen.

Die höheren Schulen sind für die Kinder des städtischen Raumes viel leichter erreichbar. Dadurch entsteht ein regionales Bildungsgefälle, welches unbedingt vermieden werden muß.

Die Landbevölkerung ist ausbildungsmäßig zurückgeblieben. Die Schule vermittelt Erziehung und Wissen. Prof. Huber schreibt darüber: „Schule ist Leben, das sich in unmittelbarem Kontakt zwischen Lehrer und Lernenden, zwischen Erzieher und Kind abwickelt.“ Es ist eine Tatsache, daß heute Berufswissen und das Zeugnis mehr bewertet werden als eine gute Erziehung. Die nieder organisierte Landschule vermittelt trotz guter Lehrer weniger Wissen als die Stadtschule. Sie gibt aber durch einen innigeren Kontakt dem Kind eine bessere Erziehung. Die Unterbewertung bleibt jedoch bestehen. Das Bildungsprivileg nach dem sozialen Stand ist durch verschiedene Maßnahmen heute nicht mehr sehr bedeutend. Dafür ist die Entfernung des Wohnortes zur bedeutsamen Ausbildungsbromse geworden. Für die Kinder des ländlichen Raumes ist eine höhere Bildung viel schwerer erreichbar, weil sie bedeutend höhere Kosten durch die entferntere Wohnlage bedingt und gleichzeitig die Einkommen der Eltern vielfach geringer sind. Es muß daher ein Kostenausgleich gefordert werden, damit das regionale Bildungsprivileg beseitigt wird. Einige Beispiele sollen das regionale Bildungsgefälle aufzeigen. Wien hat keine Volksschuloberstufe, die Schüler besuchen alle die Hauptschule des I. oder II. Klassenzuges, welche der Südtiroler Mittelschule entspricht. 1966 besuchten in Wien 16 % der Pflichtschüler die Unterstufe einer höheren Schule, in Tirol waren es nur 4,5 %, wobei noch große regionale Unterschiede festzustellen sind, in Tirol haben durchschnittlich 7 % eines Geburtenjahrganges eine höhere Schulbildung. Im Bezirk Schwaz sind es nur 2,4 %, obwohl sich in diesem Bezirk ein bischöfliches Gymnasium befindet. In Österreich gab es 11 % Maturanten des genannten Geburtsjahrganges, von den 16jährigen besuchten 21 % eine höhere oder mittlere Schule.

Die Schülerzahlen steigen stark an, aber der Bedarf kann nach dem Ergebnis des vorliegenden OECD Berichtes bei weitem nicht gedeckt werden. 1970 werden in Österreich ca. 14 000 Maturanten die höheren Schulen verlassen. Zur gleichen Zeit soll jedoch ein Bedarf von 21 000 Maturanten vorhanden sein, so daß sich der Fehlbetrag im Durchschnitt der Jahre 1970—1974 auf 8000—10 000 belaufen wird. In Europa haben ca. 20 % der 18jährigen eine höhere Schulbildung erhalten, in den USA hingegen beträgt diese Zahl bereits 40 %.

Die Ausschöpfung der Begabungsreserven im ländlichen Raum ist nicht nur eine soziale Tat, es ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Höhere Schulen sind also vor allem dort zu errichten, wo derzeit nur 5—10 % der Kinder eine höhere Ausbildung erhalten.

Die Benachteiligung des ländlichen Raumes bei den Ausbildungsmöglichkeiten beginnt bereits in der Pflichtschule. Im ländlichen Raum ist die nieder organisierte Volksschule noch weit verbreitet.

In Tirol besuchen 33 % der Kinder eine 1—3klassige Volksschule. In den Städten ist allen Kindern der Besuch der städtischen Form der 4klassigen Volksschule-Unterstufe möglich.

In vielen Gebieten Österreichs macht sich der Mangel an Hauptschulen bemerkbar. Der Vergleich zwischen Wien und Tirol im Pflichtschulbereich zeigt die Situation auf.

	Wien		Tirol	
	Kinder	%	Kinder	%
Volksschule	55 800	56	50 000	77
Hauptschule	27 500	28	12 300	19
Höhere Schule	18 500	16	3 100	4

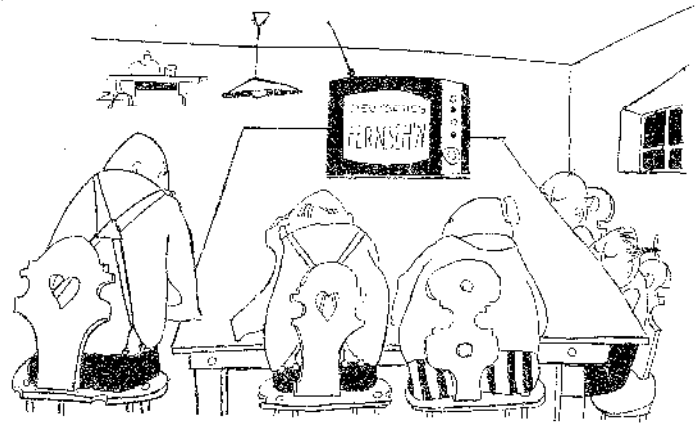
Südtirol hat seit der Gründung der Einheitsmittelschule einen großartigen Erfolg zu verzeichnen. 1959 gab es in Südtirol die 8jährige Grundschule mit 5 Klassen. 72 % sämtlicher Schulkinder der deutschen Volksgruppe beendeten ihre Schulpflicht mit der Volksschule, während es bei den Kindern der ital. Volksgruppe nur 9 % waren. 1962 erfolgte die Gründung der Einheitsmittelschule. Diese erfaßte im Schuljahr 1968/67 in 45 Schulorten mit 10 140 Schülern ca. 90 % aller mittelschulpflichtigen Kinder. Derzeit sind noch 1000

Kinder in entlegenen Gebieten ohne Möglichkeit, die Einheitsmittelschule zu besuchen.

Die Unterstufe der Volksschule ist in Österreich 4jährig, in Südtirol 5jährig, in anderen Ländern 4—5jährig.

Die Unterstufe der Volksschule muß dem Dorf erhalten bleiben, selbst dann, wenn sie nur in einer niederen Organisationsform bestehen kann. Der Lehrer ist für das Dorf ein bedeutender Kulturträger. Der Abteilungsunterricht in der Unterstufe ist vertretbar und einer stärkeren Zentralisierung vorzuziehen.

Die Dorfgemeinschaft muß für ein ordentliches Schulgebäude, für die notwendigen Lehrmittel und für ausreichende Lehrerwoh-



nungen Sorge tragen. Eine Hauptaufgabe der Bildungspolitik ist die Pflege und Unterstützung des Lehrernachwuchses, damit auch die ländliche Schulklasse mit guten Lehrkräften versorgt werden kann. Der Lehrermangel ist in Österreich derzeit besonders groß und bringt der ländlichen Schule große Schwierigkeiten.

Als Oberstufe kommt in Österreich die Hauptschule mit dem ersten und zweiten Klassenzug, in Italien die 3jährige Mittelschule in Betracht. Beim Ausbau dieser Schulen muß eine Sprengfeinteilung gefunden werden, die möglichst allen Kindern den Besuch ermöglicht; Großschulen sind nicht zweckmäßig.

Diese Schulform führt zum Fahrschulwesen. Im Interesse der Kinder müssen die modernen Verkehrsverhältnisse beachtet werden, wobei der Schulbus die ideale Beförderungsform darstellt. Die öffentliche Hand hat die Kosten für die Beförderung wenigstens teilweise zu übernehmen, damit die Kinder entlegener Gebiete neben der Belastung des Fahrens nicht noch die höheren Kosten tragen müssen. Italien will den akademischen Lehrer in der Mittelschule. Damit werden in Zukunft an den Schulorten Lehrkräfte tätig sein, die auf Grund ihrer akademischen Bildung vielfältige kulturelle, aber auch wirtschaftliche Aufgaben zusätzlich übernehmen können. Tirol hat für die entlegenen Landgebiete die ausgebaute Volksschuloberstufe geschaffen. Damit sollen alle Kinder eine Bildung erhalten, die über die Volksschule hinausgeht und den weiteren Bildungsgang ermöglicht. Das Zeugnis dieser ausgebauten Volksschuloberstufe gibt die gleiche Berechtigung wie das Zeugnis der Hauptschule.

In Österreich wurde vor kurzem das 9. Schuljahr eingeführt. Zur Berufsorientierung und Berufsfindung wurde mit dem polytechnischen Lehrgang eine eigene Schultype geschaffen. Seine Zweckmäßigkeit muß sich erst herausstellen.

Der Ausbau des mittleren und höheren Schulwesens ist für die Landbevölkerung von entscheidender Bedeutung

Unter diesen Schultypen sind die Berufsschulen für Lehrlinge, die Fachschulen verschiedener Richtungen und insbesondere das höhere Schulwesen zu nennen. Grundsätzlich sind 4 Punkte herauszustellen.

1. Es ist eine möglichst breite Streuung der Schulen im Land vorzusehen. Jeder Bezirk soll eine höhere Schule haben. Die Bildungspolitik verlangt in der Planung ein weitschauendes Konzept.

2. Durch die Schaffung einer ausreichenden Zahl von Internaten und Schülerheimen ist allen Kindern die Möglichkeit zu geben, diese Schulen besuchen zu können.

3. Der Begabtenfindung und der Begabtenförderung ist besonderes Augenmerk zu schenken, damit das Bildungsbewußtsein bei

der ländlichen Bevölkerung gehoben und verstärkt wird. Das Stipendienwesen muß ausgebaut werden. Insbesondere sind die öffentlichen Mittel zur Abgeltung der Mehrkosten für das Landkind und für eine entsprechende Berufsenlenkung zu verwenden.

4. Ein besonderes Anliegen der Regionalpolitik sollte es sein, verstärkte Bildungsmöglichkeiten für jene Berufe zu schaffen, die im ländlichen Raum benötigt und ausgeübt werden können. Es sei hier auf die Bereiche der Landwirtschaft, des Fremdenverkehrs, des Gewerbes und der Kleinindustrie verwiesen. Wissenschaft und Forschung benötigen sicher auch Spitzenkräfte. Diese Akademiker müssen aber zwangsläufig vom ländlichen Raum und im speziellen Fall von Südtirol abwandern: Die Versorgung des gesamten Landes und des ländlichen Raumes mit gut ausgebildeten Kräften muß in unseren Überlegungen aber Vorrang erhalten. Die Umstrukturierung der Gesellschaft, die politischen und wirtschaftlichen Organisationen (Gemeinde, Genossenschaften, Verbände) und das kulturelle Leben benötigen Führungskräfte mit guter Ausbildung. Für den Aufbau neuer Wirtschaftsbereiche und für den Ausbau der bestehenden sind gutausgebildete Fachkräfte vom Facharbeiter bis zum Akademiker dringend notwendig.

In der Land- und Forstwirtschaft dürfen Berufs- und Fachschulen nicht fehlen. Jeder Hoferbe sollte eine bäuerliche Fachschule, jedes Bauernmädchen die Haushaltungsschule besuchen. In Österreich kennen wir seit 10 Jahren auch in der Landwirtschaft die geregelte Berufsausbildung vom Lehrling zum Meister. Die Fachschule soll diese Ausbildung begleiten und darüber hinaus die Führungskräfte für das Dorf heranbilden.

Die Inhaber vieler Kleinbetriebe brauchen zur Existenzsicherung einen Zusatzerwerb. Wenn sie nicht die Hilfsarbeiter der Gesellschaft werden wollen, benötigen diese Arbeitskräfte eine zweifache Berufsausbildung.

Besonders für Industrie, Gewerbe und Fremdenverkehr sind in steigendem Maße Führungskräfte mit höherer schulischer Bildung notwendig. In den Bildungszentren ist eine stärkere Differenzierung der Ausbildungseinrichtungen möglich. In Südtirol besteht derzeit kaum eine reale Möglichkeit zur starken Spezialisierung. Eine generelle Ausbildung mit anschließenden Spezialkursen gibt jedoch einen sehr guten Ersatz und erleichtert sogar die berufliche Mobilität, die von der modernen Volkswirtschaft gefordert wird. Der Facharbeiter muß eine geregelte Berufsausbildung erhalten, wobei

Berufsschulpflicht bestehen soll. Der Fachschulbesuch kann diese Ausbildung intensivieren.

Die ländliche Bevölkerung darf in Zukunft nicht das Hilfsarbeiterreservoir für Europa und die Stadtregionen sein. Dies ist für die wirtschaftliche Entwicklung des ländl. Raumes von großer Bedeutung, weil die Hilfsarbeiter im modernen Wirtschaftsprozess nur mehr schwer einzugliedern sind. Die mangelnde Ausbildung würde zu einer Sozialkrise und zur Vernachlässigung des ländlichen Raumes führen. Dieses Beispiel gibt uns heute die USA.

Die Kosten des Schul- und Ausbildungswesens müssen von Staat, Land und Gemeinde gemeinsam getragen werden. Die finanzielle Überforderung finanzschwacher Landgemeinden ist zu vermeiden, indem der Staat die Mittel für die Lehrerbesoldung trägt und für den Ausbau und die Erhaltung der Schulen entsprechende Beihilfen leistet. Die Stipendien müssen gleichfalls vom Staat aufgebracht werden, wobei das Land die Möglichkeit erhalten soll, Härtefälle im eigenen Bereich zu unterstützen.

Die Erwachsenenbildung muß in Zukunft für eine ständige Weiterbildung Sorge tragen

Die rasche technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung erfordern den ständig gebildeten Menschen. In der Erwachsenenbildung leisten Bildungsheime, das Kath. Bildungswerk und die Volkshochschulen gute Dienste. In Tirol haben sich die Dorfbildungswochen sehr bewährt, weil dort oft 50 und mehr Prozent der erwachsenen Bevölkerung angesprochen werden können. Dadurch kann das Bildungsverständnis der Eltern für die Ausbildung ihrer Kinder gefördert werden. Das Dorf erhält geistige Anregungen; die zu gemeinsamer Tat Anlaß geben können.

Die Bildungspolitik braucht ein klares Konzept und Zeit. Uns allen ist die große Aufgabe gestellt, die besseren Bildungsvoraussetzungen für alle — auch für das abseits wohnende Landkind offen zu halten. Bildung heißt, die Probleme erkennen und sie mit den gegebenen materiellen und geistigen Mitteln zu lösen versuchen. Der heutige Mensch hat die große Aufgabe, den technologischen Fortschritt mit dem Naturgeschehen, mit der Tradition und den echten Werten der Heimat zu einer Harmonie zu verbinden, damit er auch in Zukunft Mensch sein kann. Der gebildete Mensch des ländlichen Raumes kann diese Symbiose leichter vollbringen.

Die Industrialisierung in Südtirol

Volker Wörl

Über die Notwendigkeit der Industrialisierung in Südtirol wurde in einem Arbeitskreis diskutiert. Da es dem Leiter des Arbeitskreises aus Zeitgründen nicht möglich war, die Ergebnisse kurz zusammenzufassen, bringen wir diesen Artikel Volker Wörls, der in der „Süddeutschen Zeitung“ erschienen ist.

Im Süden der alten Bischofsstadt Brixen ist, unmittelbar neben der Brennerstraße, wo vor zwei Jahren noch eine sumpfige Wiese lag, der größte Industriebetrieb Südtirols außerhalb von Bozen entstanden. Die **Durst AG, Fabrik phototechnischer Erzeugnisse**, beschäftigt in dem neuen, hochmodernen Werk etwa 450 Belegschaftsangehörige mit der Herstellung von Vergrößerungsapparaten, die sie als größter Produzent auf diesem Spezialmarkt in über hundert Länder exportiert. Entstanden ist dieses Unternehmen aus einer kleinen Werkstätte für feinmechanisch-optische Geräte, die die in Brixen ansässigen Gebrüder Durst 1933 mit finanzieller Hilfe der beiden Fabrikanten und Brüder Oberrauch aus Bozen gegründet hatten.

Der Aufstieg zu einem modernen Industriebetrieb begann allerdings erst vor etwa einem Jahrzehnt. In den Jahren 1955/56 beschäftigte die AG, deren Kapital ganz der Familie Oberrauch gehört, 110 bis 120 Beschäftigte. Der Umsatz betrug etwa 3 Mill. DM. Mit Zuwachsraten zwischen 20 und 25 Prozent hat sie eine Expansion hinter sich, die in den letzten Jahren den Bau des neuen Fabrikgebäudes erzwang. In den früheren Fabrikationsräumen, in einer ausgedienten Brauerei, arbeitet heute nur mehr die hundertprozentige Tochter **Alupress AG** mit etwa 40 Beschäftigten im Leichtmetallguß und Formenbau.

Für eine weitere Expansion ist auch die neue Fabrik gerüstet, in der etwa 10 Mill. DM investiert wurden. Überall ist Platz für neue Maschinen und Einrichtungen und ein etwa gleich großes Areal könnte zusätzlich mit einer zweiten Halle überbaut werden. Für den Verwaltungschef Dr. Ravanelli, einen 37jährigen Südtiroler, ist diese Entwicklung primär das Ergebnis einer gut beobachteten Marktentwicklung und einer qualifizierten Produktion („Wir sind gut und teuer“). Das Vertriebssystem ist straff organisiert — in jedem Land arbeitet eine einzige Verkaufsfirma, die zumeist den Großhandel beliefert. Nur in der Bundesrepublik ist die Brixner Firma durch eine Tochter, die Deutsche Durst GmbH, Hamburg, vertreten, in der sie die Kapitalmehrheit besitzt.

Was sagt eine bodenständige Firma zu den Bemühungen der Bozner Provinzialregierung um die Ansiedlung ausländischer Unternehmen in Südtirol? Ravanelli: „Es kann uns nur nützen, denn mit der wachsenden Industrialisierung wächst das dringend notwendige Potential an ausgebildeten Arbeitskräften.“ Die staatlichen und regionalen Förderungsmaßnahmen umfassen vor allem Steuervergünstigungen, verbilligte Industriekredite und behördliche Beiträge zur preiswerten Bereitstellung von Bauland.

Das bisher größte Experiment dieser Art hat vor etwa vier Jahren in Bruneck im Pustertal begonnen und gilt heute als geglückt. Mit deutschem und englischem Kapital hat sich hier die **Birfield Transmission SpA** angesiedelt. Sie gehört zu je 50 % der Walterscheidt KG, Lohmar/Westfalen, die einen Großteil des europäischen Marktes mit Gelenkwellen für landwirtschaftliche Fahrzeuge versorgt, und

der Birfield Ltd. in London. Das Werk beschäftigt zur Zeit rund 400 Leute, der Umsatz dürfte — ähnlich wie in Brixen — bei etwa 20 Mill. DM liegen. Eine Parallele zur Dürst AG ist auch das relativ engbegrenzte Programm. Rund 80 % der Produktion entfallen auf sogenannte „Kugelgelenklaufgelenke“, die in der Produktion von Personenautos gebraucht werden. Der Rest sind Gelenkwellen für die Landwirtschaft. Hauptkunden sind Italiens Autofirmen, rund 30 Prozent werden exportiert, der Großteil nach Frankreich. Ein aktueller technischer Modetrend in der Autofertigung kommt Birfield zugute — das wachsende Interesse am Frontantrieb vor allem bei den Mittelklassefahrzeugen.

Seit Ende 1966 ist der Betrieb voll ausgelastet. Der Markt würde sogar eine weitere Produktionsvergrößerung erlauben, aber die Gesellschafter wollen zunächst konsolidieren. Immerhin haben sie in Bruneck etwa 25 Mill. DM investiert. Die unternehmerischen Ziele sind zunächst einmal erreicht, erklärt Geschäftsführer Dr. Georg Tizzi. Daß die Gesellschafter einigermaßen zufrieden sind, kann man schon daraus schließen, daß sie in Bruneck bereits eine Tochter, und zwar mit amerikanischer Beteiligung die **Bound Brook SpA** gegründet haben. In der ersten Hälfte 1968 solle sie die Herstellung von Sinterlagern aufnehmen — vor allem als Zulieferer für italienische Haushaltsmaschinenproduzenten.

Nicht weit von Bruneck entfernt, in Mühlen im Tauferer Tal, beschäftigt die **Firma Elektrisola aus Eckenhagen bei Köln** mit der Fabrikation von Kupferisolierrahm heute etwa 60 Leute. Für bis zu 160 Männer hat die von einem bundesdeutschen Unternehmer gegründete **Marmorindustrie Grünig** mit dem Sitz in Sterzing auf ihren Steinbrüchen in Pfunders und im Eisacktal neue Arbeitsplätze geschaffen. Eine bescheidene bundesdeutsche Industrie-Enklave ist auch im oberen Vinschgau, zwischen Meran und Reschenpaß, entstanden. Die **Berliner Blusenfabrik Bohne & Co.** hat in Prad, am Beginn der Stiftsorchestraße, ein Zweigwerk errichtet, das zeitweise mehr als 100 Frauen beschäftigt.

Etwa gleich groß ist die nur wenige Kilometer entfernte aus Hessen stammende **Zaubeschlägefirma Hoppe** in Schluderns. Eine liechtensteinische Gründung ist die Firma **IVOCCLAR**, die in Naturns im Vinschgau von ungefähr 80 Leuten Zahnprothesen fabrizieren läßt. Was das Haus Bogner für die deutschen Skifahrer ist, könnte die von einem Schweizer Unternehmer in Vahrn bei Brixen gegründete **Skikosentfabrik Dolomiti** für die italienischen Wintersportler werden. Immerhin hat die Firma bereits die italienische Olympia-Skimmannschaft ausgerüstet.

Die während der letzten Jahre gegründeten Industriebetriebe beschäftigen in der Mehrzahl deutschsprachige Arbeitskräfte. Die Ansiedlung von Italienern in den Landgemeinden ist in den letzten Jahren zumeist über bescheidene Anfänge kaum hinausgekommen. Man hört sogar die Ansicht, mit der fortschreitenden Freizügigkeit in der EWG könnte eine rückläufige Bewegung eintreten, denn beispielsweise in der Bundesrepublik verdienen die Italiener zumeist weit besser als hier. Die italienischen Nettolöhne sind zwar noch immer die niedrigsten in der Gemeinschaft. Aber, betonen die Unternehmer, die gesamten Lohnlasten sind kaum niedriger als im Ausland, weil die Lohnnebenkosten etwa 90 % der ausbezahlten Löhne erreichen.

Zentrum der Südtiroler Industrie ist noch immer mit großem Abstand die **Bozener Industriezone**, die zwischen 1935 und 1940 primär aus politischen Gründen entstanden ist. Auf eine möglichst schnelle Italianisierung der Provinzhauptstadt bedacht, hatte das faschistische Regime damals hier einige Großbetriebe angesiedelt, die nach ökonomischen Standortfaktoren mitten im Hochgebirge nichts zu suchen haben. Heute arbeiten in dieser Industriezone an die 8000 Arbeitskräfte, darunter etwa 2500 in einem Zweigwerk der **Autofabrik Lanca**, rund 1600 in einem **Stahlwerk der Falck-Gruppe** aus Monza, etwa 750 in einem **Aluminiumwerk** und gut 400 im einzigen italienischen und zweitgrößten europäischen **Magnesiumwerk**.

Wohin mit der überschüssigen Landbevölkerung ?

Siegfried Deeg

Zunächst habe ich mich zu bedanken, und zwar zu bedanken dafür, daß Sie für Ihre diesjährige Tagung ein solches Gesamtthema gewählt haben. Es ist ein gutes Zeichen, glaube ich, für die akademische Jugend eines Landes, wenn sie sich mit den Problemen, die mit am brennendsten im Lande sind, intensiv befaßt. Deshalb gebührt Ihnen herzlicher Dank. Zum zweiten darf ich Sie bitten, daß Sie mein Referat sehr kritisch aufnehmen, denn ich habe die Weisheit bestimmt nicht gepachtet. Desweiteren darf ich Sie bitten, sich mit den Problemen intensiv zu befassen und in der Diskussion mich mit all den Fragen zu konfrontieren, in denen Sie gegenteiliger Meinung sind. Mein Beitrag wird sich ja im Rahmen dieses Referates nur darauf beschränken können, Ihnen Anregungen und Hinweise zu geben. Ihre Aufgabe wird es dann sein, sich damit auseinanderzusetzen, selbständig daran weiterzuarbeiten und die Probleme einer Lösung zuzuführen.

Bei den Vorbereitungen zu diesem Referat habe ich u. a. auch die Veröffentlichungen und Tagungsprotokolle des Südtiroler Wirtschafts- und Sozialinstitutes durchgesehen, soweit sie zugänglich waren. Dabei habe ich die Feststellung gemacht, daß die Probleme, mit denen wir uns jetzt zu beschäftigen haben, in der Theorie eigentlich bereits weitgehend gelöst sind. Aber leider sind sie oben nur in der Theorie gelöst und die Ergebnisse sind nicht in die Praxis umgesetzt worden. Deshalb ist meine letzte Bitte an Sie, engagieren Sie sich persönlich. Es nützt wenig, daß wir uns im akademischen Raum mit Problemen beschäftigen, wenn dann die Bereitschaft fehlt, in der Praxis die Probleme zu lösen. Wir brauchen, dringender denn je, das persönliche Engagement, d. h., sich selbst mit ganzer Kraft dafür einzusetzen, daß die Probleme, die ich als richtig und notwendig erkannt habe, daß diese Probleme unter meiner Mithilfe durch meinen persönlichen Einsatz auch gelöst werden.

Bitte bringen Sie die Energie und den Willen auf, sich nicht nur akademisch mit den Aufgaben und Problemen zu beschäftigen, son-

dern engagieren Sie sich dafür. Nur durch persönlichen Einsatz werden Aufgaben gemeistert und Probleme gelöst werden können.

Das Hauptproblem, mit dem wir uns jetzt zu beschäftigen haben, besteht darin, in den nächsten zehn Jahren ca. 50 000 Arbeitsplätze zu schaffen. Ich befinde mich mit dieser Zahl im Gegensatz zum Südtiroler Raumordnungsplan. In diesem Plan wird nur die Zahl von 33 000 Arbeitsplätzen genannt. Doch glaube ich, daß die Zahl von 50 000 neu zu schaffenden Arbeitsplätzen richtig ist. Wenn wir von dieser Zahl ausgehen, dann bedeutet dies, daß große Investitionen erforderlich sein werden. Für die Schaffung eines Arbeitsplatzes ist heute der Betrag von 3 - 4 Millionen Lire erforderlich. Bei 50 000 neu zu schaffenden Arbeitsplätzen heißt dies, daß Investitionen in einer Größenordnung zwischen 150 Milliarden und 200 Milliarden Lire erforderlich sein werden. Dies sind die Fakten, von denen wir auszugehen haben.

Bei der Erörterung dieser Aufgabenstellung, Beschaffung von ca. 50 000 Arbeitsplätzen und Investitionen von 150 - 200 Milliarden Lire, haben wir methodisch so zu arbeiten, daß wir zunächst den Gesamtüberblick über die Problemstellung sehen, uns dann den einzelnen Bereichen und Sparten zuwenden, in denen u. E. n. Möglichkeiten bestehen, Arbeitsplätze zu schaffen, und daß wir dann als letztes die Probleme nochmals zusammenfassen.

Südtirol befindet sich m. E. n. in derselben Situation wie z. B. Italien, die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Polen, um nur einige Vergleichsstaaten zu nennen. All den Genannten ist gemeinsam, daß die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Binnenwirtschaft nicht ausreichen, um allen Bürgern Arbeitsmöglichkeiten im eigenen Land zu geben. Die genannten Staaten sind deshalb darauf angewiesen, zu exportieren, und zwar zu exportieren in drei Bereichen: 1. in Gütern und Waren, 2. in Dienstleistungen, 3. im Wissen.

Auch Südtirol hat nicht die Möglichkeiten, seinen Menschen, die hier geboren sind und die hier ihr Heimatrecht haben, durch die Bra-

nenwirtschaft, d.h. den Wirtschaftsraum Südtirol, dem Markt Südtirol Erwerbsmöglichkeiten zu geben. Dafür ist dieser Wirtschaftsraum, dieser Markt, einfach zu klein. Südtirol muß deshalb auch exportieren, und zwar exportieren nach Möglichkeit in allen drei genannten Bereichen.

Damit aber eine exportintensive Wirtschaft aufgebaut werden kann, sollten m. E. n. auch einige Voraussetzungen hierfür geschaffen werden:

Von den zu schaffenden Voraussetzungen halte ich drei für dringend erforderlich: 1. die Schaffung eines **Marktforschungszentrums** mit den Schwerpunkten a) Markterkundung, b) Marktbeobachtung, c) Marktanalyse.

Die sehr verdienstvollen Bemühungen des Südtiroler Wirtschafts- und Sozialinstitutes reichen m. E. n. nicht aus, um dieses Zentrum ersetzen zu können. Die Wirtschaft eines Landes kann auf Dauer mit Erfolg nur exportieren, wenn sie über alle in Frage kommenden Märkte laufend informiert ist über Exportmöglichkeiten, Exportbedingungen und Verbraucherwünsche.

Zum zweiten halte ich die Gründung eines **landeseigenen Kreditinstitutes** für den Außenhandel für erforderlich aus mehreren Gründen.

Im Exportgeschäft sind heute sehr lange Zahlungsziele, teilweise von 10 und noch mehr Jahren üblich. Von einem Einzelunternehmen kann aber nicht erwartet werden, daß es in der Lage ist, eine Vorfinanzierung in diesem Ausmaße zu leisten. Es ist m. E. n. ein Kreditinstrument erforderlich, das in der Lage ist, langfristig Exportkredite bereitzustellen und zu gewähren.

Im Exportgeschäft, vor allem mit Entwicklungsländern und Ländern mit diktatorischem Regierungssystem, stecken hohe Risiken drinn. Ein Einzelunternehmen ist kaum in der Lage, diese Risiken aus eigener Kraft zu tragen. Es bedarf einer Risiko-Versicherung. Träger dieser Risiko-Versicherung zu sein, wäre m. E. n. die zweite Aufgabe des Außenhandels-Institutes. Schließlich bahnt sich im Exportgeschäft neuerdings die Kooperation an, d. h., das Unternehmen, das auf Dauer in ein Land exportiert, ist bestrebt, sich an einem Unternehmen dieses betreffenden Landes zu beteiligen, zu beteiligen aus verschiedenen Gründen und in mannigfachen Formen. Weitere Ausführungen hierzu überschreiten den Rahmen meines Referates. Dritte Aufgabe des Außenhandelsinstitutes wäre es m. E. n., Kooperationsmöglichkeiten zu erkunden, vorzubereiten und bei der Verwirklichung des Vorhabens zu beraten und zu unterstützen.

Als dritte Voraussetzung für eine Exportwirtschaft halte ich die Gründung einer **Wirtschaftsförderungsgesellschaft** für erforderlich. Die Gründung dieser Gesellschaft ist nicht nur für Exportzwecke, sondern für die Ankurbelung und Inganghaltung der Wirtschaft eines Landes dringend erforderlich. Den gesamten Aufgabenbereich dieser Wirtschaftsförderungsgesellschaft darzulegen, überschreitet wiederum den Rahmen meines Referates.

Im Rahmen des Exportsektors wären m. E. n. die Aufgaben dieser Gesellschaft:

1. der Betrieb von Wirtschaftsbüros in den Wirtschaftszentren der einzelnen Länder und Staaten und bei den überstaatlichen Zusammenschlüssen;
2. die Beschickung der wichtigsten Wirtschaftsausstellungen und Messen;
3. Organisationshilfe bei der Binnen-Kooperation Südtiroler Unternehmen für Exportzwecke.

Die Südtiroler Unternehmen sind, von einigen Ausnahmen abgesehen, zu klein, um überall durch Vertretungen präsent zu sein. Dieses Präsentsein, die Information und die Akquisition, d. h. die Aufträge hereinzuholen wäre die erste Aufgabe des Wirtschaftsbüros der Wirtschaftsförderungsgesellschaft.

Die Südtiroler Unternehmen sind m. E. n. in ihrer großen Mehrzahl auch zu klein, um jedes für sich die Kosten aufzubringen, um bei den maßgeblichen Wirtschaftsausstellungen und Messen vertreten zu sein. Ein erheblicher Teil der Geschäfte wird aber bei solchen Wirtschaftsveranstaltungen getätigt. Der Gemeinschaftsstand der Wirtschaftsförderungsgesellschaft könnte hier die Lösung bieten.

Die Südtiroler Wirtschaft hat viele kleine Betriebe. Um Aufträge, vor allem im Exportgeschäft, übernehmen zu können, bedarf es aber bestimmter Produktionskapazitäten. Es ist zu überlegen, ob sich nicht kleinere Unternehmen für die Durchführung eines größeren Auftrages oder von Auftragsserien zusammenschließen, d. h. kooperieren, sei es in der Form der Arbeitsgemeinschaft, oder anderer Formen, um diese Aufträge zu erhalten. Dabei mit Rat und Tat zur Seite zu stehen,

wäre die dritte Aufgabe auf dem Exportsektor für die Wirtschaftsförderungsgesellschaft.

Für die Bereitstellung der erforderlichen Arbeitsplätze bedarf es desweiteren eines klar durchdachten Strukturprogrammes, eines Strukturprogrammes in der Form der Programmierung. Das Problem der Programmierung wird teilweise skeptisch betrachtet. Ohne Programmierung geht es aber m. E. n. nicht. Die entscheidende Frage ist nur, wie programmiert wird, d. h. eine Programmierung, die Eigeninitiative und Eigenverantwortung beläßt oder eine Programmierung, die Eigeninitiative und Eigenverantwortung abwürgt durch Befehl und Gleichschaltung. Es ist keine Frage, daß es demnach einer Programmierung bedarf, die soviel als möglich Eigenverantwortung und Eigeninitiative beläßt und nur wenn unbedingt erforderlich mit Befehl und Zwang arbeitet.

Die Programmierung sollte einschließen: 1. ein Arbeitsbeschaffungsprogramm; 2. ein Investitionsprogramm; 3. einen Finanzierungsplan; 4. die Raumordnung.

Die Wirtschaft benötigt heute den Fachmann. Die Zeit des Ungelernten ist vorbei. In der Südtiroler Wirtschaft fehlen zur Zeit ca. 800 qualifizierte Arbeitnehmer. Sehr viele ungelernete Arbeitnehmer dagegen sind unterbeschäftigt oder haben keine Arbeitsmöglichkeit in Südtirol. Der beruflichen Aus-, Weiter- und Höherbildung sollte im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogrammes der gebührende Platz eingeräumt werden.

Eine moderne Wirtschaft braucht moderne Führungsmittel. Elektronik, Kybernetik und Datenverarbeitung sind genau so erforderlich wie die Aus-, Weiter- und Höherbildung der Führungskräfte, vor allem in Fragen der Unternehmensführung.

Die Wirtschaft braucht auch die Krisenfestigkeit des einzelnen Arbeitnehmers. Die Krisenfestigkeit des Arbeitnehmers hat m. E. n. drei Grundlagen:

1. den eigenen Arbeitsplatz, d. h. Sparguthaben und Wertpapiereigentum in der Größenordnung von ca. 3 Millionen Lira;
2. das eigene Heim (Eigenheim oder Eigenwohnung);
3. den eigenen Garten mit einer Fläche von mindestens 10 ar.

Weitere Ausführungen zu diesen drei Punkten sind infolge Zeitmangel leider nicht möglich. Abschließend ist aber noch zu sagen, daß es wiederum der Instrumente bedarf, die die Voraussetzungen für die Krisenfestigkeit des Arbeitnehmers schaffen. Diese Instrumente sind:

1. Eine Investment-Gesellschaft;
2. Eine Bausparkasse;
3. Eine soziale Gesetzgebung, die für die Bereitstellung von billigem Bauland und billigem Land für Gartennutzung die rechtlichen Grundlagen schafft.

Im zweiten Teil des Referates soll in aller Kürze, stichwortartig, auf die einzelnen Bereiche der Südtiroler Wirtschaft eingegangen werden. Dabei möchte ich zu Beginn auf zwei Tatbestände eingehen, die mir aufgefallen sind. Die Südtiroler Lodenfabrikation bezieht die Wolle von außerhalb Südtirols und die Südtiroler Säfte-Industrie verarbeitet kein Südtiroler Obst. Sollte es nicht möglich werden, Südtiroler Wolle zu verwenden und Südtiroler Obst zu verarbeiten? Ich glaube, hier wäre der erste Schritt zu tun.

Die zweite Aufgabe besteht m. E. n. in der Lösung des **Bergbauernproblems**.

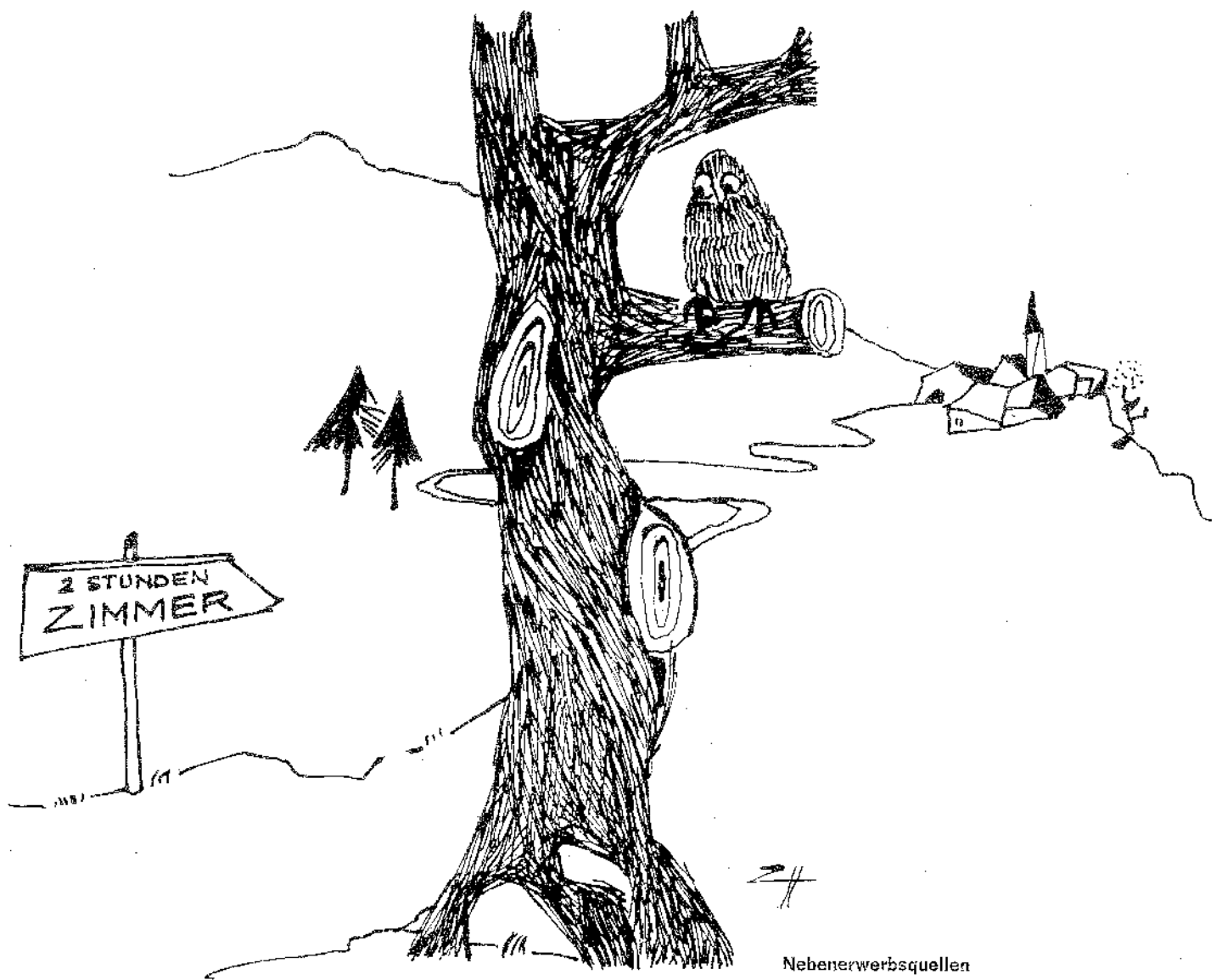
Auch hierzu nur das Notwendigste. Der einzelne Hof und das Bergbauerntum in seiner Gesamtheit sind m. E. n. nur unter folgenden Voraussetzungen zu halten:

1. Bereitstellung von Wasser, Weg- und Strom;
2. Sicherheit durch Wildbach- und Lawinen-Vorbauung;
3. Wirtschaftliche Sicherung durch Nebenerwerb in Form von:
 - a) Sonderkulturen (z. B. Beeren, Früchte, Nüsse, Heilpflanzen);
 - b) Sonderzucht (z. B. Bienen, Kurkulschafe, Haflinger, Geflügel);
 - c) Waldarbeit, Wegebau, Wildbachverbauung, gewerbliche Nebenbeschäftigung;
4. Lösung der Schulfrage (programmierter Unterricht), der ärztlichen Versorgung und der Informationsmöglichkeiten;
5. Fremdenverkehr (Ferien auf dem Bergbauernhof).

Mit dieser Feststellung, Ferien auf dem Bergbauernhof, möchte ich zum dritten Komplex, der Frage des Fremdenverkehrs, übergehen.

Eine weitere Intensivierung des **Fremdenverkehrs**, ja sogar der bisher erreichte Stand, läßt sich m. E. n. bei der jetzigen Struktur dieses Wirtschaftszweiges nicht halten, und zwar wiederum aus drei Gründen. Diese Gründe sind m. E. n.:

1. Die Konkurrenz: eine Flugreise nach Mallorca z. B. kostet heute von der Bundesrepublik Deutschland aus einschließlich 14 Tage



Nebenerwerbsquellen

Vollpension 50 000—70 000 Lire. Der gleiche Aufenthalt in Südtirol einschließlich Fahrt kostet mindestens 60 000 Lire. Durch Umstellung von der Eisenbahn auf den Omnibus könnte eine Senkung der Fahrtkosten von ca. 10 000 Lire erreicht werden. Bei einer Senkung der Pauschalpreise um ca. 10—15 % könnte somit ein vierzehntägiger Aufenthalt einschließlich Fahrt und Vollpension um 45 000 Lire angeboten werden. Die Konkurrenzlage wäre damit erheblich verbessert.

Eine gezielte Werbung für einzelne, bestimmte Gruppen ist ebenfalls m. E. n. für die Zukunft unerlässlich, z. B. Familienferien, Altenferien, Urlaub auf dem Bergbauernhof, Urlaub mit Pfiff (für die junge Generation). Dabei denke ich auch besonders an die Aktion „kinderfreundliches Dorf“ in Nord- und Ost-Tirol mit der Bereitstellung von Ferienkindergärten, einschließlich Personal, Kinderkurse, z. B. Schwimmkurs, Skikurs, Wanderkurs usw. und an die Aktion Kinderteller (verbilligte Pensionspreise und eigene Gerichte für Kinder, z. B. in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen).

Auch die Altersschicht zwischen 18 und 30 Jahren will besonders angesprochen sein, und zwar mit Attraktionen, z. B. Segelschule, Reitkurs, Bergsteigkurs, Geselligkeit, Skikurs, Skizirkus usw.

Eine weitere Möglichkeit bietet sich in der Ausweitung der Saison auf 6—9 Monate jährlich. Sonderangebote in der Vor- und Nachsaison für ältere Personen, für die junge Generation, für Ehepaare ohne oder mit noch nicht schulpflichtigen Kindern sollten überlegt und gemacht werden. Bei Ausschöpfung der genannten und noch zu benennender Möglichkeiten sollte m. E. n. der bestehende Marktanteil zu halten und auch noch bis ca. 10 % auszuweiten sein.

Chancen für eine zehnpromtente Zuwachsrates hat auch die Südtiroler Bauwirtschaft. Sie wird zweifelsohne durch den Nachholbedarf, den Wirtschaftsaufschwung und durch gezielte Aktionen, z. B.

Zuschüsse für Renovierung usw. profitieren. Größere Zuwachsrates ergeben sich m. E. n. auch in den Bereichen des graphischen Gewerbes, des Kunstgewerbes und im öffentlichen Dienst. Auch der Fahrzeugbau hat bei einer Spezialisierung, z. B. Containerbau u. ä., mehr Auffassung nach gute Entwicklungsmöglichkeiten.

Die Südtiroler Wirtschaft insgesamt und das einzelne Unternehmen wird m. E. n. aber auch zu überprüfen haben, welche Möglichkeiten in Zukunft bestehen werden. Dabei ist davon auszugehen, daß Südtirol kein Land der Großbetriebe werden wird, sondern seiner Struktur nach einerseits das Land der Kleinbetriebe bleiben und andererseits das Land der Mittelbetriebe werden wird. Das Optimum der Unternehmensstruktur dürfte für Mittelbetriebe einerseits zwischen 40—50 andererseits zwischen 300—400 Beschäftigten, jeweils als Obergrenze liegen. Das einzelne Unternehmen sollte sich in dieser Situation aber auch im Klaren sein, daß Unternehmen dieser Größenordnung auf die Dauer nur Chancen haben werden durch Spezialisierung in irgendeiner Form z. B. Kücheneinrichtungen, Stühle, Schulmöbel, Klimaanlage, Krankenhausbedarf usw. Einzelne Unternehmen haben dies auch schon mit großem Erfolg erkannt, z. B. die Firma Euroklima (Schmidhammer) in Bruneck und die Firma Euroform in Sand in Taufers, um nur zwei zu nennen.

Eine weitere Möglichkeit für Unternehmen könnte in der Kooperation liegen. Bei der Behandlung des Exportproblems habe ich dazu schon einiges gesagt. Ergänzend wäre nur hinzuzufügen, daß dabei die Rechtsform von der Arbeitsgemeinschaft bis zum Verbundunternehmen reichen könnte und daß diese Kooperation mit innerstaatlichen, mit EWG-, mit EFTA-Unternehmen und mit Unternehmen außerhalb dieser Bereiche, z. B. in Südamerika, in Afrika, dabei besonders Südafrika, in Australien und in Asien denkbar wäre.

Die dritte Möglichkeit ist durch die Aufstockung der Südtiroler

Unternehmer gegeben. Aufstockung in der Form, daß das Unternehmen, das heute fünf oder zehn Beschäftigte hat, in ca. 10 Jahren zwanzig bis fünfzig Arbeitnehmer beschäftigt. Dabei dürfte es wiederum Aufgabe der Wirtschaftspolitik des Landes sein, über die Wirtschaftsförderungsgesellschaft in Fragen der Produktionsplanung, der Finanzierung, der Investitionen und bei der Aus- und Weiterbildung der Betriebsleiter und der Mitarbeiter mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Die wesentlichste Aufgabe wird dabei immer wieder sein, darauf hinzuweisen, daß einzelne Projekte nur durchgezogen werden können, wenn ein größeres Wirtschaftsvolumen dahintersteht, sowohl was Personal, als auch Kapital und Maschinen betrifft. Viele Südtiroler Unternehmen werden als Einzelunternehmen eine Reihe von Aufträgen niemals erlangen können, weil sie ihrer Struktur nach zu klein sind, um am Markt bestehen zu können. Wenn sie sich aber, wie bereits mehrfach erwähnt, für einzelne Aufträge und Projekte kooptieren, entstehen Marktchancen, die in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen sind.

Für die Wirtschaft Südtirols und für ihre künftigen Partner ist die laufende Information sehr wichtig, sei es durch Veröffentlichungen in den Blättern der jeweiligen Industrie- und Handelskammern, eventuell durch ein Einlegeblatt, sei es durch eigene Publikationen von Fall zu Fall, sei es laufend durch einen Südtiroler Wirtschaftsdienst.

Es bedarf auch m. E. n. eines einführenden Informationsblattes für alle Interessenten, die mit Südtirol Wirtschaftsverbindungen aufnehmen wollen. Dieser Informationsdienst sollte m. E. n. zumindest folgende Daten enthalten: Rechtsverhältnisse, klimatische Lage, Verwaltungsdaten, Orientierung über die Steuerprobleme, Arbeitsmarktlage, Infrastruktur, Wasser- und Stromversorgung sowie andere Energiequellen, Versorgungseinrichtungen, Erholungsmöglichkeiten, Schulmöglichkeiten, die Zentralfunktionen, z. B. Behördensitz, Frage der Lohnsätze, Sozialeinrichtungen und die Bedingungen für eine Gewerbesiedlung.

Es bedarf auch noch der Klärung der Frage der Berufstitel, z. B. der Meistertitel, der Krankenpflegediplome, des Technikers und Ingenieurs. Die Prüfungen, die eine Person in Österreich, Deutschland, der Schweiz usw. ablegt, sollten auch in Italien anerkannt werden. Meinetwegen mit einer Zusatzprüfung in Recht und wenn erforderlich in Steuerfragen.

Es besteht zwar ein Studientitelabkommen für die akademischen Berufe. Dieses Abkommen bedarf gewiß einer Ergänzung, aber es ist doch ein Ansatzpunkt. Alles, was aber außerhalb des akademischen Bereiches liegt, ist ungeklärt. Es sind 12 000—15 000 Südtiroler als Heimatferne außerhalb des Landes. Wenn die Volksgruppe will, daß diese Menschen zurückkehren, ich glaube, sie wird es wollen, dann ist auch ein Weg zu finden, daß die draußen erworbenen Berechtigungen und Titel in der Heimat anerkannt und auch finanziell honoriert werden. Das ist wiederum nur möglich, wenn diese Titel und Berechtigungen gesetzlich anerkannt sind. Diese Frage bedarf unser aller Einsatz.

Die Anerkennung dieser Berechtigungen und Titel ist aber auch noch aus einem anderen Grund erforderlich. Südtirol braucht auch Unternehmen, die auf dem Weltmarkt die Zukunft für sich haben werden, z. B. Unternehmen der Datenverarbeitung oder deren Zulieferung, der Elektrotechnik und Elektroindustrie, sei es Elektrowerkzeuge, seien es Elektromaschinen. Vor allem im Hinblick auf die Entwicklungsländer bahnt sich hier ein ganz großer Bedarf an. Das spezialisierte Mittelbetriebsunternehmen hat hier große Marktchancen.

Der ganze Bereich der Kunststoffe, hier auch in Verbindung mit der Holzverarbeitenden Industrie; der große Bereich der Nahrungsmittelverarbeitung und schließlich der weite Bereich der Feinmechanik. Alle diese Branchen, von ein oder zwei Ausnahmen; z. B.

Fa. Durst, abgesehen, machen heute noch einen Ausbildungsgang außerhalb Südtirols erforderlich. Unternehmen dieser Branchen, die mit die Zukunft für sich haben werden, auch für Klein- und Mittelbetriebe, können also nur aufgebaut werden, wenn der Südtiroler Nachwuchs im Lande anerkannt werden kann und anerkannt werden wird.

Zum Schluß dieser Einzelbetrachtungen von Problemen lassen Sie mich noch eine Tatsache erwähnen, die für die Wirtschaft des Landes auch in Zukunft von großer Bedeutung sein wird, die Stromfrage. Südtirol ist heute und wohl auch in Zukunft der Stromlieferant von fast ganz Oberitalien. Südtirol zahlt aber beinahe die höchsten Strompreise von ganz Italien, obwohl dem Lande hier gewisse Rechte zustehen, die m. E. n. nur nicht entsprechend wahrgenommen werden. Der Strompreis ist in einem Land, das fast keine anderen Energiequellen besitzt der grundlegende Faktor für die Produktion neben den Arbeitskräften. Es sollte deshalb klar sein, daß die Frage der Stromkosten einer ganz energischen Überprüfung bedarf, um sachgerecht produzieren zu können. Billige Energiekosten sind ein großer Anreiz für wirtschaftliche Investitionen.

Ich darf zusammenfassen: Wir sind von der Problemstellung ausgegangen. Beschaffung von Arbeitsplätzen für ca. 50 000 Südtirolerinnen und Südtiroler und den damit verbundenen Kapitalaufwand von 150—200 Milliarden Liro für Investitionen. Wir haben uns überlegt, in welchen Branchen und Zweigen Beschäftigungsmöglichkeiten sind und haben dabei vor allem auch die Wichtigkeit des Exports, des Exports in Gütern und Waren, im Dienstleistungssektor und in der Wissensvermittlung unterstrichen. Wir haben dabei auch überlegt, welcher Anstrengungen es bedarf, einen Exportmarkt aufzubauen. Anstrengungen, die zur Bildung eines Marktforschungszentrums führen sollten, einer Außenhandelsbank und einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft und damit verbunden die Errichtung von Wirtschaftsbüros in allen Wirtschaftszentren. Wir haben erwähnt, daß es auch des Einsatzes bedarf zur Sicherung der Krisenfestigkeit des Arbeitnehmers, vor allem auch der Förderung zum Erwerb eines eigenen Heimes, eines Gartens und zum Kapitalbesitz in der Größenordnung der Investitionssumme für seinen Arbeitsplatz. Wir haben uns weiter überlegt das Problem zur Sicherung des Bergbauerntums, das Problem der Umstellung des Fremdenverkehrs durch Rationalisierung und Einführung neuer Werbemethoden. Wir haben uns überlegt, daß die Chancen der Südtiroler Unternehmen am Markt nur gegeben sind, wenn die Möglichkeiten der Kooperation, der Spezialisierung und der Information ausgeschöpft werden. Wir haben auch gesehen, daß neue Schwerpunkte zu setzen sind, vor allem in den Wirtschaftszweigen Datenverarbeitung und deren Zulieferung, in der Elektrotechnik und der Elektroindustrie, in der Feinmechanik, in der Holz- und Nahrungsmittelverarbeitung und im Kunststoffbereich. Wir haben auch die Notwendigkeit erkannt, dafür mitverantwortlich zu sein, daß neben den Studientiteln auch die Berufstitel anerkannt werden, damit die zukunftsorientierten Wirtschaftszweige in Südtirol bestehen können. Und wir haben auch erkannt, welche Bedeutung den Energiequellen zukommt. Wir haben gesehen, daß Südtirol weitgehend auf den Strom als Energiequelle angewiesen ist, und daß es hier noch großer Anstrengungen bedarf, um die Rechte wahren zu können, die Südtirol als Stromlieferant besitzt.

Die Wirtschaft lebt von den Aufträgen. Wichtigstes Ziel der Wirtschaftspolitik sollte es sein, die Voraussetzungen für die Erlangung von Aufträgen zu schaffen, die Instrumente für die Wirtschaft bereitzustellen und die Institutionen zu gründen, die erforderlich sind, um die Wirtschaft des Landes in ausreichendem Maße zu entwickeln. Eine gesunde Wirtschaft gibt soziale Sicherheit. Soziale Sicherheit schafft Gerechtigkeit. Gerechtigkeit bringt Frieden. Der Mensch gerade auch in Südtirol bedarf dieses Friedens in Freiheit, Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit. Zur Erreichung dieses Zieles hat ihm die Wirtschaft des Landes zu dienen.

Der Aufbau des Berufsschulwesens

Dr. Karl Kuppelwieser

Ist das Thema, das man mir zusammen mit Herrn Stationschef Dipl.-Ing. Golsner aus Wien gestellt hat. Ich werde nun versuchen, in einem Kurzreferat die wichtigsten Etappen im Auf- und Ausbau des Berufsschulwesens in Südtirol aufzuzeigen.

Zunächst, was verstehen wir unter „Berufsschulwesen“?

In einem kurzen **geschichtlichen** Rückblick möchte ich zunächst berichten, wie es in der Vergangenheit mit der Berufsausbildung unserer arbeitenden Jugend in Südtirol stand.

Vor dem Ersten Weltkrieg, als Südtirol noch zu Österreich gehörte, genöß der Lehrling neben der praktischen Ausbildung im Betrieb auch eine theoretische Ausbildung in der Schule. Eine ausgezeichnete Handels-, Handwerks- und Wirtschaftsordnung sorgte für eine gediegene und gesunde praktische und theoretische Ausbildung des gesamten Nachwuchses, wodurch eine gesunde Entwicklung des Handwerks- und Kaufmannsstandes gewährleistet war.

Nach dem 1. Weltkrieg, als Südtirol zu Italien kam, wurden all diese für die Wirtschaft sehr segensreichen gesetzlichen Verordnungen und Vorschriften außer Kraft gesetzt. So wurde bei der Eröffnung eines Betriebes keinerlei Befähigungsnachweis verlangt, jeder konnte frei ein Handels- oder Handwerksunternehmen gründen, ohne eine entsprechende Berufsausbildung nachweisen zu müssen, und konnte auch Lehrlinge aufnehmen. Natürlich waren unter diesen Umständen nicht alle sogenannten Meister bzw. Lehrherren in der Lage, ihrem Lehrling eine gediegene Ausbildung zu vermitteln, wo sie doch selber zumindest zum Teil eine solche nicht genossen hatten. Im Jahre 1948 wurde unsere Landesregierung eingesetzt, und sie betrachtete es als eine der vordringlichsten Aufgaben, auf dem Gebiete des Handels- und Handwerks wieder Ordnung zu schaffen und die inzwischen um sich gegriffenen Mißstände möglichst bald wieder zu beseitigen. Unabhängige Voraussetzung dazu war die gründliche Ausbildung der arbeitenden Jugend, also des Nachwuchses. So wurden im Jahre 1949-50 die ersten Berufsschulkurse für Lehrlinge eingeführt, zunächst noch in Form von 4monatigen Abendkursen während der Wintermonate. Im Jahre 1951/52 wurden an verschiedenen Orten neben Abendkursen Halbtagskurse abgehalten und ab 1953/54 wurde der Berufsschulunterricht in Tageskursen erteilt. Es waren dies bescheidene Anfänge, denn zu einem geregelten Ausbildungs- und Erziehungswesen auf diesem Gebiete fehlten noch die nötigen Voraussetzungen bes. gesetzlicher, aber auch geistiger und materieller Natur. So bestand für den Lehrling noch keinerlei Verpflichtung zum Besuch der Berufsschule, und auch der Lehrherr war nicht gehalten, seinen Lehrling zum Unterricht zu schicken. Die Einstellung der Lehrherren dieser Neuerung gegenüber war zunächst nicht gerade die günstigste und dies konnte natürlich nur negativ auf den Lehrling abfärben.

Im Jahre 1955 wurde das Landesgesetz Nr. 3 über die Berufsausbildung der Lehrlinge des Handels, Handwerks und der Industrie, kurz Berufsschulgesetz genannt, erlassen. In diesem Gesetz sind u. a. Bestimmungen über Programme, Prüfungen, Finanzierung, Lehreranstellung usw. enthalten und der Art. 10 besagt, daß alle Lehrlinge während ihrer Lehrzeit **verpflichtet** sind, die Berufsschule zu besuchen. Somit war die Berufsschule zu einer für den Lehrling berufsbegleitenden Einrichtung geworden, wo er neben seiner normalen praktischen Ausbildung in der Werkstatt auch einige wichtige theoretische Anleitungen bekommt und somit die praktische Lehre durch den theoretischen Unterricht zu einem harmonischen Ganzen geformt wird.

Damit diese Ziele verwirklicht werden konnten, waren grundlegende Voraussetzungen erforderlich, so die Beschaffung von Schulräumen und Schulwerkstätten und zweckmäßige Einrichtung derselben. Erstellung von geeigneten Lehrprogrammen, Anschaffung des erforderlichen Lehr- und Lernmaterials — das für diesen Schultyp besonders wichtig ist — und nicht zuletzt die Heran- und Weiterbildung eines fähigen Lehrkörpers.

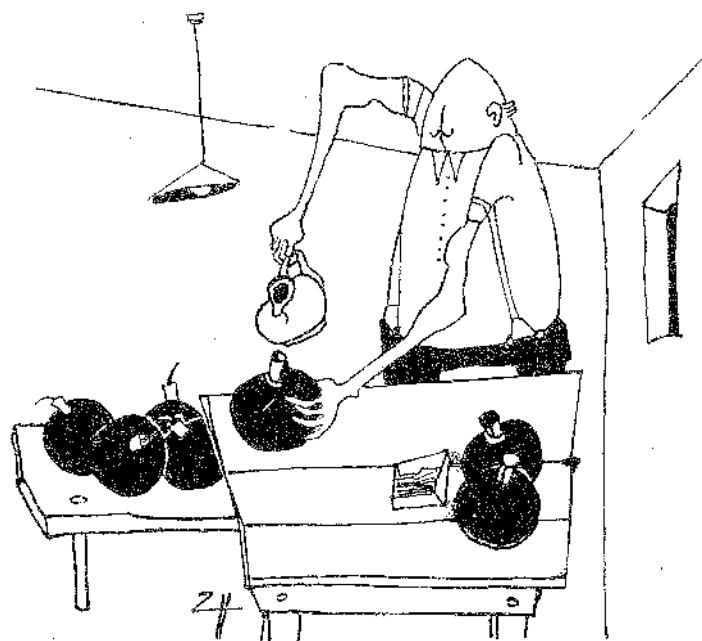
Was die Schulraumfrage betrifft, so können wir heute sagen, daß wir im großen und ganzen über dem Berg sind und zum Teil sehr schöne und funktionelle Schulgebäude haben, so z. B. in Bruneck, Meran und Schlanders, wenn auch die Gebäude in Bozen und Brixen einiges zu wünschen übriglassen, da sie entweder als Mehrzweckbau, bzw. aus alten Gebäuden umgebaut worden sind.

Eigene Berufsschulgebäude wurden errichtet:

in Bozen	1954 (mit Messe)
in Meran	1962
in Bruneck	1963
in Schlanders	1965

Da in der Berufsschule für die Gewerbelehrlinge neben theoretischem auch praktischer Unterricht erteilt wird, war es notwendig, geeignete Lehrwerkstätten einzurichten, und zwar bestehen solche heute in den Berufsschulen Bozen, Meran und Bruneck, während die Lehrlinge von Schlanders zum praktischen Unterricht nach Meran und die Lehrlinge von Brixen nach Bozen fahren. Infolge der verhältnismäßig geringen Schülerzahl an den beiden vorgenannten Schulen stand es nicht dafür, eigene Lehrwerkstätten einzurichten. Es ist wohl einleuchtend, daß die Einrichtung einer solchen Lehrwerkstätte sehr teuer zu stehen kommt, da es sich dabei um teure Präzisionsmaschinen, wie Drehbänke, Fräsen, Bohrmaschinen, verschiedene Holzverarbeitungsmaschinen mit den dazu gehörigen Werkzeugen usw. handelt. Aber auch hier sind wir heute auf einem Stand angelangt, mit dem wir zufrieden sein können. Natürlich fehlt das eine und andere, aber das ist schon allein durch den raschen Wandel der Mechanisierung und Wirtschaftsstruktur im allgemeinen bedingt, und andererseits können einfach nicht jedes Jahr soviel Mittel bereitgestellt werden, als eben erforderlich wären.

Eine weitere wesentliche Aufgabe war die Erstellung von Lehrplänen. Jeder Schulmann weiß, daß das gesteckte Unterrichtsziel in den verschiedenen Schulen und von den einzelnen Lehrern ohne



Heimindustrie

einen Lehrplan nicht erreicht werden kann. Dem Lehrer muß ein Leitfaden in die Hand gegeben werden, an dem er sich halten kann. Es muß in der Abwicklung des Unterrichtes — was den Lehrstoff betrifft — eine Einheitlichkeit geschaffen werden und jeder Lehrer ist froh und dankbar, wenn er ein richtunggebendes Hilfsmittel bei sich hat. Nachdem wir aber auf dem Gebiete des Berufsschulwesens Neulinge waren, leuchtet wohl jedem ein, daß die Abfassung dieser Lehrpläne mit Schwierigkeiten verbunden war, zumal sowohl im Handel als auch im Gewerbe für jede Fachklasse ein eigenes Programm erstellt werden mußte. Viel Zeit und viel Mühe hat diese Arbeit gekostet, doch heute sind diese Programme für sämtliche Berufe da und sind auch schon ein — oder zweimal überarbeitet und den neuesten Anforderungen angepaßt worden.

Der Unterricht an den Berufsschulen kann nicht anschaulich genug gestaltet werden, wird er doch vor jungen Menschen abgewickelt, die mit der Theorie wenig zu tun haben, dafür aber mehr an praktisches Arbeiten gewöhnt sind.

Um anschaulich unterrichten zu können, braucht es nicht nur eine gute Methode, sondern es sind dazu auch gute Anschauungs- und Lehrmittel erforderlich, die ebenfalls einem ständigen Wechsel und Wandel unterworfen sind und deshalb immer wieder erneuert und ergänzt werden müssen, was natürlich auch mit entsprechenden Ausgaben verbunden ist.

Viel schwieriger als die Schulraum- und Lehrmittelfrage war die Lehrkräftefrage zu lösen. War und ist der Lehrernachwuchs, besonders für die Mittel- und höheren Schulen, ein ernstes Sorgenkind unserer Schulbehörde, so war auf dem Gebiet des Berufsschulwesens überhaupt kein Lehrerbestand da, nachdem es diesen Schultyp bisher nicht gegeben hat und folglich auch keine Ausbildungsmöglichkeiten vorhanden waren. Die kaufmännischen Berufsschulen schnitten dabei etwas besser ab, da man für den Unterricht der kaufmännischen Fächer doch zu den Rationierten greifen und für die übrigen Fächer entweder Volksschullehrer oder Leute aus der Wirtschaft verwenden konnte. Viel schlimmer daran waren aber die gewerblichen Berufsschulen. Hier konnte man nicht umhin, sowohl für den theoretischen als auch für den praktischen Unterricht Handwerker heranzuziehen, die im Laufe der Jahre sowohl im Ausland als auch in entsprechenden Schulungskursen bei uns systematisch aus- und fortgebildet wurden und noch immer werden. Es muß zugegeben werden, daß aus einigen dieser Leute gute Lehrer geworden sind, die ihrem Ausbildungs- und auch Erziehungsauftrag voll gerecht werden.

Übrigens hatte man in den ersten Jahren des Aufbaues des Berufsschulwesens in Deutschland und Österreich mit genau denselben Problemen und Schwierigkeiten zu kämpfen. Was bei uns aber auch weiterhin schwer ins Gewicht fallen wird, ist das Fehlen berufspädagogischer Ausbildungseinrichtungen; denn ist eine gute pädagogische und methodische Vorbildung des Lehrers für alle Schultypen von unschätzbarem Werte, so ist dies eine unerläßliche Voraussetzung für die Berufsschule.

Zuletzt möchte ich noch auf eine Schwierigkeit hinweisen, mit der man beim Aufbau unseres Berufsschulwesens zu kämpfen hatte, und das war die Erfassung der Lehrlinge. Durch das Fehlen jeder Ordnung und Regelung auf dem Gebiete des Gewerbes und Handels wurde notgedrungen auch das Berufsethos sehr in Mitleidenschaft gezogen, und Hauptziel so manchen Unternehmers war nicht die Leistung, sondern das Geldverdienen, und es ist klar, daß ein solcher Unternehmer keine große Begeisterung an den Tag legt, wenn seine Lehrlinge oder Lehrlinge einen Tag in der Woche im Betrieb fehlen, wenn sie auch in der Berufsschule Wertvolles und Nützliches für ihr späteres Berufsleben, was letztlich auch dem Betrieb zugute kommt, erlernen können. Dieser passive Widerstand seitens eines zunächst nicht unbedeutenden Unternehmerkreises mußte allmählich überwunden werden, was oft viel Mühe, Zeit und auch Unannehmlichkeiten mit sich brachte. Heute ist auch dieses Problem zum größten Teil gelöst, wenn es auch hier und da noch Reibereien gibt.

Somit habe ich nun in großen Zügen einen kurzen Überblick über den Anfang und den langsamen Auf- und Ausbau des Berufsschulwesens gegeben. Es sei mir nun gestattet, kurz den heutigen Stand zu beleuchten:

Berufsschulen für Lehrlinge bestehen heute in:

a) Bozen für Handel und Gewerbe, wobei hier auf Grund des größten Einzugsgebietes auch die meisten Fachklassen gebildet werden konnten, und somit eine stärkere Spezialisierung im Unterricht möglich ist. So werden z. B. im Gewerbe Fachklassen für folgende Berufe geführt: Tischler, Maler, Maurer, Zimmerer, Schneider, Tapezierer, Elektriker, Hydrauliker, Radiotechniker, Schlosser, Schmiede, Automechaniker, Autoelektriker, Spongler, Metallarbeiter, Friseur und Graphiker, die auch wiederum in verschiedenen Gruppen unterteilt sind.

Im Handel gibt es Fachklassen für Textil, Leder, Papier, Lebensmittel, Gemischtwaren, Eisen- und Glaswaren, Drogisten, Apotheker, Parfümerie, Büro, Bäcker, Konditoren und Metzger und dazu eine Klasse für gemischte Gruppen.

Weiters gibt es in Bozen eine Berufsschule für Gastgewerbelehrlinge, und zwar eingeteilt in: Servierer, Köche, Baristen, Kellner und Sekretärinnen.

Weiters bestehen Berufsschulen

- in Meran für Handel und Gewerbe
- in Bruneck für Handel und Gewerbe
- in Brixen für Handel und Gewerbe
- in Schlanders für Handel und Gewerbe

Auch in diesen Schulen werden jeweils Fachklassen geführt, jedoch ist hier die Spezialisierung nicht in diesem Maße möglich wie eben in Bozen. Um den Unterricht möglichst in Fachklassen zu gewährleisten, werden die Lehrlinge auch aus mehreren Schulpräparaten oder aber aus dem ganzen Land an einem Schulort zusammengezogen, so z. B. kommen die Friseure aus dem Eisack- und Pustertal nach Bozen, während die aus dem Vinschgau, Passajer-, Uiental, den Unterricht in Meran besuchen. Einige Berufsgruppen wie z. B. Tapezierer, Radiotechniker, Graphiker, Apotheker, Drogisten, Gastgewerbelehrlinge u. a. m. kommen vom ganzen Land nach Bozen. Im allgemeinen besucht der Lehrling einen Tag (8 Stunden) pro Woche die Berufsschule, es gibt aber auch Berufszweige, die wegen saisonbedingter Arbeiten in Turnussen von 8 bis 10 Wochen ihre Berufsschulpflicht erfüllen. Wir sind inzwischen zur Überzeugung gekommen, daß beim Turnusbetrieb größere Erfolge sowohl im Unterricht als auch in erzieherischer Hinsicht erzielt werden, als beim Eintagsunterricht, jedoch läßt sich die Umstellung nicht so schnell und leicht verwirklichen, da hierfür noch verschiedene Voraussetzungen geschaffen werden müssen, z. B. Heime, Vereinbarung mit Arbeitgeberverbänden usw.

Nach Absolvierung der 3jährigen Berufsschulpflicht legen die Lehrlinge vor einer Kommission die Gesellenprüfung, die aus einem praktischen und aus einem theoretischen Teil besteht, ab. Diese Prüfung ist die unerläßliche Voraussetzung zur Eröffnung eines Betriebes.

Nun zur Schülerzahl:

Im vergangenen Schuljahr 1966/67 haben

1.821	Gewerbelehrlinge
1.056	Handelslehrlinge und
429	Gastgewerbelehrlinge
3.306	die Berufsschule besucht.

Dazu ist zu sagen, daß eine starke Zunahme der Gastgewerbelehrlinge, ebenfalls eine Zunahme der Handelslehrlinge, jedoch ein Rückgang der Gewerbelehrlinge zu verzeichnen ist. Mit genauen Statistiken möchte ich sie hier nicht betätigen, sie liegen im Inspektorat für das Berufsschulwesen auf.

Eine Neuerung in der Ausbildung der arbeitenden Jugend bilden die sogenannten Berufsfachkurse. Es handelt sich dabei um eine sogenannte Vollzeitschule, die 8 Monate dauert und sich über 2 bis 3 Jahre erstreckt. Dabei wird dem Lehrling die Grundausbildung zur Gänze — sowohl in theoretischer als auch in praktischer Hinsicht — voll und ganz in der Berufsschule erteilt. Vorteil dieser Schulung ist, daß der junge Mensch eine umfassendere Grundausbildung, als dies im Betrieb möglich ist, bekommt und sich bei eventuellen wirtschaftlichen und technischen notwendig gewordenen Umstellungen besser zurechtfindet bzw. für Umschulungen besser vorbereitet ist.

Dazu kommen noch die Erwachsenenurse, die von der Landesverwaltung selbst und von verschiedenen Organisationen abgehalten werden, und den Zweck haben, ungelernete Arbeiter für einen Beruf anzulernen. Solche Kurse gibt es eine ganze Reihe und für die verschiedensten Berufszweige.

Lehrer

Heute unterrichten an der Berufsschule

45	hauptamtliche
25	hauptberufliche und
107	nebenberufliche Lehrer
177	

hauptamtlich: zwar noch nicht in der Stammrolle, aber doch fix angestellte Lehrer;

hauptberuflich: mit vollem Lehrauftrag und ganzjährig angestellt; nebenberuflich: mit einigen Stunden und einem anderen Hauptberuf.

Um die Lehrer und auch das nichtunterrichtende Personal in ein sicheres und festes Anstellungsverhältnis zu bringen, wurde das Landesgesetz Nr. 15 vom 4. September 1964 und die Abänderung dazu mit Gesetz Nr. 4 vom 25.3.1966 erlassen. Die Durchführung des ersten Wettbewerbes ist zur Zeit im Gange und es ist zu hoffen, daß die erste Gruppe — die 45 hauptamtlichen Lehrer — mit Beginn des kommenden Schuljahres in die Stammrolle aufgenommen werden kann.

Schluß

In meinen Ausführungen habe ich versucht, die bisher geleistete Arbeit auf dem Gebiete der Berufsausbildung in Südtirol aufzuzeigen, Sie mit den verschiedenen Problemen bekannt zu machen, und Ihnen zuletzt den heutigen Stand — also das bisher Erreichte — auf-

zeige. Zweifellos sind im Laufe der Jahre große Fortschritte erzielt worden, und man hat nach und nach auch in Unternehmerkreisen eingeschaut, daß der Betrieb nicht mehr in der Lage ist, die Ausbildung des Nachwuchses zu gewährleisten. Aber auch der junge Mensch — der Lehrling — der an und für sich dem Schulbetrieb abgeneigt ist, hat selbst erkannt, daß er in der Berufsschule Dinge lernt, die für sein Berufsleben von großer Wichtigkeit sind, und die ihm, weder der Meister noch die Eltern noch irgend jemand anderer vermitteln können. Aber das ist nicht das allein Ausschlaggebende einer Schulung, sondern jede Schule, auch die Berufsschule, hat den ihr erteilten Erziehungsauftrag zu erfüllen. Es muß das Berufsethos geweckt und die Berufszüchtung gefördert werden. Der junge Werkürige muß erkennen, daß der Beruf nicht nur eine als Erwerbsmittel fungierende mechanische Arbeit — eine see'lose Verrichtung ist — sondern eine sinnvolle Lebensleistung, eine spezialisierte Arbeit, die seinem Interesse, seinen Fähigkeiten, seinen Kräften und seinem persönlichen Wesen entspricht und zugleich ein sicheres,

Inhaltsreiches, geachtetes und materiell ausreichend entlohntes Dasein gewährleistet. Nur so kann der Beruf Dienst an der Gemeinschaft sein. Der Beruf muß recht geübt und recht verstanden werden. Es müssen wohl Rechnen, Zeichnen, Waren- und Fachkunde und andere Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt werden, aber zum rechten Üben gehört auch das rechte Miteinandearbeiten, das Arbeiten in der Arbeitsgemeinschaft, indem man beim Arbeiten lernt, sich ohne planende Absicht einzufügen, sich gegenseitig zu helfen, erlernt man Tugenden, die letztlich auch den tüchtigen Menschen und Bürger kennzeichnen: Fleiß, Gehorsam, Selbstbeherrschung, Hilfsbereitschaft, Gerechtigkeit.

So werden beim Arbeiten in der Arbeitsgemeinschaft der Schule Verhaltensweisen geübt, die von einem vollwertigen Mitglied der Gemeinschaft erwartet werden. Die rechte Ausübung der Arbeit hat auch zugleich Bildung und erzeugt Tugenden, die die Gemeinschaft tragen.

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Südtiroler Landesregierung (Forumsdiskussion)

Dr. Peter Brugger

Aus der Forumsdiskussion über die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Südtiroler Landesregierung bringen wir aus Raumgründen nur das Hauptreferat Dr. Peter Bruggers.

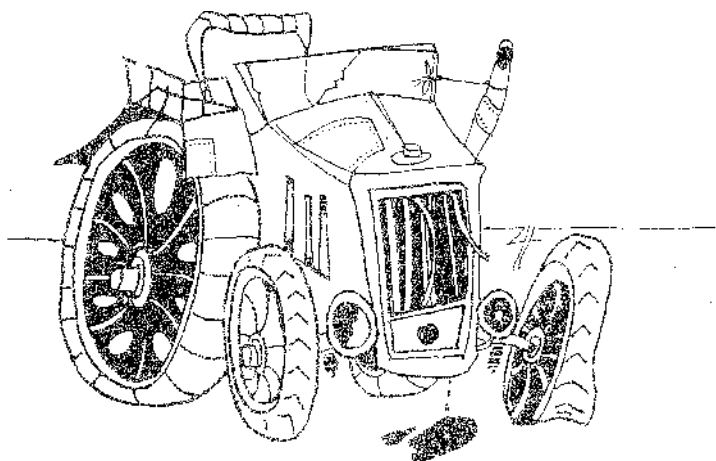
Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich mich bei den Verantwortlichen der 11. Studientagung der Südtiroler Hochschülerschaft dafür bedanken, daß im Tagungsprogramm zum Thema „Südtirol im Wandel“ eine recht gründliche Überprüfung der Rolle der Landwirtschaft im Wandel der Zeiten stattgefunden hat.

So wurden die Voraussetzungen geschaffen, um aus dem gegenseitigen Einfluß zwischen Landwirtschaft und den anderen Erwerbszweigen Schlüsse ziehen zu können, aus denen dann Anregungen entstehen sollen für landwirtschaftliche und soziale Lenkungsmaßnahmen zu einer besseren Gestaltung der sozialen Verhältnisse auf der Grundlage einer zeitgemäßen wirtschaftlichen Entwicklung in unserer Heimat.

Der Wohlstand einer Gemeinschaft, der sich in gesunden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen äußert, kann nicht von oben herab gegeben werden oder von außen her kommen, sondern er richtet sich nach der Tüchtigkeit und dem Leistungswillen der einzelnen Mitglieder dieser Gemeinschaft. Von oben herab sollen die Initiativen der einzelnen lediglich so gelenkt werden, daß sich diese nicht gegenläufig entfalten, um die Dynamik einer organischen Entwicklung nicht zu hemmen. Ebenso muß der sogenannte soziale Fortschritt Hand in Hand mit der wirtschaftlichen Entwicklung gehen. Ein Gemeinwesen kann auf die Dauer nicht bestehen, wenn höhere soziale Leistungen gefordert und oft auch eingeräumt werden, als die Wirtschaftslage im Gemeinwesen zuläßt. In dieser Hinsicht werden heutzutage von den Vertretern der unselbständigen Erwerbstätigen nicht selten Fehler begangen, indem sie Forderungen vertreten und auch durchsetzen, wozu die wirtschaftlichen Voraussetzungen im Gemeinwesen nicht gegeben sind. Im Zuge der Anstrengung neuer und besserer sozialer Verhältnisse ziehen sie dabei nicht selten Vergleiche mit anderen Gemeinschaften, in denen auf Grund besserer wirtschaftlicher Voraussetzungen auch bessere soziale Zustände möglich sind und tatsächlich bestehen. Auf die Dauer gesehen, kann auch die Einräumung bester sozialer Vorkehrungen unsozial werden, wenn diese nicht durch entsprechende Voraussetzungen in der Wirtschaft eines Gemeinwesens verwirklicht werden können. Man kann also nicht in einem wirtschaftlich unterentwickelten Lande dieselben sozialen Forderungen stellen wie in einem wirtschaftlich hochentwickelten.

Aus der Erkenntnis, daß der Mensch sich die gesunden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in einer Gemeinschaft selbst gestaltet, indem er die Möglichkeiten, die ihm die Urwelt bietet, nach besten Kräften ausnutzt, werden in unserem Lande große Opfer gebracht, um in erster Linie zeitgemäße Ausbildungs- und Ertüch-

tigungsmöglichkeiten für unsere Jugend zu schaffen. Gleichzeitig lauten die Bemühungen, den Willen in unserer Bevölkerung zur Ertüchtigung und besseren Leistung zu stärken. Eine unserer wesentlichsten Aufgaben auch in der kommenden Zeit muß darin bestehen, gegen die allzu traditionelle Südtiroler Gemütlichkeit anzukämpfen und immer mehr den Willen zu wecken, aus eigener Kraft und durch eigene Tüchtigkeit der einzelnen bessere Erfolge wirtschaftlicher Natur zu erzielen. Wenn wir weiterkommen wollen, müssen wir immer mehr dazu übergehen, dem tüchtigen Südtiroler die Bahnen zu ebnen, eine echte Bürgerverantwortung nicht nur auf dem politischen, sondern auch auf dem wirtschaftlichen und sozialen Gebiete durch ständige Pflege zu stärken und die Hilfeleistungen der öffentlichen Hand an Untüchtige und aus eigenem Verschulden Unfähige auf ein Mindestmaß zu beschränken. Es ist nicht ein Zeichen der Widerstandskraft eines Volkes, wenn eine geradezu erschreckend große Zahl an Bürgern statt zu überlagern, wie man sich selbst helfen kann, ständig die öffentliche Hand oder charitative Einrichtungen im In- und Auslande um Hilfeleistungen angeht. Es ist auch kein gutes Zeichen, wenn ein recht großer Teil unserer Südtiroler bestens Bescheid weiß über alle möglichen Wohltätigkeitseinrichtungen, wo man auf Bettelwegen ohne Arbeitsaufwand persönliche Hilfeleistungen haben kann, während die Möglichkeiten zur Ertüchtigung und zum Arbeitsinsatz, welche die eigene Heimat bietet, für viele oft recht uninteressant zu sein scheinen. Wenn wir Südtiroler von unseren Nachbarn geschätzt und geachtet sein wollen, müssen wir den Beweis unserer Tüchtigkeit und unseres Willens zur Selbsterhaltung durch Schaffung besserer Verhältnisse in unserer Heimat



Der Genossenschaftstraktor

aus eigener Kraft helfen und dürfen nicht den Eindruck erwecken, daß wir beginnen, zu trägen Almosenempfängern herabzusinken. Doch wird jener Mensch und wird auch jene Gemeinschaft geschätzt und geachtet, die seine unverschuldete Notlage mit Würde trägt und in sich die Kräfte entfaltet, diese Notlage selbst zu mindern und durch vorübergehende Opfer zu beheben.

Nach diesen allgemeinen Erwägungen wird man von mir erwarten, daß ich einen Längsschnitt über die wirtschaftlich soziale Entwicklung in Südtirol unter Zugrundelegung der Verhältnisse in der Landwirtschaft gebe, um daraus einige Folgerungen für die Zukunft auf dem Wege zu einer zeitgemäßen Wirtschafts- und Sozialpolitik abzuleiten.

Wenn man die Entwicklung der modernen Industriestaaten zurückverfolgt und die Entstehungsphase der Industrie näher analysiert, kommt man zu dem Ergebnis, daß sich die Industrie hauptsächlich aus dem Handwerk entwickelt hat. Im 18. Jahrhundert gab es in Europa nur Agrarländer. Das Handwerk stand damals fast noch ausschließlich im Dienste der Landwirtschaft. Durch eigene Normen wurde dafür gesorgt, daß innerhalb des Handwerkes nicht Preisunterbietungen für handwerkliche Erzeugnisse vorkamen. Im übrigen erzeugte der Handwerker zumeist auf Bestellung. Die Industrie begann in dem Zeitpunkt, als das Handwerk dazu überging, nicht mehr nur auf Bestellung, sondern auch für den Markt zu erzeugen. Weil das Handwerk zum Großteil für die Landwirtschaft produzierte, hat eigentlich die Landwirtschaft ursprünglich das Investitionskapital für die Industrie über das Handwerk geliefert. Man kann also mit Fug und Recht behaupten, daß eigentlich die Landwirtschaft das ursprüngliche Investitionskapital zur Umbildung der Agrarstaaten zu Industriestaaten liefern mußte. Der Fremdenverkehr, der besonders für unser Land ein außerordentlich wichtiger, aber sehr riskanter Wirtschaftszweig ist, hat sich erst entwickelt, als der entscheidende Umwandlungsprozeß von der Agrargesellschaft in die Industriegesellschaft vollzogen war.

Im Laufe der Entwicklung hat sich gezeigt, daß in normalen Zeiten die Rentabilitätsquote der Industrie viel höher ist als jene der Landwirtschaft. Dafür übernahm die Landwirtschaft die Zufuhr neuer, unverbrauchter Arbeitskräfte an die Industrie. Außerdem stellt die Landwirtschaft für die Industrie eine ganz wesentliche Verbraucher-kategorie von Industrieprodukten dar, die als solche immer mehr an Bedeutung gewinnt, je rationeller die Landwirtschaft betrieben wird. Diese Wechselwirkung zwischen Landwirtschaft und Industrie wurde umso bedeutungsvoller, je mehr man auch in der Landwirtschaft dazu übergehen mußte, nicht mehr für Eigenversorgung, sondern wie die Industrie, für den Markt zu produzieren. Für die Industrie gilt seit eh und je der Grundsatz, mit möglichst wenig Kostenaufwand immer mehr zu produzieren. Die Absatzmärkte für die Industrie wurden durch den Ausbau der Transport- und Verkehrsmöglichkeiten immer mehr erschlossen, während besonders für die bergbäuerliche Landwirtschaft die Verbindung mit dem Weltmarkt zu einem großen Nachteil erwuchs, denn durch die Erleichterung und die Verbilligung der Transporte wurde der lokale Markt mit landwirtschaftlichen Produkten aus Gegenden beschickt, in denen die natürlichen Voraussetzungen für eine billigere Erzeugung bestehen. Weil in der Landwirtschaft die Bodenbeschaffenheit, Bodengestaltung, das Klima, die Niederschläge und andere natürliche Voraussetzungen von sehr großer Bedeutung sind, liegen die Erzeugungskosten für dasselbe Produkt bei gleicher Betriebsorganisation auf den besseren Böden und in klimatisch günstigeren Gebieten niedriger als in den Gebieten mit ungünstigeren natürlichen Gegebenheiten. Wird nun das Angebot dieses Produktes am Markt sehr groß, stellt sich der Preis so ein, daß er für die ungünstigeren Erzeugungsgebiete nicht mehr kostendeckend wird, während die Erzeugungskosten in den günstigeren Gebieten noch beträchtlich unter dem Marktpreis liegen. So scheidet also die Konkurrenz am Markt rücksichtslos jene Erzeuger aus, die mit zu hohen Produktionskosten erzeugen. Die Bergbauern und die Kleinbauern sind in diesem Konkurrenzkampf am Markt die Schwächsten und müßten theoretisch in der freien Marktwirtschaft als erste ausscheiden. Dieser Schrumpungsprozeß durch Auffassung ungünstig gelegener Bergbauernbetriebe und gewisser ungünstig gestalteter Kleinbauernbetriebe ist in den Industriestaaten bereits seit mehreren Jahren im Gange. Auch in Südtirol werden wir dieser Entwicklung nicht ausweichen können. Wenn wir von der Tatsache ausgehen, daß heute sowohl in der Industrie wie in der Landwirtschaft die Produktion vom Kunden am Absatzmarkte bestimmt wird, ist noch ein weiterer Vergleich zwischen Industrie und Landwirtschaft angebracht, denn

beide Wirtschaftszweige, Industrie und Landwirtschaft, erzeugen materielle Güter, zum Unterschied von jenen Wirtschaftszweigen, welche Dienste leisten. Die Industrie erzeugt Güter im Bereiche der leblosen, die Landwirtschaft im Bereiche der lebenden Natur. Die leblose Natur läßt sich über die Technik viel umfassender und einschneidender vom Menschen beeinflussen als die lebende Natur. Die Gesetze des Lebens schränken die Beeinflussungsmöglichkeiten durch die Technik ein. Somit sind die ursprünglichen Voraussetzungen für die Produktionsweise in der Landwirtschaft bereits ungünstiger als für die Industrie. Besonders aber wirkt sich der Nachteil der Landwirtschaft gegenüber der Industrie am Markte aus. Während die Industrie bei Absatzschwierigkeiten ihre unverderblichen Erzeugnisse ohne besondere Schwierigkeiten lagern kann, verderben die landwirtschaftlichen Produkte bei längerer Lagerung, und sind auch die Lagerungsproben für eine kurze Zeitdauer viel höher als für Industrieprodukte. Dazu kommt, daß für Industrieprodukte bei entsprechender Absatzwerbung die Grenze für den Absatz allein in der Kaufkraft des Verbrauchers liegt, während für landwirtschaftliche Verbrauchsprodukte die Grenze nicht nur durch die Kaufkraft, sondern auch durch die Aufnahmefähigkeit des Verbrauchers bestimmt wird. Diese Grenze wird von agrarwirtschaftlichen Sachverständigen mit dem „Gesetz der vollen Mägen“ bezeichnet. Damit ist zu erklären, daß in den Ländern mit hoher Kaufkraft der Verbraucher ein ständiges Überangebot an landwirtschaftlichen Produkten mit all den Nachteilen für die Preisbildung besteht, weil dort nicht nur die Kaufkraft, sondern auch die Verbrauchsfähigkeit die Grenze für den Absatz bildet, während in Ländern, in denen die Kaufkraft der Verbraucher nicht da ist, begrifflicherweise kein Angebot an landwirtschaftlichen Produkten besteht, weil diese von vorne herein wegen mangelnder Kaufkraft der Verbraucher nicht abgesetzt werden können. Dies ist eine der Erklärungen, weshalb es auf der Erde Gebiete gibt, in denen landwirtschaftliche Erzeugnisse vernichtet werden müssen, um den Preis zu halten, während auf der anderen Seite in vielen Ländern noch Menschen verhungern trotz besten Funktionierens der Transportmöglichkeiten. Eines aber steht fest. Wenn sich auf der Erde alle Menschen die notwendigen Nahrungsmittel kaufen könnten, wäre der Bedarf an landwirtschaftlichen Produkten so groß, daß sich auch die Landwirtschaft in den abgelegenen Berghöfen noch rentieren würde. Doch ist es sehr unwahrscheinlich, daß sich dieser Zustand auf der Erde in absehbarer Zeit einstellt. Immerhin hat man vorausberechnet, daß die Produktionssteigerung der Landwirtschaft nicht Schritt halten kann mit dem Wachstum der Erdbevölkerung, weshalb es verfrüht wäre, wenn man die heutige Lage der Landwirtschaft als endgültig pessimistisch beurteilen würde und dazu überginge, die Bergbauern und die Kleinbauern zur Auflösung ihrer Betriebe aufzufordern. Eine solche Maßnahme wäre besonders in unserem Lande, das wegen seiner natürlichen Schönheiten ein Anziehungspunkt für Feriengäste und Erholungsbedürftige ist, unverantwortlich, weil durch die Auflösung der Landwirtschaft im Berggebiete auch der Fremdenverkehr rückläufig werden müßte, wie dies Beispiele aus Frankreich, und zwar im Rhonetal ganz augenfällig beweisen, wo man glaubte, den Fremdenverkehr auf Kosten der Landwirtschaft ausbauen und fördern zu können. Gerade in unserem Lande ist der Bauer in erster Linie der Pfleger der Natur und der Schützer des Landschaftsbildes nicht zuletzt im Dienste des Fremdenverkehrs. Der Bergbauer hat in unserem Lande dazu noch eine besondere Aufgabe im öffentlichen Interesse zu erfüllen, indem er durch sein Verbleiben im Berggebiete und durch seine Wirtschaftsweise auch dafür mitwirkt, daß die Talsohle und die dort sich befindlichen Baulungszentren anderer Wirtschaftszweige möglichst vor Unwelterkatastrophen verschont bleiben.

Aus all diesen Gründen können die Vertreter der Bauern in Südtirol wohl das Recht ableiten, daß die öffentliche Hand über die von rentablen Wirtschaftszweigen abgeschöpften Steuergelder gerade den Bergbauern einen teilweisen Ausgleich vermittelt. Doch muß dabei verhindert werden, daß in unserem Lande die Landwirtschaft zu einer rein sozialen Angelegenheit herabgemindert wird oder gar, daß man die Bergbauern zu Staatsrentnern macht. Viel mehr müssen unsere Bauern dazu angehalten werden, selbst ihre wirtschaftliche Sicherstellung anzustreben und auszubauen. Auch deshalb hat sich die Landesverwaltung im Rahmen ihres Zuständigkeitsbereiches entschlossen, in erster Linie die Möglichkeiten zu einer gediegenen Berufsausbildung und Ertüchtigung für unsere Jungbauern zu schaffen und den Bauern die Bedeutung der Berufsertüchtigung vor Augen zu führen. Die Hilfeleistung der öffentlichen



Flurbereinigung

Hand, soweit sie die Landesregierung beeinflussen kann, soll vornehmlich den tüchtigen Bauern zukommen, die Gewähr dafür bieten, daß sie dann von selbst weiterkommen, sowie jenen, die unverschuldet in Not geraten sind. Das Verhalten der Landesregierung könnte mit Recht als unsozial und unwirtschaftlich bemängelt werden, würde sie mit öffentlichen Mitteln auf die Dauer jene Bauern stützen, die aus eigenem Verschulden nicht im Stande sind, ihr Eigentum an Grund und Boden so auszuüben, wie es die zeitgemäßen Erfordernisse gebieten. Es wurden Einrichtungen geschaffen, damit auch jener Bauer sich kostenlos Rat und Belehrung geben lassen kann, der bei Entscheidungen, die er in seiner wirtschaftsweise treffen muß, zweifelt. Doch darf die Beratung und Betreuung unserer Bauern durch öffentliche Einrichtungen nicht soweit gehen, daß ihnen die Verantwortung für die Ausübung ihres Eigentumsrechtes genommen wird. Die Erhaltung des bäuerlichen Eigentums an Grund und Boden muß das Bestreben unserer Landesregierung bleiben, doch darf nicht gefördert werden, daß jener das Eigentum behält, der nicht imstande ist, es den Erfordernissen der heutigen Zeit entsprechend auszuüben.

Unter diesem Blickfelde ist es auch zu verstehen, daß die Landesregierung neben der Schulung und Ertüchtigung der Jungbauern die Bildung und Erhaltung bäuerlicher Familienbetriebe mit den ihr verfügbaren Möglichkeiten anstrebt. Die rechtliche Voraussetzung hierzu ist durch das Höfegesetz gegeben.

Man kann heute sicherlich nicht mehr behaupten, daß alle als geschlossene Höfe eingetragenen Bauernbetriebe als Familienbetriebe bezeichnet werden können.

Andererseits gibt es in unserem Lande, besonders im Obst- und Weinbaugebiete, bäuerliche Betriebe, welche Familienbetriebe sind, jedoch in ihrem Bestande für die Zukunft noch keine rechtliche Absicherung haben, weil sie noch nicht als geschlossene Höfe erklärt und eingetragen wurden. Unter bäuerlichem Familienbetrieb verste-

hen wir das, was in anderen Ländern mit „bäuerlichem Vollerwerbsbetrieb“ bezeichnet wird, nämlich einen Betrieb, der im Eigentum des Bauern steht und aus dem zwei Arbeitskräfte bei entsprechend rationeller Wirtschaftsweise imstande sind, einen solchen Ertrag zu erzielen, daß mit diesem die Erhaltungs- und Ausbildungskosten der bäuerlichen Familie abgedeckt werden können. Als Arbeitskräfte sind im Betriebe der Bauer tätig und dessen Sohn, der bei Ausscheiden des Bauern als Arbeitskraft den Betrieb übernehmen soll. Der Mangel im Arbeitsinsatz wegen zu großer Jugend der einen oder zu hohem Alter der anderen Arbeitskraft, muß von der Bäuerin ausgeglichen werden. Über das Flächenmaß eines solchen Familienbetriebes können keine klaren Angaben gemacht werden. Auch ein recht kleiner Betrieb kann ein Familienbetrieb sein, wenn er entsprechend rationell und intensiv bewirtschaftet wird. Als Faustzahlen können angegeben werden für Familienbetriebe im Obst- und Weinbaugebiet 2—3 ha Intensivkulturen, im Berggebiete 7—15 ha Grünland. Im Berggebiete kommt es ganz besonders auf die Frischlieferung der Betriebe durch Güterwege an. Überhaupt sind die Erschließung und die Flurbereinigung in unserem Lande die Grundvoraussetzung für eine rationelle Wirtschaftsweise in der Zukunft. Den Erfordernissen der sozialen Marktwirtschaft entsprechend müssen die rationell bewirtschafteten Familienbetriebe zum Zweck gemeinsamen Einsatzes von technischen Hilfsmitteln (Maschinenringe) und zur gemeinsamen Verarbeitung und Lagerung der Produkte in Genossenschaften zusammengeschlossen werden. Gleichartige Genossenschaften ersten Grades müssen zu Genossenschaften zweiten Grades zusammengeschlossen werden, um den Absatzmarkt regelmäßig beliefern zu können, um ein konzentriertes Angebot am Markte zu erreichen, um Marktforschung und die erforderliche Werbung für den Absatz zu betreiben. In unserem Lande hinkt die Entwicklung der Genossenschaften zum gemeinsamen Einsatz von Maschinen und Arbeitsleistung sehr der Entwicklung der Genossen-

schaften zur gemeinsamen Verarbeitung und Lagerung landwirtschaftlicher Produkte nach. Der Zusammenschluß der Genossenschaften ersten Grades zu Genossenschaften zweiten Grades ist in unserem Lande wohl erfolgt, doch treten die Nachteile der für die heutigen Verhältnisse bereits nicht mehr in allem zeitgemäßen Wirkungsweise der Genossenschaften I. Grades zu Tage, denn es bestehen sehr große Schwierigkeiten im Bestreben, die Genossenschaften zweiten Grades ihren Aufgaben in der einheitlichen Marktlieferung, Marktforschung und Werbung zuzuführen. Die Südtiroler Landesregierung ist von der Region mit der Förderung des Genossenschaftswesens delegiert. Sie ist bestrebt, den genossenschaftlichen Organisationen zweiten Grades behilflich zu sein, daß sie ihren zeitgemäßen Aufgaben nachgehen können, doch bestehen keine Möglichkeiten einschneidender Eingriffe, weil es sich bei Genossenschaften ja um freie bäuerliche Organisationen handelt. Eine Monopolstellung der Genossenschaften soll nicht angestrebt werden, sondern ein Gleichgewicht im Einsatz der Genossenschaften am Absatzmarkte mit dem freien Handel, weil in diesem Wettbewerbe doch der größere Vorteil für den Erzeuger und den Verbraucher liegt als im Monopol einer einzigen Absatzorganisation.

Auch bei der besten Rationalisierung der Landwirtschaftsbetriebe und deren überbetrieblichen Zusammenfassung wird es nicht möglich sein, in der Landwirtschaft die Einkommensparität mit der Industrie oder mit den anderen Wirtschaftszweigen zu erreichen, außer vorübergehend bei bestimmten Spezialerzeugnissen. Die Farmerbetriebe in Amerika müssen auch mit öffentlichen Mitteln gestützt werden, von der Rentabilität der Landwirtschaft in den Kolchosen ganz zu schweigen. Während in der Industrie das Einkommen einer Arbeitskraft dazu ausreicht, eine Familie zu erhalten, müssen wir in der Landwirtschaft den Familienbetrieb mit zwei Arbeitskräften anstreben, wie bereits erwähnt worden ist.

So ergeben sich ganz von selbst die Fragen, ob es sich überhaupt noch lohnt, die Landwirtschaft als Wirtschaftszweig zu fördern, und ob es in Zukunft noch Menschen geben wird, die sich in der Landwirtschaft betätigen werden. Ich bin der Überzeugung, daß trotz der verschiedenen negativen Seiten der Landwirtschaft in der wirtschaftlichen Auseinandersetzung mit den anderen Wirtschaftszweigen ein gesundes, modernes Bauertum seine Existenzberechtigung hat und erhalten werden kann. Es wird in der Zukunft auch noch tüchtige Menschen geben, für welche das Einkommen in Geld nicht das Maß aller Dinge und der Güter Höchstes ist, sondern die auch mit anderen Werten rechnen, welche das niedrigere Einkommen auszugleichen imstande sind.

Vor allem müßte dafür gesorgt werden, daß durch systematische Betreuung der bäuerlichen Jugend ein vernünftiges Verhalten gegenüber den durch stete Werbung immer neu geweckten Bedürfnissen besonders der Vergnügungsindustrie vermittelt wird. Dadurch könnte verhindert werden, daß unüberlegte Ausgaben für wertlose Dinge das Arbeitseinkommen abschöpfen und so schließlich die Unzufriedenheit genährt wird. Der zeitgemäße Bauer wird sicherlich mehr arbeiten müssen als sein Vorgänger und wird einen ungeregelten Arbeitseinsatz haben. Doch wird dem Bauern nicht von einem Arbeitgeber oder von der Maschine im Industriebetriebe die Arbeitszeit und die Arbeitsintensität vorgeschrieben. Der Bauer hat noch die Freiheit, sich seinen Arbeitseinsatz selbst zu planen und einzuteilen. So viel ist von der Freiheit und Unabhängigkeit der Bauern aus der Zeit der Selbstversorgung noch übrig geblieben. Bei niedrigerem Einkommen als in den anderen Wirtschaftszweigen bietet der bäuerliche Familienbetrieb für den Bauern trotz aller sozialen Sicherstellungen der unselbständig Erwerbstätigen der modernen Industriegesellschaft noch den sichersten Arbeitsplatz zur Gewährleistung der Familienversorgung. In den schlechtesten Zeiten könnte der bäuerliche Familienbetrieb rasch wieder von der Marktversorgung auf Eigenversorgung umgestellt werden. Dies sollen nur einige Andeutungen sein, welche zusätzlich zu den wirtschaftlichen Überlegungen die Denkungsweise des zeitgemäßen Bauern bestimmen sollen.

Wie bereits erwähnt, ist die Landesregierung bestrebt, die Eigenumsbildung zu fördern. Demnach wäre es nicht folgerichtig, wenn sie auf der anderen Seite bestrebt wäre, die vorhandenen Kleinbauernbetriebe zu Vollerwerbsbetrieben aufzustocken und die dabei frei werdenden Bauernfamilien anderen Erwerbstätigkeiten zuzuführen. Diese Entwicklung wurde vor mehreren Jahren in Bayern sehr stark gefördert, doch ist man wieder dazu übergegangen, für die Kleinbauern Nebenerwerbsquellen zu erschließen. Die Erschlie-

bung von Nebenerwerbsmöglichkeiten für Kleinbauern in Dorfnähe muß auch bei uns noch mehr gefördert werden.

Anlässlich der letzten Landwirtschaftszählung wurden in Südtirol insgesamt 29 141 Landwirtschaftsbetriebe ausgewiesen. Davon haben 5898 Betriebe ein Flächenmaß bis zu 1 ha, 3482 liegen zwischen einem und zwei Hektar, Betriebe von 2—5 ha wurden 5810 ausgewiesen. Unter diesen Betrieben werden etwa 1500 bis 2000 sein, die als Vollerwerbsbetriebe, als Familienbetriebe mit Spezialkulturen (Obst-Wein) angesprochen werden können. Von den restlichen 14 000 Betrieben über 5 ha gibt es sicherlich mehr als 3000 Betriebe, deren Erträge infolge ungünstiger natürlicher Lage nicht zur Erhaltung einer häuerlichen Familie ausreichen. So dürften also in unserem Lande 11 000—13 000 bäuerliche Familienbetriebe vorhanden sein. Daraus folgt, daß sich ca. 17 000 Kleinbauern um zusätzliche Erwerbsmöglichkeiten in anderen Wirtschaftszweigen umsehen müssen. Dabei zeigt die Entwicklung, daß die Kleinbauernbetriebe bis zu 1 ha und zum Großteil auch jene bis zu 2 ha mit nicht großen Schwierigkeiten als Feilerbetriebe geführt werden können. In diesen Fällen ist der Eigentümer des Zwergbauernbetriebes in der Hauptsache in einem nichtlandwirtschaftlichen Erwerbszweige tätig, aus dem er die Haupteinnahme für die Erhaltung der Familie schöpft. Die Erträge aus dem Kleinbauernbetriebe werden zum Nebeneinkommen. Die Bearbeitung des Zwergbauernbetriebes erfolgt durch den Eigentümer unter Mithilfe seiner Frau in der Freizeit. Die Grundstücke solcher Kleinbauernbetriebe sollen möglichst zusammengelagt sein, um eine bessere Bearbeitung zu ermöglichen. Die Bearbeitung eines landwirtschaftl. Zwergbetriebes in der Freizeit, beispielsweise von einem Industriearbeiter, bietet die Möglichkeit zu einer erstrebenswerten Ausgleichsbeschäftigung in der freien Natur. Die Eigentümer von solchen landwirtschaftlichen Zwergbetrieben, für welche die Landwirtschaft nur mehr einen Nebenerwerb und eine Art Freizeitgestaltung darstellt, eignen sich als unselbständig Erwerbstätige in der Industrie oder in Dienstleistungseinrichtungen mit geregelter Einteilung der Arbeitszeit. Zur Zeit ist diese Kategorie von Kleinbauern in der Hauptsache neben der Landwirtschaft im Baugewerbe, in der Wildbachverbauung, bei Holz- und Waldarbeiten und in beschränkter Zahl im Handwerk tätig. Der Einsatz dieser Gruppe als Tagelöhner in der Landwirtschaft bei bäuerlichen Vollerwerbsbetrieben ist rückläufig, während der Einsatz in der Industrie (z. B. Bierfeld und Fa. Durst) ansteigend ist. Es kommt verhältnismäßig selten vor, daß Kleinbauernbetriebe bis zu 1 ha verkauft oder aufgelassen werden. Eher geht die Entwicklung dahin, daß unselbständig Erwerbstätige mit gutem Arbeitseinkommen das Eigentum solcher Zwergbetriebe anstreben, um außer dem Eigenheim einen Ausgleich durch Beschäftigung in der freien Natur während der Freizeit zu haben. Diese Entwicklung sollte nicht durch entgegengesetzte Lenkungsmaßnahmen dort verhindert werden, wo ständige Arbeitsplätze besonders durch Industrieunternehmungen gesichert sind. Umgekehrt sollten durch Ausiedlung und Ausbau nichtlandwirtschaftlicher Erwerbsmöglichkeiten jene Gebiete unseres Landes besonders berücksichtigt werden, wo die Zahl dieser Kleinbauern, wie z. B. im oberen Vinschgau, besonders groß ist. Es muß angenommen werden, daß von den in der letzten Landwirtschaftszählung in Südtirol ausgewiesenen 9200 landwirtschaftlichen Betrieben bis zu 2 ha etwa 5000—6000 bereits als Nebenerwerbsbetriebe geführt werden, daß also die Eigentümer von 5000—6000 erfaßten Kleinbauernbetrieben hauptberuflich in einer nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeit, wenn oft auch nicht ganztägig, beschäftigt sind.

Größere Sorgen als die Betriebe bis zu einem Hektar bereiten zur Zeit die Kleinbauernbetriebe zwischen 2 und 5 ha in den Gebieten, in welchen der Obst- und Weinbau überhaupt nicht oder nur ganz unbedeutend möglich ist. In manchen Fällen und bei noch günstigen Wegeverhältnissen können solche Betriebe durch rationelle innere Aufstockung und durch Einsatz von Beregnungsanlagen zu bäuerlichen Vollerwerbsbetrieben ausgebaut werden. In den meisten Fällen jedoch reicht der Ertrag solcher Betriebe nicht zur Erhaltung einer bäuerlichen Familie aus, doch bildet er die oft sehr arbeitsaufwendige Haupteinnahmequelle. Sehr häufig wird dann das Einkommen aus dem landw. Kleinbetriebe mit zufällig anfallenden nichtlandwirtschaftlichen Gelegenheitseinnahmen aufgerundet. Die Wirtschaftsweise in diesen Betrieben ist sehr unsicher. Eine Festigung und Sicherung des erforderlichen Mindesteinkommens zur Erhaltung der Familie kann in diesen Fällen — und es handelt sich etwa um 8000 Betriebe — mit verschiedenen Mitteln erreicht werden. Die Beschäftigung solcher Kleinbauern als ständige Arbeits-

Kräfte mit vollem Tageseinsatz über ein ganzes Jahr in einem nicht-landwirtschaftlichen Erwerbszweig als unselbständig Erwerbstätige ist nicht möglich, weil die Beschäftigung in der Landwirtschaft zu viel Zeit erfordert. Wenn solche Kleinbauern die Möglichkeit haben, in Dorfnähe einer ständigen nichtlandwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit in abhängiger Dienstverhältnis nachzugehen, können sie die über das Ausmaß eines Feierabendbauern hinausgehende landwirtschaftliche Nutzfläche an einen anderen Kleinbauern verpachten, der dann mit der zugepachteten Fläche einen Vollerwerbsbetrieb, einen Familienbetrieb bekommt. Auf diese Weise könnten durch Schaffung eines einzigen ständigen nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsplatzes für einen Kleinbauern in Dorfnähe gleichzeitig zwei Kleinbauern wirtschaftlich gefestigt werden. Diese bereits in anderen Ländern im Gange befindliche Entwicklung muß auch bei uns gefördert werden, und so sollten neu sich ergebende Arbeitsplätze in Dorfnähe in erster Linie an Kleinbauern vergeben werden, die sich bereit erklären, durch Verpachtung eines Großteils der Gründe einem anderen Kleinbauern die Voraussetzung zu einem landw. Vollerwerbsbetrieb zu bieten. Ebenso wäre gerade für diese Gruppe von Kleinbauern die Zimmervermietung an Feriengäste eine geeignete Quelle zusätzlichen Einkommens, doch sind die dazu erforderlichen Investitionen in die Bauanlagen oft sehr belastend, so daß man mit dieser Möglichkeit der Erschließung zusätzlichen Einkommens vorsichtig sein muß. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß Neben-einnahmen für Kleinbauern, deren Haupteinnahmen doch in der Landwirtschaft liegen, vornehmlich in Erwerbszweigen gesucht werden sollen, in denen die Kleinbauern in der Einteilung ihrer Arbeitszeit einen gewissen Spielraum haben können.

Auf dem Wege zur Gestaltung einer ertragreicheren Landwirtschaft muß der Grundsatz befolgt werden, mit möglichst wenig Arbeitskräften und unter rationellster Ausnutzung der technischen Hilfsmittel, also mit geringeren Produktionskosten, immer mehr und besser zu produzieren.

Auf Grund der bekannten politischen Entwicklung in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen wurde die Südtiroler Bevölkerung in die Landwirtschaft zurückgedrängt. Dadurch verzerrte sich wegen des zu großen Angebotes an Arbeitskräften die richtige Bewertung der menschlichen Arbeitsleistung in unserer Landwirtschaft. Die Unterbewertung der menschlichen Arbeitskraft war für lange Zeit eine der Hauptursachen des mangelhaften Rationalisierungswillens in unserer bäuerlichen Wirtschaftsweise. Besonders schädlich wirkte sich auf unsere Gesellschaft die Unterschätzung des Wertes der Arbeit der eigenen Familienangehörigen in den Bauernbetrieben aus. Das Alarmzeichen zu einer Umstellung der Arbeitsweise besonders in unseren Bergbauernhöfen wurde gegeben, als viele Bauernkinder, statt weiterhin unentlohnte Arbeit auf dem väterlichen Hofe zu leisten, ins Ausland zogen, um dort in nichtlandwirtschaftlichen Erwerbszweigen besser entlohnte Beschäftigung zu finden. Unsere Landwirtschaft wird noch eine beträchtliche Zahl an Arbeitskräften an andere Erwerbszweige abgeben müssen, bis auch bei uns Zustände geschaffen sind, welche mit den Nachbarländern im Alpenraume Schritt halten können.

Im Jahre 1951 wurden in Südtirol insgesamt 146 000 Erwerbstätige (14—65 Jahre) und 185 200 Nichterwerbstätige gezählt. Von den Erwerbstätigen fielen auf die Landwirtschaft 62 400, auf Industrie und Handwerk 34 000, auf Dienstleistungen 50 000.

Im Jahre 1951 waren also von den gesamten Erwerbstätigen in Südtirol 42,61 % in der Landwirtschaft, 22,26 % in Industrie und Handwerk, 34,13 % in den Dienstleistungen beschäftigt.

Im Jahre 1961 wurden in Südtirol 160 000 Erwerbstätige erfaßt, davon 54 900 Italiener, 93 700 Deutsche und 5 400 Ladinier. Von den

erfaßten 211 600 Nichterwerbstätigen im Jahre 1961 fielen 72 300 auf die Italiener, 132 200 auf die Deutschen und 7 100 auf die Ladinier. Die Aufteilung der 160 000 Erwerbstätigen im Jahre 1961 nach Erwerbszweigen sieht folgendermaßen aus: In der Landwirtschaft 23 000 Italiener, 44 700 Deutsche, 2100 Ladinier, in Industrie und Handwerk 22 300 Italiener, 29 800 Deutsche, 1800 Ladinier, in Dienstleistungen: 30 300 Italiener, 34 200 Deutsche, 1500 Ladinier.

Wenn man berechneter Weise die Zahl der italienischen Erwerbstätigen in der Landwirtschaft im Jahre 1951 gleichgesetzt mit jener des Jahres 1961 (23 000), ergibt sich, daß in der Südtiroler Bevölkerung (Deutsche und Ladinier) die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft innerhalb eines Jahrzehntes um 13 300 gesunken ist.

Die Zusammensetzung der Erwerbstätigen nach Erwerbszweigen steht, in Prozentsätzen ausgedrückt, demnach im Jahre 1961 gegenüber dem Jahre 1951 folgendermaßen aus:

Landwirtschaft 30,8 %, Industrie und Handwerk 22,0 %, Dienstleistungen 47,3 %.

Auf Grund der Tatsache, daß die Südtiroler mehr im Handwerk als in der Industrie tätig sind, und daß die Italiener bei den Dienstleistungen hauptsächlich die Stellen im öffentlichen Dienste inne haben, die eher konstant geblieben sind, ergibt sich, daß die aus der Landwirtschaft abgezogenen erwerbstätigen Südtiroler hauptsächlich in Dienstleistungseinrichtungen und kaum in der Industrie untergekommen sind.

Aus dem verfügbaren Zahlenmaterial der Volkszählungen 1951 und 1961 kann aber nicht erhoben werden, wieviele Südtiroler, die von der Landwirtschaft abgezogen sind, eine neue Erwerbstätigkeit außerhalb der Heimat gesucht und gefunden haben, und wieviele zugewanderte Italiener in eine Erwerbstätigkeit in Südtirol eingegliedert wurden. Nach sehr groben Schätzungen befinden sich durchschnittlich ständig an die 6000 Südtiroler im Arbeitsverhältnis außerhalb der Heimat.

Wenn man bei Annahme einer weiteren absoluten Zunahme der Erwerbstätigen in Südtirol um 10 000 im Zeitraum 1961 bis 1971 auf 20 % Erwerbstätige in der Landwirtschaft zurückkommen wird, ergibt sich für das Jahr 1971 die Zahl von 34 000 Erwerbstätigen in der Landwirtschaft. So müssen im genannten Jahrzehnt weitere 15 300 Erwerbstätige aus der Landwirtschaft in andere Erwerbszweige überwechseln. Wenn man weiterhin annimmt, daß die Entwicklung in der Landwirtschaft den in diesen Ausführungen dargelegten Lauf nimmt, scheint sich die Zahl von 34 000 Erwerbstätigen in der Landwirtschaft im Jahre 1971 mit einiger Wahrscheinlichkeit einzustellen. Es kommt nun darauf an, Wege zu finden, wie man bis dahin im Lande existenzbegründende Erwerbsmöglichkeiten erschließt, die geeignet sind, dem natürlichen Zuwachs sowie dem von der Landwirtschaft anfallenden Anteile an Erwerbstätigen unter Berücksichtigung der zur Zeit außerhalb unseres Landes befindlichen erwerbstätigen Südtiroler Vollbeschäftigung zu ermöglichen. Obwohl im modernen Wirtschaftsgefüge bei noch weiterer Abnahme der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft der Anteil der Erwerbstätigen in den Dienstleistungseinrichtungen stärker zunimmt als jener in Industrie und Handwerk, bin ich der Meinung, daß in unserem Lande nunmehr vornehmlich die Schaffung von Arbeitsplätzen durch stärkere Industrialisierung angestrebt werden sollte, wobei alle Bemühungen gerechtfertigt sind, welche die Anstellung neuer, womöglich bodenständiger Industrien in Gebieten anstreben, in denen die verfügbaren Arbeitskräfte behohmetet sind.

Doch sollen diese Gedankengänge ausgesprochen sein, um eine möglichst eingehende Diskussion anzuregen, aus der, so wünschen wir uns alle, viele gut verwertbare Vorschläge ersprößen mögen.

Einmalige Sondernummer des „Fahrenden Skolasten“. Herausgeber:
Südtiroler Hochschülerschaft Bozen, (Vorsitzender: Hellmuth Ladurner).
Verantwortlich für den Inhalt: Hans Gamper / Dinko Ferrari
Auer, Bozen. Eintragung: Landesgericht Bozen R. St. 4/50. Erlaß
vom 18. Juni 1956. Auch auszugsweise Abdruck mit Quellenangabe
nur mit Genehmigung der Verfasser und des Vorsitzenden der Süd-
tiroler Hochschülerschaft gestattet.